



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 32 – 9. August 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Von Aufklärung keine Spur
Absturz von MH17 in der Ostukraine: Seit fünf Jahren gibt es kaum Ergebnisse **2**

Deutschland

Importierte Gesundheitsprobleme
Psychisch kranke Ausländer als Tabuthema **3**

Hintergrund

Grenzen
Seit 2000 Jahren schützen sich Staaten vor unerwünschten Eindringlingen **4**

Preußen / Berlin

»Das Risiko steigt von Jahr zu Jahr«
Wie die Stadt Oranienburg Weltkriegsbomben loswird **5**

Ausland

Islamisten mischen Schweizer Provinz auf
Extremisten in Winterthur **6**

Kultur

Mahnmal im Wartestand
Köln findet keinen Platz für Denkmal für NSU-Opfer **9**

Geschichte

Verteidigungsminister mit Sachverstand
Manfred Wörner **11**



Nach dem Massaker von El Paso Ziel hemmungsloser Attacken: US-Präsident Donald Trump

Bild: action press

Bedrohlich überfordert

Die Konflikte durch massenhafte Einwanderung werden weiter geleugnet

US-Präsident Trump wird nach dem Massaker von El Paso mit Vorwürfen überzogen. Doch die Attacken führen in die Irre.

Seit dem Massenmord im texanischen El Paso, wo (Stand Dienstag) 22 Menschen erschossen wurden, worunter sich acht Mexikaner befunden haben, wird US-Präsident Donald Trump mit entsetzlichen Vorwürfen überzogen. Seine Kritik an massenhafter Einwanderung mache ihn mitverantwortlich für die Mordtat. Bei dem Täter soll ein „ökofaschistisches“ Manifest gefunden worden sein.

Kurz darauf erschoss ein weiterer Täter in Dayton, Ohio, neun Menschen, dann sich selbst. Per Twitter hatte der 24-Jährige verbreitet: „Ich will Sozialismus und ich werde nicht warten, bis dass diese Idioten anfangen, das zu verstehen.“ Anfang der Woche war

indes völlig unklar, ob der Blut- rausch einen politischen Hintergrund hatte. Von Vorwürfen an linke Politiker, den Amokschützen durch sozialistische Rhetorik zu seiner Tat angestachelt zu haben, ist derzeit nichts bekannt.

Umso mehr erstaunt die Geschwindigkeit, mit der Donald Trump in Mithaftung für El Paso genommen wurde. Dabei zielt die rigidere Einwanderungspolitik des US-Präsidenten gerade darauf ab, die durch massenhafte Immigration anwachsenden Konfliktpotenziale entlang ethnischer und kultureller Bruchlinien zu begrenzen, statt sie unverantwortlich wachsen zu lassen.

Hass und Verachtung der Einheimischen gegen Asylsucher und

Einwanderer – Hass und Verachtung der Asylsucher und Einwanderer gegen Einheimische: Beides sollte nicht sein, doch beides existiert. Und beides birgt Konfliktstoff, der bis zur bestialischen Explosion der Gewalt reifen kann, wie wir schon viel zu oft erleben mussten.

Es ist das Credo der Multikulturalisten, dass es diese Bruchlinien und Konfliktpotenziale gar nicht gibt, weil es sie in ihrem Gleichheitsdogma nicht geben darf. Daher verunglimpfen sie jeden, der auf die brisante Wirklichkeit hinweist, als „Spalter“ oder „Hetzer“. Wer gar Maßnahmen ergreift wie eine gezielte Einwanderungsbegrenzung, der sieht sich in eine Reihe mit psychopathischen Mördern gestellt.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) weist darauf hin, dass auch Leute zu uns kämen, „die Konflikte sehr viel schneller mit Gewalt austragen“. Doch diejenigen, welche solche Warnungen ignorieren und durch ihre Politik der offenen Grenzen die Überforderung der Gesellschaft immer höher schrauben, weisen alle Verantwortung für die Folgen von sich. Medien verbannen Meldungen, die nicht in ihr Multikulti-Traumbild passen wie der archaische Säbelmord von Stuttgart, gleich ganz aus ihren Nachrichten, so wie die Tagesschau und der Deutschlandfunk, die das Verbrechen totschweigen wollten.

Zu befürchten steht, dass die Verleumdung der Realisten umso rabiatere und skrupelloser ausfällt, je offensichtlicher die Illusion von der Wahrheit überführt wird.

Hans Heckel

Die kulturellen Bruchlinien bleiben ausgeblendet

Rohrkrepierer statt Erfolgsbilanz

Nur jeder Dritte seit 2015 nach Deutschland eingereiste Asylsucher hat Arbeit

Von den seit 2015 aus den acht wichtigen Asylherkunftsländern Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea, Pakistan, Nigeria, Somalia und Iran zu uns gekommenen Asylsuchern gehen etwa ein Drittel einer Beschäftigung nach“, sagte der kommissarische Direktor des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Ulrich Walwei, der „Welt“. Das sind ungefähr 400 000 Personen, vor einem Jahr waren es 100 000 weniger gewesen. Die Hälfte von ihnen übt eine Aushilfstätigkeit aus.

Was ursprünglich als Erfolgsbilanz verkauft werden sollte, entpuppte sich beim Lesen des Kleingedruckten und zwischen den

Zeilen dann eher als Rohrkrepierer. Vor allem die duale Ausbildung, das Vorzeigemodell Deutschlands, das gerne als Ausführprodukt weltweit angepriesen wird, übt in Deutschland selbst nur eine äußerst geringe Attraktivität auf die über das Asylverfahren Eingereisten aus. Nur ganze 44 000 von den seit 2015 eingereisten Asylsuchern haben eine Ausbildung begonnen. Dabei sind rund 60 Prozent der insgesamt 1,2 Millionen Asylsucher im erwerbsfähigen Alter, viele von ihnen sind unter 30 Jahre alt. Die meisten von ihnen stehen noch am Anfang ihres Berufslebens.

Der mit dem Integrationsgesetz 2016 eingeführte rechtssichere Aufenthalt für abgelehnte Asylbewer-

ber und Geduldete für die Dauer der Ausbildung und zwei weiteren Jahren bei Beschäftigungsaufnahme sowie sechs Monaten zur Arbeitsplatzsuche nach der Ausbildung verbesserte zwar die Integrationschancen der in Ausbildung Befindlichen, führte aber zu keiner Kehrtwende am Arbeitsmarkt.

Kurz vor dem Schulanfang in einigen Bundesländern sind noch immer 200 000 Ausbildungsplätze unbesetzt, zweimal so viele jugendliche Asylsucher werden ein weiteres Jahr durch Integrations- und Sprachkurse geschleust, die ihnen nichts, aber den Trägern viel bringen. Auch der Wegfall der bisherigen Altersgrenze von 21 Jahren zur Aufnahme einer Berufsausbil-

dung hatte kaum positive Effekte; es war keine Frage des Alters, ob jemand berufsmotiviert ist oder nicht. Die Hälfte der 44 000 Jugendlichen, die dann doch eine Ausbildung angefangen haben, sind geduldete Afghanen, die ihre Ausbildung weniger wegen eines echten Interesses an einem Beruf angefangen haben, sondern eher, um damit ihre Abschiebung zu verhindern oder hinauszuzögern.

Deshalb sagte auch IAB-Direktor Walwei, dass die „Ausbildungsneigung der Flüchtlinge noch steigerrungsfähig“ sei. Dass die Ausbildungsneigung bei der drittstärksten Herkunftsgruppe, den Irakern, immer noch erst bei etwa drei bis fünf Prozent liegt, verschwieg er. Aner-

kannte Asylberechtigte bekommen ihre staatliche Stütze ja auch, wenn sie nichts tun.

Wenn man dann noch schaut, wie viele Asylberechtigte aus muslimischen Ländern im Bereich Altenpflege, dem derzeit am meisten unterbesetzten Sektor am deutschen Arbeitsmarkt, eine Anstellung gefunden haben, so kann man diese an einer Hand abzählen. Gerade dieses Beispiel beweist, dass die gesamte Zuwanderung an den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes vorbeigelaufen ist.

Interessant ist auch die Statistik der Asylsucher, die am schnellsten Arbeit finden. Generell lässt sich sagen: Je höher das Abschieberisiko eines Geduldeten, desto höher

JAN HEITMANN:

Scheindebatte

Worüber reden die eigentlich? Diese Frage stellt sich einem unwillkürlich, wenn man die Diskussion über eine deutsche Beteiligung an einer internationalen Marine-Mission im Persischen Golf verfolgt. Denn dafür bedarf es eben einer Marine. Nun hat Deutschland zwar eine Marine, aber nur eine solche, die nur noch ein Schatten ihrer selbst ist. Im Zuge einer finanzpolitisch motivierten Demontage der Streitkräfte auf ein lächerliches Maß zusammengeschrumpft und dabei noch nicht einmal mehr wirklich einsatzbereit. Darüber können auch die schönsten Phrasen und verbalen Verdummungsversuche des Verteidigungsministeriums nicht hinwegtäuschen, denen zufolge die Marine „ihr Fähigkeitsprofil zu Wasser, zu Land und in der Luft zukunftsfähig gestaltet“ und sich „noch stärker auf Einsätze konzentriert“.

Es fragt sich nur, womit, hat die Marine doch weniger schwimmende Einheiten als die New Yorker Wasserschutzpolizei aufzuweisen. Nun könnte man einwenden, das die New Yorker Ordnungshüter keine U-Boote haben, die Bundesmarine hingegen derer sechs – allerdings nicht im Wasser, weil sie nämlich nicht funktionieren. So wie die meisten der nur noch zehn Fregatten, fünf Korvetten und zwölf Minenabwehrfahrzeuge. Wenigstens auf die 23 Hilfsfahrzeuge ist überwiegend Verlass. Zu denen gehört übrigens auch das Segelschiff „Gorch Fock“. Das einst stolze Schiff ist zu einem Wrack verkommen und steht damit sinnbildlich für die ganze Marine. Wer über eine deutsche Beteiligung an einer Golf-Mission nachdenkt, muss nur einen Blick auf das einstige Aushängeschild der Marine werfen, um zu erkennen, dass die Debatte über eine größere maritime Operation nichts als eine Scheindebatte ist.

MELDUNGEN

Widerstand
gegen 5G

Berlin – Am 23. September findet in der Hauptstadt eine offizielle Anhörung zu einer Bundestagspetition gegen 5G-Mobilfunk statt. Unterdessen aktivierte das Unternehmen Vodafone Mitte Juli 25 Antennenstandorte in Deutschland für Privatkunden unter anderem in Köln, Hamburg und München. Im August sollen 50 Stationen mit 5G versorgt sein. In Großbritannien, Spanien und Italien hat Vodafone bereits zahlreiche 5G-Mobilfunknetze für ein kostenloses Roaming-In gestartet. Hingegen sind die Schweizer Kantone Genf, Waadt und Jura sowie die Stadt Brüssel vorläufig aus dem 5G-Projekt ausgestiegen. Zur Begründung erklärte die belgische Umweltministerin Céline Fremault: „Die Brüsseler sind keine Labormäuse, deren Gesundheit ich mit Gewinn verkaufen kann.“

D.J.

Todesurteile
verhängt

Minsk – Weißrussland ist das einzige Land in Europa und den GUS-Staaten, in dem die Todesstrafe noch nicht abgeschafft wurde. Seit Beginn dieses Jahres wurde bereits zweimal ein Todesurteil verhängt. In Wizebsk verhängte das Gebietsgericht die Höchststrafe gegen einen 50-jährigen, der zwei Frauen getötet hatte und zuvor schon auffällig geworden war, in Bobrujsk erhielt ein 36-jähriger die Todesstrafe, der zwei junge Mädchen besonders brutal ermordet hatte. Anfang Juni wurde ein Urteil durch Erschießen des Delinquenten vollstreckt, dem der Mord an drei Menschen zur Last gelegt wurde. Laut weißrussischem Gesetz darf die Höchststrafe nur bei schweren Vergehen wie Mord, Verwendung von Massenvernichtungswaffen, Kriegsvorbereitung, Genozid, internationalen Terrorismus, Putschversuchen, Anschlägen oder Mord an Staatsbeamten verhängt werden. Zum Tod durch Erschießen dürfen nur Männer im Alter von 18 bis 65 Jahren verurteilt werden.

MRK

Vor fünf Jahren wurde die Passagier-Maschine des Fluges MH17 über der Ostukraine abgeschossen. Seither ermittelt das „Joint Investigative Team“ (JIT), ohne indes nennenswerte Ergebnisse vorzuweisen, geschweige denn den Vorgang gerichtsrestrekt rekonstruieren zu können. Bislang hat es nur zu Schuldzuweisungen an Russland gereicht. Die Konstruktion des JIT dürfte das erklären.

Zu dem Gremium wurden bei der Gründung aus verschiedenen Ländern polizeiliche und strafrechtliche Ermittler entsandt: aus den Niederlanden und Australien, woher eine große Zahl der Opfer gekommen war, sodann aus Belgien und, obwohl sie von Anfang an unter Verdacht stand, auch aus der Ukraine. Erst nach vier Monaten des Insistierens wurde auch Malaysia zugelassen, obwohl die abgeschossene Maschine aus Malaysia stammte und das Land ebenfalls sehr viele Opfer zu beklagen hat.

Verstören muss an den Regeln, nach denen die Ermittlungen ablaufen, dass kein einzelnes Ergebnis und demgemäß auch keine Gesamtdarstellung veröffentlicht werden darf, wenn auch nur eines der JIT-Mitglieder dagegen Einspruch erhebt. So hat die Ukraine ein Vetorecht gegen die Bekanntmachung von Tatsachen, die ihr nicht genehm sind. In diesen Zusammenhang gehört wohl auch, dass bis heute weder der Funkverkehr des nahegelegenen ukrainischen Militärflughafens Kubalkino noch die Aufzeichnungen der Blackboxes veröffentlicht worden sind.

Eine weitere Beeinträchtigung der Arbeit besteht darin, dass von den vielen Materialien, darunter Satelliten-Bilder, Funkgespräche und GPS-Daten, die Russland dem JIT zur Verfügung gestellt hat, nichts verwendet wird. Andererseits wird Moskau immer wieder vorgeworfen, es behindere die Ermittlungen durch seine Weigerung, sich zu beteiligen.

Das JIT seinerseits stützt sich bei seiner Wahrheitsfindung hauptsächlich auf das „Research-Institut Bellingcat“. Dieses sitzt in London und besteht im

Von Aufklärung keine Spur

Seit fünf Jahren wird wegen des Abschusses von MH17 ermittelt, doch nennenswerte Ergebnisse gibt es nicht



Forderte 298 Todesopfer: Abschuss der Malaysia-Airlines 9M-MRD, Flugnummer MH17 im Juli 2014

Bild: Imago/Itar-Tass

Wesentlichen aus einem Herrn namens Eliot Higgins, der außer der Bezeichnung „Netzaktivist“, einiger musikalischer Begabung und einem abgebrochenen Medienstudium als Referenz hauptsächlich das richtige Feindbild vorweisen kann, nämlich eine krisenfesteste Abneigung gegen Russland.

So ausgerüstet hat er bei verschiedenen Welträtseln mitgemischt, bei der Affäre Skripal, beim Syrienkrieg und eben bei MH17. Das geschieht jeweils in London, am Bildschirm, beim Surfen im Internet. JIT und die Welt der westlichen Systemmedien glauben dem Herrn Higgins unbesorgt, denn seine Ergebnisse sind immer dieselben: Schuld tragen die Russen, am besten Putin persönlich.

Auch die bunte Zusammensetzung der Zuarbeiter von Bellingcat tut dem Renommee keinen Abbruch. Dort finden sich neben einem finnischen Offizier, einem US-Veteranen und einem IT-Spezialisten, denen man eine gewisse

Zuständigkeit und Kompetenz zubilligen mag, auch ein Historiker, ein Pflanzenfachmann, ein Literaturwissenschaftler oder auch ein „Analyst und Blogger“, was immer das aussagen mag. Ergänzt wird die Runde durch einen Vertreter von „Stopfake“, einer anti-russischen Propaganda-Initiative aus der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Finanziell unterstützt wird Bellingcat von der Open Society Stiftung des allseits bekannten George Soros.

Spiegelbildlich zu Bellingcat agiert ein Privatdetektiv mit Namen Josef Resch. Er ist ausgewiesener durch 30 Jahre erfolgreicher Ermittlungsarbeit für Kunden, zu denen Vertreter der Industrie ebenso gehörten wie Landes-kriminalämter und das Bundeskriminalamt, die seine Mitarbeit bei zahlreichen, teils spektakulären Kriminalfällen nachfragten. Auch er hat einen Geldgeber im Hintergrund, der vorerst nicht bekannt ist. In dessen Auftrag hat Resch sich am 5. Juli 2019 an den Leiter des JIT, den niederländi-

schen Staatsanwalt Fred Westerbeke, gewandt und ihm angekündigt, dass er die Beweismittel, die sich in seiner Hand befinden – und darüber hinaus notariell hinterlegt sind – im Rahmen einer öffentlichen Erklärung an den JIT übergeben werde. Resch schreibt: „Aus Gründen unserer eigenen Sicherheit halten wir es dabei für erforderlich, dass bei unserer Aussage und Offenlegung der Beweismittel auch internationale Medien sowie Vertreter der betroffenen Staaten mit anwesend sind.“

Diese Vorsichtsmaßnahmen sind kein PR-Gag des Josef Resch. Seit er sich mit dem Fall befasst, sind zahlreiche Morddrohungen bei ihm eingegangen. Resch sagt darüber hinaus vorerst nur so viel, dass im Fall MH17 die Öffentlichkeit belogen werde und es Stellen gäbe, die alles tun, um den wahren Vorgang zu verschleiern. Zudem macht er sich anheischig, über Beweise darüber zu verfügen, dass sowohl das Kanzleramt in Berlin als auch die zuständigen Minis-

terien über die Verschleierung des Abschusses informiert seien.

Dass Reschs Material nicht ganz ohne sein kann, zeigen die Versuche der deutschen Ermittlungsbehörden, dessen habhaft zu werden. Sie führten bei Resch eine Hausdurchsuchung durch, öffneten sein Bankschließfach und drohten ihm Beugehaft an.

Das JIT, soviel ist offensichtlich, hat kein Interesse an Fakten, welche seine Version vom Absturz nicht stützen. Insofern kommt das Team dadurch in Schwierigkeiten, dass die Regierung von Malaysia ausschert und zu einer eigenen Beurteilung gelangt. So dürfte auch die Festnahme von drei Russen und einem Ukrainer als Schuldige nur ein Manöver sein, das vorzuschützen soll, die Ermittlungen gingen erfolgreich vonstatten. Der Regierung von Malaysia aber wird die Rolle dessen zufallen, der durchsetzen kann, dass das offenbar brisante Material Reschs in der Öffentlichkeit so wie auch beim JIT Berücksichtigung findet.

Florian Stumfall

Bestellen Sie ganz einfach per Email
vertrieb@preussische-allgemeine.de



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.

Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Prämie: 40 Euro
Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preussische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Importierte Gesundheitsprobleme

Meldungen über psychische Erkrankungen von Zuwanderern häufen sich, sind aber ein Tabuthema

Vor dem Berliner Landgericht wird seit Kurzem ein Fall verhandelt, der einige Ähnlichkeiten zu dem schrecklichen Geschehen auf dem Frankfurter Hauptbahnhof aufweist. Angeklagte ist eine 41-jährige Vietnamesin, der vorgeworfen wird, im Februar ein junges Mädchen auf U-Bahngleise gestoßen zu haben.

Passanten war es gelungen, das zierliche, ebenfalls aus Vietnam stammende Mädchen noch rechtzeitig aus dem Gleisbett des U-Bahnhofs Berlin-Alexanderplatz zu retten. Vor dem Landgericht geht es nun auch um die Frage, ob die Angeklagte überhaupt schuldhaftig ist. Angeblich soll die angeklagte Vietnamesin bereits seit längerer Zeit unter einer psychischen Erkrankung leiden.

Deutsche Gerichte beschäftigen sich inzwischen immer öfter mit Fällen, bei denen es um die Frage der Schuldhaftigkeit von Angeklagten mit Migrationshintergrund geht. Erst im Mai hatte das Berliner Landgericht einen Fall verhandelt, bei dem ein psychisch kranker Tschetschene seinen Sozialarbeiter mit 51 Messerstichen getötet hatte.

Im April sorgte der Fall einer zweifachen Mutter für Aufsehen, die in Preetz im schleswig-holsteinischen Kreis Plön mit mehreren Messerstichen getötet wurde. Laut Mitteilung der Staatsanwaltschaft Kiel stellte ein Sachverständiger bei dem tatverdächtigen Afghanen eine schwere psychische Erkrankung fest.

Es besteht die Gefahr, dass solche Fälle psychisch kranker Zuwanderer zu einem dauerhaften gesellschaftlichen Problem werden könnten.

So wies die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) darauf hin, dass psychische Erkrankungen wie posttraumatische Belastungsstörungen, Angsterkrankungen, Depressionen und Psychosen bei sogenannten Geflüchteten häufiger als in der Allge-

meinbevölkerung auftreten. In einem Positionspapier führte die DGPPN an, dass im Jahr 2012 in einer zentralen Aufnahmeeinrichtung in Bayern bei 63,6 Prozent der Asylbewerber eine oder mehrere psychiatrische Diagnosen gestellt wurden.

Auch eine Metaanalyse, die schon 2011 von den Psychologen François Bourque, Elsie van der

wanderte psychische Kranke zukommen.

In einer Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2010 findet sich beispielsweise die Schätzung, dass in Somalia ein Drittel der Bevölkerung von einer psychischen Erkrankung betroffen ist. Zudem hat der Missbrauch von Drogen in einigen

Hunderttausende dieser psychotisch Erkrankten sind zudem von der Kaudroge Kath abhängig.

Deutschlands Gesundheitssystem ist auf das Problem gewalttätiger psychisch Kranker schlecht vorbereitet. Wie das RBB-Journal „Kontraste“ anhand eines konkreten Falls gezeigt hat, fehlen selbst bei sehr aggressiven Psychotikern rechtzeitige Präventionsangebote.

Dort ist die Unterbringung oft nur von kurzer Dauer. Zweck der Einweisung ist zunächst einmal die kurzfristige Gefahrenabwehr, nicht aber eine langfristige Therapie. In den letzten Jahrzehnten hat sich auch der therapeutische Grundansatz „ambulant vor stationär“ stark durchgesetzt.

Auch aus Kostengründen werden mitunter hochaggressive Per-



Krimineller Psychopath aus Eritrea: Der mutmaßliche Bahngleiswerfer vom Frankfurter Hauptbahnhof nach seiner Verhaftung

men und Ashok Malla veröffentlicht wurde, ergab für Einwanderer der ersten und sogar der zweiten Generation ein deutlich erhöhtes Risiko, an Schizophrenie zu erkranken. Daten aus einigen Herkunftsländern lassen ebenfalls vermuten, dass auf die Zielländer von Migrationsströmen massive Probleme durch zuge-

Ländern epidemische Ausmaße erreicht. Betäubungsmittel sind wiederum geeignet, Psychosen auszulösen.

Auch hierbei ist das ostafrikanische Somalia ein Extrembeispiel. Schätzungen gehen dahin, dass mehr als acht Prozent der erwachsenen Männer in Somalia psychisch schwer gestört sind.

Geschildert wurde der Fall eines psychisch Kranken, der jahrelang seine Nachbarn bedroht und schikaniert hatte. Die Möglichkeiten zum Einschreiten sind begrenzt. Erst wenn eine akute Gefährdung vorliegt, dürfen Ordnungsbehörden Zwangseinweisungen in eine psychiatrische Klinik vornehmen.

sonen schon nach kurzer Zeit wieder aus der stationären Behandlung entlassen. Gestoppt werden solche Fälle mitunter erst, wenn die Entwicklung eskaliert und es vor Gericht um die Tötung eines Menschen geht und eine Unterbringung in der forensischen Psychiatrie angeordnet wird. *Norman Hanert*

MELDUNG

EuGH stärkt deutsche Medien

Luxemburg – Im Rechtsstreit zwischen der Funke Mediengruppe und der Bundesrepublik um die „Afghanistan-Papiere“ hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) den Medien den Rücken gestärkt. Der Staat könne für militärische Lageberichte nur unter bestimmten Voraussetzungen das Urheberrecht geltend machen. Hintergrund des Streits ist die Veröffentlichung militärischer Lageberichte über Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Entwicklung in den Einsatzgebieten, die eigentlich Verschlussachen sind. Diese „Unterrichtungen des Parlaments“ sind nur ausgewählten Abgeordneten des Bundestages und bestimmten Dienststellen vorbehalten. Lediglich eine gekürzte Fassung des militärischen Berichtes wird veröffentlicht. Nachdem die Funke Gruppe den Zugang zu sämtlichen Berichten beantragt hatte und dies abgelehnt wurde, gelangte sie auf unbekanntem Wege an die ungekürzten Versionen und veröffentlichte diese. Die Bundesregierung stellte jedoch keine Strafanzeige wegen der Verbreitung vertraulicher Informationen, sondern klagte zivilrechtlich wegen der Verletzung des Urheberrechts. Dem vermachte der EuGH jedoch nicht zu folgen. Damit eine geistige Schöpfung als eine eigene des Urhebers angesehen werden könne, müsse darin seine Persönlichkeit zum Ausdruck kommen. Das sei dann der Fall, wenn der Urheber seine schöpferischen Fähigkeiten zum Ausdruck habe bringen können, heißt es in dem Beschluss. Das kommt nicht überraschend, denn Generalanwalt Maciej Szpunar hatte Zweifel daran geäußert, dass militärische Lageberichte nach EU-Recht urheberrechtlich geschützt seien. Bei solchen Berichten handele es sich um reine Informationsdokumente, die in einer neutralen und standardisierten Sprache verfasst seien. Wie auch in diesem Fall folgt das Gericht zumeist der Argumentation des Generalanwalts. Jetzt liegt die Sache wieder beim Bundesgerichtshof. *J.H.*

Auf dem Abstellgleis

Die meisten AfD-Aussteiger haben politisch nichts mehr zu melden

Seit der Gründung der AfD im Frühjahr 2013 wurde die junge Partei immer wieder von Abspaltungen heimgesucht. Doch die Angst, die ausgetretenen Mitglieder könnten mit neuen Formationen die Wahlergebnisse der Partei schmälern, stellte sich als unbegründet heraus.

AfD-Gründer Bernd Lucke hat mittlerweile das Handtuch geworfen. Die von ihm gegründete Formation Liberal-Konservative Reformer (LKR) steht vor dem Aus, an den anstehenden Landtagswahlen in Mitteldeutschland nimmt sie nicht teil. Seit der Ökonom 2015 die AfD verließ, die er 2013 selbst mitgegründet und geleitet hatte und der er dann später einen „Rechtsruck“ bescheinigte, spielt er in der Öffentlichkeit kaum noch eine Rolle. Bei der EU-Wahl verfehlten die LKR mit 0,2 Prozent den Einzug ins Parlament, nun plant Lucke seine Rückkehr als Professor an die Universität in Hamburg. Der 56-Jährige werde zum Wintersemester wieder im Lehrbetrieb der Uni arbeiten, sagte eine Sprecherin. Über die Zukunft der nur noch wenige hundert Mitglieder zählenden Partei schweigt Lucke derzeit. Eine Auflösung ist möglich.



Bernd Lucke, Frauke Petry Bild: pa

bar nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 2017. Doch ihre Hoffnung, sie könne eine konservative Bewegung zwischen AfD und CDU installieren, löst sich mehr und mehr in Luft auf. Selbst in ihrer Heimat Sachsen hat sie nur knapp einhundert Mitstreiter sammeln können. Ihre letzte Hoffnung: Bei der vorletzten Wahlkampagne wies Petry darauf hin, dass bei der

AfD nach wie vor eine Kürzung der Landesliste im Raum stehe. Eine konservative Zweitstimme sei bei der Blauen Partei besser aufgehoben, als wenn sie am Ende verloren ginge. Petrys Truppe tritt unter dem Motto „Konservativ. Aber anständig“ an. „Die CDU ist nicht konservativ, die AfD ist schon lange nicht mehr anständig. Das Bindeglied dazwischen ist die Blaue Partei“, sagte die ehemalige AfD-Vorsitzende. Messbaren Zuspruch gibt es für sie allerdings derzeit keinen.

Dies gilt auch für die einzige Rechtsabspaltung der AfD. Unter großem Getöse war Anfang des Jahres Sachsen-Anhalts Landeschef André Poggenburg ausgetreten. Er unterstellte seiner ehemaligen Partei eine Anbiederung an das Establishment sowie Liberalisierungstendenzen. Doch seine Neugründung Aufbruch Deutscher Patrioten hat mit erheblichen Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen. Immerhin schaffte sie es in Sachsen auf den Wahlzettel, zu ihren groß angekündigten Demos kommen allerdings selten mehr als ein paar Dutzend Anhänger. Dass daran Slogans wie „Kraft durch Freude“ etwas ändern werden, darf getrost bezweifelt werden. *Peter Entinger*

Gefahrenquelle E-Autos

Explodierende Akkus – Feuerwehr wegen Fahrzeugbränden besorgt

Ein Großbrand bei einem Busunternehmen im Landkreis Altötting hat Fragen zur Sicherheit von batteriegetriebenen Elektrofahrzeugen aufkommen lassen. Am 28. Juni war auf dem Gelände einer Busfirma im oberbayerischen Burghausen in einer Fahrzeughalle ein Elektrobuss in Brand geraten. Ein Großaufgebot der Feuerwehr hatte 45 Minuten zu tun, um den Brand unter Kontrolle zu bekommen.

Mit Blick auf Brände bei Elektrofahrzeuge äußerte Kreisbrandrat Franz Haringer generelle Sorgen. So drohten im Brandfall die Akkus zu überhitzen und zu explodieren. Nach Haringers Angaben bestand bei dem Einsatz bei der Busfirma in Burghausen nur deswegen keine unmittelbare Gefahr für die Feuerwehrleute, weil der Löscheinsatz ohnehin aus größerer Entfernung erfolgt sei. Kritisch sieht er auch, dass bei Elektrofahrzeugen mitunter die Akkus so unzugänglich verbaut werden, dass sie bei Bränden nicht schnell genug gekühlt werden können.

Beim dem Großbrand entstand vermutlich ein Schaden in Millionenhöhe. Das Busunternehmen stellte nach dem Brand zunächst einmal einen zweiten baugleichen Elektrobuss außer Betrieb. „Wir

werden auch diesen Bus jetzt vom TÜV überprüfen lassen und nur dann wieder in Betrieb nehmen, wenn die Erlaubnis dazu erteilt wird“, so das Unternehmen. Demnach war der ausgebrannte Bus nach einem Ausfall auf der Strecke in die Halle geschleppt worden. Zur Zeit des Brandes soll der Bus nicht geladen worden sein. Zur Ermittlung der Brandursache hat die Kriminalpolizei Ermittlungen aufgenommen.

Der Brand in Burghausen hat bundesweite Reaktionen ausgelöst. Der Bushersteller, ein Unternehmen aus Salzgitter, informierte nach dem Brand seine Kunden über den Vorfall. In Lübeck entschied sich das städtische Busunternehmen vorsorglich, zwei Busse des Herstellers erst einmal im Depot zu lassen.

Im Berliner Abgeordnetenhaus war der Brand in Burghausen für den Abgeordnete Frank Scholtyssek (AfD) Anlass, nach den Vorkerungen bei der Berliner Feuerwehr zu fragen. Die Antwort der Landesregierung lässt darauf schließen, dass in der Hauptstadt für Unfälle mit Elektro-Bussen noch kein spezielles Sicherheitskonzept ausgearbeitet wurde. Staatssekretär Stefan Tidow (Grüne) teilt in seiner Antwort lediglich mit, dass die Brandbekämp-

fung „durch die vorhandenen Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeuge der Berliner Feuerwehr“ erfolge. Laut der Antwort des Senats umfasst die feuerwehrtechnische Grundausbildung seit 2015 auch vier Unterrichtseinheiten, in denen es um „alternative Antriebstechniken“ gehe.

Die Hersteller von Elektroautos behaupten, dass die Fahrzeuge so konstruiert sind, dass sie bei einem Unfall genauso sicher sind wie Autos mit konventionellem Antrieb. So wird bei einem Unfall mit dem Auslösen des Airbags automatisch auch der Stromfluss der Batterie zu den anderen Hochvoltkomponenten unterbrochen. Zudem versuchen die Autobauer auch, ganz besonders die Batterie-Pakete der Fahrzeuge vor Deformationen zu schützen.

Kommt es bei Unfällen zu einer Verformung der Batterie, dann besteht die Gefahr eines „Thermal Runaway“, eines thermischen Durchgehens. Dabei handelt es sich um eine Überhitzung von Lithium-Ionen-Zellen, bei der Temperaturen von bis zu 1000 Grad entstehen können und sich ein Brand in Sekundenschnelle ausbreiten kann. Dies kann bedeuten, dass in solchen Brandfällen kaum Zeit bleibt, das Auto noch zu verlassen. *N.H.*

Zeitzeugen



William Jefferson „Bill“ Clinton – In seiner Eigenschaft als 42. Präsident der Vereinigten Staaten ordnete der Demokrat 1994 drastische Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Grenzübertreite aus Mexiko in die USA an („Operation Gatekeeper“) und machte sich dann 1996 auch für den Illegal Immigration Reform and Immigrant Responsibility Act stark, in dessen Umsetzung erste Grenzmauern in Kalifornien, Arizona und Texas entstanden.

Schulgi – Nachdem der Sohn von Ur-Nammu um 2100 v. Chr. zum Herrscher des sumerischen Stadtstaates von Ur aufgestiegen war, dehnte er dessen Machtbereich bis zum Zagros-Gebirge im Osten und Mittelmeer im Westen aus. Anschließend begann der König mit der konsequenten Sicherung der ausgedehnten Grenzen seines Reiches.



Recep Tayyip Erdogan – Unter der Präsidentschaft des Politikers der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) begann die Türkei 2014, eine massive Mauer an der Grenze zu Syrien zu errichten, deren Länge inzwischen über 700 Kilometer beträgt. Mit dem Bauwerk, das durch die Europäische Union finanziell gefördert wurde, will Ankara unter anderem die Ein- und Ausreise von islamischen Terroristen verhindern.

Konrad Liessmann – Der an der Universität Wien lehrende Philosoph veröffentlichte 2012 sein Buch „Lob der Grenze“. Darin beklagte er den „Verlust der Grenzkontrolle ... angesichts zunehmender Migrationsströme“, um dann darzulegen, um wie viel humaner es sei, Grenzen zu sichern, statt sie niederzureißen. Außerdem meinte der österreichische Wissenschaftler des Jahres 2006, dass die EU nur dann eine Zukunft habe, wenn sie wieder klare Grenzen nach außen und im Inneren ziehe.



Lindiwe Nonceba Sisulu – Als die ehemalige Angehörige des militärischen Arms des African National Congress (ANC) 2009 zur Verteidigungsministerin Südafrikas avancierte, entsandte sie umgehend Elite-Einheiten der Streitkräfte ihres Landes an die fast 500 Kilometer lange Grenze zu Mosambik („Operation Corona“). Darüber hinaus wurden mehrere 100 Millionen Rand in den Ausbau der Grenzschutzanlagen investiert.

Schutz vor Eindringlingen

Radikale Moslems, Rebellen, Kriminelle – Seit 2000 schützen Staaten sich vermehrt

Seit Ende des 20. beziehungsweise Anfang des 21. Jahrhunderts werden Staatsgrenzen vielfach wieder so stark gesichert wie im Kalten Krieg. Verantwortlich hierfür ist vor allem das Treiben von radikalen Moslems, Rebellen, Kriminellen und illegalen Einwanderern.

Befestigte Grenzen gab es schon im 3. Jahrtausend v. Chr., in dem die ersten großen Stadtstaaten in Mesopotamien entstanden. Später schützten unter anderem der Limes und der Hadrianswall sowie die Chinesische Mauer Imperien vor den sogenannten „Barbaren“. Nicht zu vergessen auch der „Eiserne Vorhang“ zwischen dem Einflussgebiet der ehemaligen Sowjetunion und der freien Welt.

Dann keimte nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Kalten Krieges die Hoffnung auf ein Zusammenwachsen der Welt und das Verschwinden physischer Staatsgrenzen im Zuge der Globalisierung. Doch diese Illusion sollte recht schnell wieder zerplatzen. Zwar gab es

keine Berliner Mauer oder ähnlich brutale Trennungslinien quer durch Europa mehr, aber dafür schossen an anderer Stelle neue Barrieren wie Pilze aus dem Boden. Aktuell verfügen 65 Staaten der Welt über stark gesicherte Außengrenzen – wobei die Hälfte der Schutzwände, Wälle und Sicherheitszäune erst nach 2000 entstand.

Der Hauptgrund für die Befestigung der Grenzen nach dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“ infolge des Kollapses des sozialistischen Systems ist der Islam: Zum einen sollen die Hindernisse die Ausbreitung des Terrorismus im Namen Allahs verhindern, zum anderen schotteten sich muslimische Staaten wegen ihrer Glaubensdifferenzen auch zunehmend stärker voneinander ab. Als Beispiele hierfür können die neuen Grenzbefestigungen zwischen dem Irak und Saudi-Arabien, Bru-

nei und Malaysia, dem Iran und Pakistan sowie Libyen und Ägypten dienen.

Die zweite wichtige Ursache für die Renaissance solider Grenzanlagen liegt in der explosionsartigen Zunahme der illegalen Immigration. Gegen die unerwünschten Menschenströme versuchen sich unter anderem die Balkanstaaten, aber auch arabische und afrikanische Länder mit soliden Sperren zu schützen. Das Gleiche gilt für die USA, welche ihre Grenze

zu Mexiko bereits seit 1996 deutlich konsequenter als früher sichern – also lange bevor Präsident Donald Trump seine Mauerpläne verkündete.

In anderen Regionen der Welt wiederum sind es nichtmuslimische Rebellen, die Staaten Anlass geben, ihre Grenzen so strikt wie möglich abzuriegeln – das wäre dann Grund Nummer drei. So baute Marokko einen mit

Minen und Stacheldraht versehenen Sandwall quer durch die umstrittene Westsahara. Der soll die Kämpfer der sozialistischen Volksfront zur Befreiung von Saguia el Hamra und Río de Oro (Frente Polisario) von marokkanisch kontrolliertem Territorium fernhalten.

Und das vierte Motiv für die verstärkte Sicherung von Grenzen ist das Bestreben, die eigene Bevölkerung vor ausländischen Verbrechen zu schützen. Beispielsweise ergriff Südafrika ab 2009 diverse energische Maßnahmen, um das Einsickern von Kriminellen aus Mosambik und Simbabwe sowie auch den Rauschgiftschmuggel zu unterbinden.

Vor diesem Hintergrund wirken die immer wieder geäußerten Forderungen nach einem Niederreißen aller Grenzen, wie sie vor allem von Netzwerken wie „No Border“ vorgebracht werden, absolut weltfremd. Oder es verbergen sich politische Agenden dahinter, die darauf abzielen, bestimmten Staaten maximalen Schaden zuzufügen. *Wolfgang Kaufmann*

Wegfall aller Grenzen hat sich als Illusion erwiesen



Nicht erst seit Donald Trump: Stark bewehrter Grenzzaun der USA an der Grenze zu Mexiko

Bild: Imago/UPI Photo

Wirksam gegen Attentate

Israel verhinderte mit der Sperranlage Morde an seinen Bürgern

Anfang 1995 schlug der damalige israelische Ministerpräsident Jitzchak Rabin vor, eine Sperranlage zwischen dem besetzten Westjordanland und israelischem Kernterritorium zu errichten, um das Eindringen palästinensischer Selbstmordattentäter zu verhindern. Seine Anregung fiel jedoch erst ab Ende 2000/Anfang 2001 auf fruchtbaren Boden, als die Zahl der getöteten Israelis im Zuge der Zweiten Intifada schlagartig anstieg.

Der Bau der Anlage entlang der Demarkationslinie zur Westbank begann 2002 und wird seitdem kontinuierlich vorangetrieben: Mittlerweile beträgt die Länge des stacheldrahtbewehrten Metallzauns mit Bewegungsmeldern schon über 700 Kilometer, dazu kommen Abschnitte mit einer bis zu acht Meter hohen

Mauer aus Stahlbeton. Diese international vielfach kritisierte Grenzanlage führte sehr schnell zu einer signifikanten Reduzierung von Selbstmordattentaten: 2003 kamen in den israelischen Gebieten, die noch nicht durch Sperren geschützt waren,

Auch Ägypten schützt sich mit einem Wall gegen Gaza-Anrainer

89 Menschen bei Anschlägen von Palästinensern ums Leben, wohingegen es in den Regionen mit Zaun nur 46 Tote gab. Und 2004 starb überhaupt kein israelischer Bewohner der Siedlungen entlang des Zaunes mehr, was die Wirksamkeit des Ganzen beweist.

Eine weitere, 54 Kilometer lange israelische Sperranlage steht seit 1994 entlang der Waffenstillstandslinie, welche den jüdischen Staat vom Gaza-Streifen trennt. Sie wurde seither ebenfalls kontinuierlich ausgebaut und soll gleichermaßen verhindern, dass palästinensische Terroristen in Israel einsickern. Aufgrund der anhaltenden Tunnelbauaktivitäten der Hamas legt der jüdische Staat aktuell auch noch unterirdische Mauersperren an, die bis zu neun Metern in die Tiefe reichen. Parallel dazu entstehen an der nördlichen Grenze des Gaza-Streifens umfangreiche Barrieren über und unter Wasser. Ganz ähnliche Schritte ergriff ab 2008 auch der andere Gaza-Anrainer Ägypten – wobei dessen Sperrmauer mit einem stählernen Wall kombiniert wurde, dessen Unterkante erst 30 Meter unter der Erdoberfläche endet. *W. K.*

Vielfältige Arten von Grenzen

Grenzen können ungemein vielgestaltig sein. So ist die kürzeste Grenze gerade einmal 85 Meter lang – sie trennt die spanische Exklave Peñón de Vélez de la Gomera von der marokkanischen Mittelmeerküste. Im Gegensatz dazu beträgt die Länge der Grenze zwischen Kanada und den USA 8891 Kilometer, was das entgegengesetzte Extrem darstellt. Über die meisten Grenzen zu Nachbarstaaten, nämlich 16 mit einer Gesamtlänge von 22 457 Kilometern, verfügt die Volksrepublik China. Auf den nächsten Plätzen folgen Russland (14 Grenzen) und Brasilien (zehn Grenzen) sowie die Demokratische Republik Kongo und Deutschland (jeweils neun Grenzen). Kasachstan hat nur fünf Nachbarn, jedoch sind seine Grenzen über 1300 Kilometer länger als die Landgrenzen der Vereinigten Staaten.

Am weitesten über dem Meeresspiegel liegt die Grenze zwischen China und Nepal, denn sie führt direkt über den Gipfel des Mount Everest (8848 Meter). Neun Kilometer tiefer befindet

China hat die größte Gesamtlänge

sich die Grenze zwischen Israel und Jordanien in 428 Metern unter Normalnull am Toten Meer.

Die älteste ununterbrochen bestehende Grenze der Welt trennt das Pyrenäen-Fürstentum Andorra von Spanien und Frankreich: Sie wurde bereits 1278 im Pireatges-Vertrag in der heutigen Form festgeschrieben.

Manche Grenzen sind denkbar einfach gestaltet wie die schnurgerade, 61 Kilometer lange Linie, welche Dschibuti von Somalia trennt. Andere bieten dahingegen ein verwirrend kompliziertes Bild. Spitzenreiter war hier bis zu einer Neuregelung im Jahre 2015 die über 4142 Kilometer verlaufende Grenze zwischen Indien und Bangladesch: Dort existierten insgesamt 106 indische und 92 bangladeschische Enklaven, Unter-Enklaven und Unterunter-Enklaven.

Aktuell ist vor allem die Situation an den Grenzen kurios, die den Senegal und Guinea, Südafrika und Lesotho sowie den Sudan und Ägypten trennen. Hier gibt es diverse Niemandsländer, auf die kein Staat Anspruch erhebt. *W.K.*

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrot; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 Hamburg
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

»Das Risiko steigt von Jahr zu Jahr«

Weltkriegsbomben: Oranienburg wird Modellprojekt zur forcierten Entschärfungskampagne



Allein auf diese Stadt wurden 21 000 Brand- und Sprengbomben abgeworfen: Bombenentschärfer bei seiner gefährlichen Arbeit in Oranienburg

Bild: Imago/
Jürgen Heinrich

Bis heute spüren die Bewohner der brandenburgischen Stadt Oranienburg die Folgen des Zweiten Weltkriegs bis in den Alltag. Wie viele andere deutsche Städte ist der Ort nördlich von Berlin im Krieg massiv bombardiert worden. Viele der damals abgeworfenen Großbomben waren allerdings mit besonderen Zündern ausgerüstet.

Als Standort der Auer-Werke und des Flugzeugbauers Heinkel war Oranienburg im Zweiten Weltkrieg ein wichtiges Ziel alliierter Luftangriffe. Schätzungen gehen davon aus, dass auf die Stadt nördlich von Berlin 21 000 Spreng- und Brandbomben abgeworfen wurden.

Allein am 15. März 1945 warfen mehr als 600 Bomber der US Air Force bei einem der verheerendsten Luftangriffe auf Oranienburg innerhalb einer Stunde 4000 Bomben ab. Die Folgen spürt die Stadt bis in die Gegenwart. Beinahe regelmäßig werden Straßen abgesperrt und müssen tausende Bewohner ihre Häuser zeitweise verlassen, weil wieder einmal eine Bombenentschärfung ansteht.

Im Fall Oranienburgs spielt nicht nur die historische Bombardierung des Stadtgebiets eine Rolle. Die Alliierten haben einen ungewöhnlich hohen Anteil der seinerzeit abgeworfenen Großbomben mit chemisch-mechanischen

Langzeitzündern ausgerüstet. Angenommen wird, dass etwa die Hälfte der über Oranienburg abgeworfenen Bomben Langzeitzünder besaßen, die Lösch- und Bergungsarbeiten nach den Bombardierungen behindern sollten.

Als nicht detonierte Blindgänger befinden sich diese Sprengkörper nach Jahrzehnten im Boden mitunter in einem solchen Zustand, dass schon kleinste Einwirkungen eine Explosion auslösen können. Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) warnt: „Es hat in Oranienburg bereits Selbstdetonationen gegeben, und das Risiko steigt von Jahr zu Jahr.“

Tatsächlich ist es im gesamten Bundesgebiet und auch in Österreich in den vergangenen Jahren immer wieder zu Selbstdetonationen von alten Fliegerbomben mit Langzeitzündern gekommen. Auch die Entschärfung gilt als ausgesprochen schwierig. Mehrere Angehörige von Kampfmittelräumdiensten haben seit 1990 ihr Leben lassen müssen, als sie versuchten, die tückischen Alllasten zu entschärfen.

Oranienburg mit seinen gut 45 000 Einwohnern steht damit gleich vor zwei Problemen durch alte Weltkriegs-

bomben: Im Boden liegen zum einen noch immer sehr viele nicht detonierte Bomben, dabei ist auch noch der Anteil der gefährlichen Langzeitzünder-Exemplare hier besonders hoch. Im Gebiet der Stadt wurden seit 1990 bereits mehr als 200 Bomben unschädlich gemacht. Nach Angaben des brandenburgischen Innenministeriums werden in Oranienburg im Durchschnitt jedes Jahr 7,4 Bomben entschärft. Bleibt es bei diesem Tempo, dann ist die Stadt erst in einigen Jahrzehnten frei von Weltkriegsbomben. Experten der BTU Cottbus gingen im Jahr 2008 in einem Gutachten davon aus, dass noch immer mehr als 300 Blind-

gänger im Boden Oranienburgs liegen. Dabei muss davon ausgegangen werden, dass es sich bei einem Teil der Blindgänger um Bomben mit Langzeitzündern handelt.

Die Beseitigung dieser Weltkriegslasten ist mit hohen Kosten verbunden. Der Bund fühlte sich lange Zeit nur für die Bergung reichseigener Munition verantwortlich. Den Ländern und Kommunen blieb es überlassen, die Belastungen durch alliierte Weltkriegsmunition und Bomben zu tragen. Allein das Land Brandenburg mit dem

höchsten Anteil an munitionsbelasteten Flächen hat seit dem Jahr 1991 bereits etwa 400 Millionen Euro für Kampfmittelbeseitigung aufwenden müssen.

Inzwischen hat die Bundesregierung in der Kostenfrage allerdings ihre bisherige Haltung aufgegeben. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) sagte zu, dass sich der Bund bis zum Jahr 2021 mit 60 Millionen Euro an der Beseitigung von Kampfmitteln in ganz Deutschland beteiligen will. Für Oranienburg eröffnet sich damit eine besondere Chance: In der Region soll in den kommenden drei Jahren ein Modellprojekt erprobt werden, um die Bombenentschärfung zu forcieren. Dazu soll der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) zu einer Sonderordnungsbehörde aufgewertet werden.

Der Dienst erhält dazu 13 zusätzliche Personalstellen und auch mehr Aufgaben und Rechte. Künftig soll der Dienst neben der Suche nach Kampfmitteln auch die Freigabe von Grundstücken kontrollieren. Die Stadt Oranienburg wird mit Geld vom Land Flächen mit niedrigerer Gefahrenlage zudem auch selbst absuchen können. Innenminister Schröter stellte zum Start des Projekts „Modellregion Oranienburg“ in Aussicht, dass es bei einem Erfolg auf das ganze Land ausgeweitet wird.

Norman Hanert

Berlin versagt mal wieder

Von VERA LENGSELD

Man hört die Nachricht, doch es fehlt der Glaube. Im Pann-Flughafen BER haben endlich die TÜV-Prüfungen begonnen, nachdem der erste Starttermin geplatzt war, weil nicht alle Unterlagen ordnungsgemäß eingereicht worden waren. Nun soll in den kommenden Wochen festgestellt werden, ob alle beanstandeten Systeme nicht nur einzeln, sondern auch im Zusammenspiel funktionieren. Nur wenn das der Fall ist, könnte der Eröffnungstermin Oktober 2020, acht Jahre nach dem ursprünglichen Datum, noch gehalten werden.

Sollte das Zusammenspiel nicht klappen, muss der Steuerzahler für unbestimmte Zeit weiter eine Million Euro pro Tag in das Pleiteprojekt zahlen. Unter anderem sollen der Hotelkette Steigenberger pro leer stehendem Zimmer ihres Flughafenhotels täglich 70 Euro gezahlt werden, als Verlust für entgangenen Gewinn seit 2012! Ein Vorschlag, dort wenigstens die am Bau beschäftigten auswärtigen Arbeiter und Ingenieure unterzubringen, wurde abgelehnt.

Aber auch beim Wohnungsbau versagt der rot-dunkelrot-grüne Senat komplett. Berlin machte unlängst mit spektakulären Wohnungs-Enteignungsplänen auf sich aufmerksam. Nun stellt sich heraus, dass der Senat seine Wohnungsbauziele verfehlt. Das musste Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linke) am Dienstag in einem Bericht für den Senat eingestehen.

Berlin unterschreitet das selbstgesteckte Ziel, bis zum Jahr 2021 30 000 neue Wohnungen im Landesbesitz zu schaffen, deutlich. Lompscher räumt ein, dass die landeseigenen Gesellschaften bis zum Ende der Legislaturperiode 2021 höchstens 26 000 neue Wohnungen errichten werden. Diese Zahl kann allerdings nur erreicht werden, wenn es gelingt, 2021 mit 10 000 Einheiten doppelt so viele Wohnungen fertigzustellen wie in den Vorjahren. Es handelt sich also um reines Wunschdenken.

Viele Vorhaben der kommunalen Bau-träger sind nicht so schnell vorangekommen wie gehofft. 2018 wurden nur 359 statt der geplanten 4051 Wohnungen fertig.

Auch die Baustarts verschieben sich nach hinten. Schon 2017 und 2018 lag die Zahl der angefangenen Projekte jeweils deutlich unter den Prognosen. Sollte 2018 ursprünglich mit dem Bau von 7455 Wohnungen begonnen werden, erfolgte der Spatenstich nur für 5852 Einheiten.

Die Wohnungssuchenden müssen eben warten, so wie die Passagiere auf den neuen Flughafen.

Mehr Eichen für die Mark

Viele Brandenburger Nadelwälder sollen Mischwälder werden

Brandenburgs Landesregierung bemüht sich, den Anteil von Kiefern in den märkischen Wäldern zu reduzieren und mehr Laubwälder entstehen zu lassen. Laut Waldzustandsbericht liegt der Anteil von Kiefern in den märkischen Wäldern bislang bei 72 Prozent. Lediglich zwölf Prozent der Bäume sind Eichen. Buchen und andere Baumarten sind in den Wäldern noch weniger verbreitet.

Beim Vorhaben, Nadelwälder in Misch- und Laubwälder umzuwandeln, spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Bei der Waldbrandgefahr steht Brandenburg mit seinen trockenen Kiefernwäldern im europäischen Vergleich auf einer Stufe mit Spanien und Portugal. Allein im vergangenen Jahr brannte es in den märkischen Wäldern mehr als 400 Mal.

Im Vergleich zu den noch immer weit verbreiteten Monokulturen aus Kiefer und Fichten bringen Laubwälder wesentlich

schlechter. Zudem halten Laubwälder auch besser Dürreperioden, Schädlingsen und Stürmen stand.

Der Umbau ist allerdings eine langwierige Angelegenheit. In Brandenburg stehen etwa 1,1 Millionen Hektar Wald

Waldbrandgefahr so hoch wie in Spanien oder Portugal

(11 000 Quadratkilometer). Zu Mischwäldern wurden bislang erst 84 000 Hektar umgebaut. Laut Agrarministerium wird die Bepflanzung mit Nadelbäumen nicht mehr öffentlich gefördert.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) hat sich im Zuge ihrer Sommerreise 2019, die sie durch Brandenburg und Sachsen führte, im Juli auch ein Mischwald-Projekt in der Rochauer

Heide angesehen. Noch vor zehn Jahren gab es in diesem Landesforst in Südbrandenburg keine Laubbäume. Inzwischen stehen neben alten Kiefern auch Birken, Vogelbeeren und Eichen. Der Umbau zu einem Mischwald geschieht dort allerdings nicht durch Bepflanzung. Für die Ausbreitung der Eichen sorgte in dem Waldgebiet der Eichelhäher. Die Forstverwaltung half mit gezielten Fällungen dabei, dass genug Licht in den Wald kommt. Wichtig ist auch, dass die jungen Eichen nicht durch einen zu hohen Wildbestand geschädigt werden.

Ähnlich wie Brandenburg versuchen auch andere Bundesländer, ihre Wälder besser gegen Schädlinge und extreme Wetterereignisse zu schützen. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) stellte dazu in Aussicht, für den September kündigte Klöckner einen nationalen Waldgipfel an.

N.H.

Schüler scheitern

Berlin hat die höchste Schulabbrecherquote

Berlin zählt prozentual im Bundesvergleich die meisten Schulabgänger ohne Abschluss. Eine Studie der Caritas zeigt, dass der „Anstieg der Abbrecherquote“ auf die gestiegene Zuwanderung zurückzuführen sei. „Ein weiteres Hemmnis gerade auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche besteht darin, dass sie während der Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung häufig nicht sofort eine Schule besuchen (können).“ Kritiker weisen dies indes zurück: Niemand werde daran gehindert, die Schule zu besuchen.

2017 hatten 11,7 Prozent der Berliner Schulabgänger nicht einmal einen Hauptschulabschluss. 2015 waren es „nur“ 9,3 Prozent. Auch Bremen und Sachsen-Anhalt liegen über der Zehn-Prozent-Marke. Der Bundesdurchschnitt lag 2017 bei 6,9 Prozent.

2010 hat Berlin Haupt- und Realschulen zusammengelegt. Es sollte dadurch weniger Schulversager geben. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): „Aus den Sekundarschulen ohne gymnasiale Oberstufe sind die neuen Hauptschulen geworden, in denen nach wie vor das leistungsfördernde Umfeld fehlt.“

Auch in Berlin zeigen sich regionale Unterschiede. In Problembezirken wie Mitte (17 Prozent) Neukölln (13,5 Prozent) und Marzahn-Hellersdorf (12,2 Prozent) lagen die Abbrecherquoten besonders hoch, im bürgerlich und von wenigen Ausländern geprägten Steglitz-Zehlendorf nur bei 3,8 Prozent. Das Niveau der Berliner Schulausbildung sei ohnehin sehr niedrig, bemängeln Kritiker. Bei höheren Anforderungen wären die Zahlen wohl noch höher. Frank Bucker

Die Zahl steigt zudem drastisch an

Ku'damm soll autofrei werden

Reinhard Naumann, Bezirksbürgermeister des Berliner Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf, will einen autofreien Kurfürstendamm, ebenso soll die Straße Tauentzienstraße stillgelegt werden, zunächst einmal versuchsweise: „Ich bin für einen Versuch.“ Eine andere Hauptverkehrsstraße, die Kantstraße, will er den Fahrradfahrern vorbehalten: „Ich wünschte mir da etwas mehr Mut. Letztlich ist klar: Der knappe Platz muss neu verteilt werden.“ Eine Stadtautobahn würde es mit dem SPD-Politiker auch nicht geben: „Die Durchquerung der Stadtautobahn durch die City West – eine Idee und Philosophie der 60er-Jahre – ist eine unerträgliche Belastung.“ Die wesentlichen Teile des Autobahnstadtrings gingen auf die Regierungszeit Willy Brandts zurück. Den Verkehr will Naumann im Bezirk reduzieren, indem die Wege von den Wohnungen zur Arbeit möglichst kurz sind. Dazu überlegt er, wie man die Höhe von Gewerbesteuer begrenzen könnte.

F.B.

MELDUNGEN

Islamisten mischen Schweizer Provinz auf

Zentrum ist die eher beschauliche Stadt Winterthur

Elsass wird
»Europaregion«

Straßburg – Das Elsass, das 2016, als Frankreich von 22 auf 13 Regionen geschrumpft ist, offiziell verschwand, wird zu einer neuen Territorialkörperschaft zusammengeschlossen. Die „Europäische Region Elsass“ wird zur Großregion Grand Est gehören, die aus der Fusion von Elsass, Lothringen und Champagne-Ardenne entstanden war. Anders als Korsen, Bretonen oder Basken waren die Elsässer es nicht gewohnt, für ihre Identität zu kämpfen. Das taten sie erst nach der Auflösung ihrer Region. Nun haben die Demonstrationen von Zehntausenden wenigstens in diesem Punkt zum Erfolg geführt. *B.B.*

Für Kaliforniens
Unabhängigkeit

Sacramento – In Kalifornien entwickelt sich eine immer breiter werdende Bürgerbewegung, die unter dem Namen „Yes California Independence Campaign“ für einen Austritt des drittgrößten und bevölkerungsreichsten US-Bundesstaates aus den USA streitet. Einer Umfrage der Universität Berkeley zufolge teilen 32 Prozent der Kalifornier den Wunsch nach einem Austritt. Diese Bewegung entstand 2014 aus einer Internet-Kampagne. Bald lieben die Initiatoren Pläne für ein Unabhängigkeitsreferendum im Jahr 2020 folgen. 2016 wurde die aus ihrer Bewegung entstandene California National Party von der kalifornischen Regierung als Partei anerkannt. Ganz so unrealistisch, wie man in Europa meinen könnte, sind solche Pläne nicht. 2017 waren nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Zogby 68 Prozent der US-Amerikaner grundsätzlich damit einverstanden, dass Teile der USA aus dem Staatsverband ausscheiden können. 2014 ergab eine Umfrage von Reuters, dass rund ein Viertel der US-Bürger mit dem Ausscheiden ihres eigenen Bundesstaates sympathisierten. *T.W.W.*

Auch in der Schweiz radikalisiert sich, trotz eines Minarett-Verbots, immer mehr Muslime. Ihr Zentrum ist die Stadt Winterthur. Ein deutscher Kickboxweltmeister, der im Dschihad in Syrien 2015 gestorben ist, spielte dabei eine wichtige Rolle.

Bisher war die Schweiz davon ausgegangen, dass ihr als Nicht-EU-Mitglied und Vorzeigeland in Sachen soziale Dienste eine kritische Islamistszene erspart bleiben würde. Deshalb hat es in der Schweiz umso mehr Wellen geschlagen, dass gerade die überschaubare Vorzeigestadt Winterthur, die eigentlich als internationale Versicherungsmarke bislang für Sicherheit und heile Welt stand, der Brennpunkt des Alpenlandes geworden ist, wo die Islamistszene ganze Stadtviertel erobert und sich in Ghettos wie im düsteren Mittelalter zurückzieht.

Besonders betroffen ist offenbar die Siedlung Steig in Winterthur-Töss. Die gesellschaftlichen Entwicklungen hier gelten bei den Ermittlungsbehörden als problematisch. Hier herrschen hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, die den besten Nährboden für Parallelgesellschaften und Islamismus bieten. Die islamistische Szene Winterthurs besteht laut Ermittlerkreisen aus einigen Anführern und mehreren Dutzend Anhängern. Experten gehen von 70 bis 100 Personen aus, die dem Islamistenmilieu zuzurechnen sind. Wie viele Personen aus dem Großraum Winterthur aber tatsächlich als Dschihadisten in die Kriegsgebiete gereist sind, ist unklar. Fest steht, dass es mehr gewesen sein müssen als die bisher bekannten zehn Fälle.

Die Islamistszene in der Region um Winterthur hat sich über Jahre entwickelt. Hinweise gab es bereits seit der Jahrhundertwende, als nach den Anschlägen in Madrid 2004 ein Mann verhaftet wurde, der sich vor der Anschlagserie während mehrerer Monate legal in der Region Winterthur



Buntes Treiben: Markt in der Altstadt von Winterthur

Bild: Imago

aufgehalten hatte. Es war jedoch Valdet Enver Gashi aus Pristina im Kosovo, der als Sechsjähriger 1992 mit seinen Eltern in Deutschland einen Asylantrag gestellt hatte und als deutscher Thai-Boxkämpfer zweifacher Weltmeister in der Superleichtgewicht-Division wurde. Er trug erheblich zur Radikalisierung der Islamistszene in Winterthur bei. Gashi kam 2013 nach Ende seiner Profi-Kickboxkarriere in Thailand als Kickboxer nach Winterthur und entwickelte dort eine Art islamisches Kickboxen. Viele wurden seine Anhänger und zogen mit ihm ab Anfang 2015 zur Terrororganisation IS nach Syrien. Seiner in Singen in Deutschland lebenden Familie verheimlichte Gashi seine Dschihadreise. Die Fa-

milie erfuhr erst durch einen anonymen Anruf, dass Gashi bei den Kämpfen um Kobane gestorben ist, wohl durch die Kugeln der eigenen IS-Brüder, weil er sich angesichts der aussichtslosen Lage nach Deutschland absetzen wollte.

Gashi hatte seine Jünger in der örtlichen An-Nur-Moschee in Winterthur um sich gesammelt. Diese Moschee blieb auch noch nach der Abreise der Dschihadkämpfer nach Syrien ein Treffpunkt der Islamisten weit über die Grenzen der Stadt hinaus. 2016 wurden in dem „Gotteshaus“ zwei Moscheebesucher von einer Gruppe von zwölf jungen Barträgern fast gelyncht, weil man sie für Spitzel hielt. Dies führte dazu, dass die Moschee während mehrerer Jahre von Ermittlern über-

wacht wurde. So bekamen die Behörden etwa mit, wie sich ein junger Mann direkt vom „Gotteshaus“ zum Flughafen begab, um in den Dschihad zu ziehen. Die Polizei konnte ihn noch am Flughafen Zürich abfangen.

Im Oktober 2016 hatte ein angeblich aus Äthiopien stammender Reise-Imam im Rahmen einer öffentlich zugänglichen Freitagspredigt gesagt, dass Muslime, die sich weigerten, in der Gemeinschaft zu beten, getötet oder verbrannt werden sollten. Ein Gericht warf dem Imam, der in der Schweiz einen Asylantrag gestellt hatte, der abgelehnt worden war, vor, dass er in Passagen seiner Predigt den Tatbestand der öffentlichen Aufforderung zu Verbrechen erfüllte. Der Verurteilte argu-

mentierte, dass es sich um Worte hoher islamischer Schriftgelehrter, des Propheten Mohamed und um Zitate des Korans gehandelt habe, die er nicht kommentieren dürfe. Respektlos vor den Worten Mohammeds, verurteilte das Zürcher Obergericht den Mann zur Ausschaffung, dem Schweizer Wort für Abschiebung. Diese konnte sogar vollzogen werden, weil bei Gericht die wahre Identität des Mannes aus Somalia festgestellt worden war.

Die An-Nur-Moschee in Winterthur ist seit Sommer 2017 geschlossen, weil der Vermieter den Vertrag gekündigt hatte. Doch die meisten Salafisten sind geblieben und warten jetzt auf die Rückkehr ihrer Brüder aus Syrien und dem Irak. *Bodo Bost*

Gescheiterter Sonnyboy

Kanadas linker Premier Trudeau enttäuscht auf ganzer Linie

Eigentlich wollte sich Kanadas liberaler Premierminister Justin Trudeau, Sohn des früheren Staatsführers Pierre Trudeau und einer anglokanadischen Medienkone, 2019 in den Geschichtsbüchern verewigen. Pünktlich zu den Wahlen galt es, als derjenige kanadische Regierungschef zu glänzen, der das Land mit seinen Ureinwohnern aussöhnt. Daraus wird nun nichts.

Noch bis in die 1990er Jahre hatten die für ihren notorischen Rassismus berüchtigten Anglo- und Franko-Kanadier auf einen kulturellen Genozid der Indianer und Eskimos gesetzt beispielsweise durch Verschleppung von Kindern in sogenannte Internate, wodurch das frühere Erbe des biologischen Völkermordes durch Tötung und Vertreibung in ungeeignete Lebensräume fortgesetzt wurde. Bis heute gelten Gesetze, welche die Ureinwohner faktisch vom modernen Wirtschaftsleben ausschließen und an ihre Reservate binden, in denen das reiche Kanada nicht einmal für fließendes Wasser sorgt.

Schon zu Beginn seiner Amtszeit Ende 2015 besuchte der junge Premier den Rat der sogenannten Ersten Völker und versprach, diese Erblast politisch zu tilgen und die verfassungsgemä-

ßen Rechte der Eingeborenen zu achten. Zudem wollte er für eine Aufklärung des Schicksals von tausenden Indianer-, Eskimo- und Mischlingsvölkerfrauen sorgen, die rassistisch konnotierten Sexualmorden durch Weiße zum Opfer fielen, ohne dass sich die Polizei damit ernstlich beschäftigte. Das gleiche Problem ist auch aus den USA bekannt, wo nach Angaben des „Arizona Daily Star“ 96 Prozent aller Vergewaltigungen von Indianerinnen durch Nicht-Indianer verübt werden.

Weder Indianer-
noch
Frauenförderer

Die Reservatspolizeien dürfen in solchen Fällen nicht gegen Nicht-Indianer ermitteln.

Trudeau hatte daher mit Jody Wilson-Raybould erstmals eine Indianerin als Justizministerin bestellt. Zwei Jahre später erlangte die hochkompetente Juristin weitere Schlüsselpositionen in der Regierung, erregte aber schon kurz darauf das Missfallen ihres Chefs, als sie einen Konservativen ins Oberste Gericht berufen wollte. Der Premier begann, seine einstige Vertraute zu hintergehen

und sägte endgültig an ihrem Stuhl, als sie das gewaltige Korruptionssystem um das Großunternehmen SNC Lavalin aus seiner Heimatprovinz nicht einfach unter den Teppich kehren wollte. Anfang 2019 wurde sie schließlich auf einen zweitrangigen Posten abgeschoben und schied bald auf eigenen Wunsch aus der Regierung aus, woraufhin sie Trudeau von allen Wahllisten strich und die Geschasste die Partei verließ. Ihre Reformen verließen damit im Sande.

Auch ansonsten tat der Premier für die Indianer nichts. Die Ermittlungen zu den Frauenmorden blieben unergiebig, da man den Auftrag der bestellten Kommission deutlich zu eng gefasst und nicht für eine hinreichende Finanzierung gesorgt hatte. Reihenweise Rücktritte der Mitglieder ließen Trudeau kalt. Sein Ansehen ist ob dieser Nichterfüllung der Wahlversprechen gegenüber Frauen und Ureinwohnersympathisanten schwer angeschlagen. Hinzu kommen bekanntgewordene massive Einschüchterungsversuche im Fall SNC Lavalin. Die Konservativen zogen in den Umfragen bereits klar an den Liberalen vorbei und dürften nach den Wahlen im Herbst wieder die Regierung übernehmen.

Thomas W. Wyrwoll

Moskau reagierte zu spät

Katastrophal: Waldbrände und Überschwemmungen in Sibirien

Sibirien brennt – Moskau schweigt“ oder „Ich erstickte“ war auf den Plakaten zu lesen, die aufgebrauchte Irkutsker Bürger in die Kameras hielten. Videoaufnahmen der meterhohen Flammen und immensen Rauchwolken auf YouTube und in den sozialen Netzwerken zeugten von dem Ausmaß der Katastrophe ebenso wie von der Untätigkeit der Verantwortlichen. Nur vereinzelt waren Mitarbeiter des Katastrophenschutzes oder – schlecht ausgerüstete – Feuerwehrleute zu sehen. 400 000 Bürger hatten eine Petition an die Regierung unterschrieben, damit diese etwas gegen den Flächenbrand unternahme, eine ähnliche Petition von Greenpeace unterstützten 120 000 Menschen.

Die Betroffenen, die in ihren Heimatorten seit Tagen keine Sonne mehr sehen konnten und denen sprichwörtlich die Luft zum Atmen fehlte, empörten sich über staatliche Fernsehkanäle. Wenn die Sender überhaupt über die Katastrophe berichteten, dann nur 36 Sekunden lang, während ihnen die Marine-Parade in St. Petersburg eine Viertelstunde wert war.

Inzwischen sind in Sibirien drei Millionen Hektar Wald niedergebrannt, eine Fläche so groß wie Belgien. Die Flammen lodern schon seit dem Frühjahr, doch laut

russischem Gesetz werden sie nur dann gelöscht, wenn Menschenleben in Gefahr sind. Ansonsten werden nur Maßnahmen ergriffen, wenn der wirtschaftliche Schaden größer wäre als die Kosten fürs Löschen. Löschen mit Flugzeugen wäre laut Alexander Agafonow, Leiter der staatlichen Forstbehörde, nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

In 14 russischen Regionen wüten derzeit Brände. Zwar sollen 3000 Mann und 423 Technischeinheiten mit der Brandbekämpfung be-

Drei Millionen Hektar
Wald fielen den
Flammen zum Opfer

schäftigt sein, doch die wurden viel zu spät eingesetzt. Erst als die Bürgerproteste lauter wurden und immer mehr Menschen mit Atemwegsbeschwerden die Krankenhäuser füllten, reagierten die Behörden. Zu ihrer Rechtfertigung argumentierten sie damit, dass Brände in der Taiga ein normales Phänomen seien. Sie hofften, das Problem werde die Natur von selbst lösen.

Doch bei für Sibirien ungewöhnlich hohen Temperaturen von 30 Grad und heftigen Winden grenzt

eine solche Hoffnung an Fatalismus.

Die Folge ist, dass 100 Orte in den Brandgebieten in dichten Rauch gehüllt sind. Die Städte Tomsk, Altai, Jekaterinburg und Tscheljabinsk liegen im Smog, auch Tatarstan und Kasachstan sind betroffen. Bald schon könnte der Brandgeruch das ferne Moskau erreichen. An einigen sibirischen Flughäfen musste der Flugverkehr wegen der Rauchschwaden eingestellt werden. Klimaschützer schlagen indessen Alarm: Die hohen Mengen des bei den Bränden freigesetzten Kohlendioxids würden zur Eisschmelze in der Arktis beitragen. Greenpeace Russland berichtet, dass in diesem Jahr schon 12 Millionen Hektar Wald verbrannt seien. Auch in Alaska und Kanada breiten sich Flächenbrände aus.

Irkutsk hat es besonders schwer getroffen. Neben der Smogbildung kam es im Juli innerhalb weniger Tage zu Überflutungen, da der Pegel des Flusses Ija auf elf Meter gestiegen war. Die Stadt Tulun musste evakuiert werden.

Inzwischen hat Moskau reagiert und Katastrophenalarm für fünf Regionen ausgerufen. Außerdem hat Präsident Putin das Militär angewiesen, die Feuerwehr im Kampf gegen die Katastrophe zu unterstützen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Konjunktur runter, Steuer rauf?

Koalitionsparteien, Grüne und Linkspartei wollen den Bürgern stärker in die Tasche greifen

Obwohl führende Wirtschaftsinstitute vor einem Abflauen der Konjunktur warnen, steht der Bundesrepublik eine Debatte über höhere Steuern bevor. SPD, Grüne und Linkspartei wollen den Bürgern verstärkt in die Tasche greifen. Aber auch die CSU mischt mit.

Angesichts desaströser Umfrageresultate scheinen vor allem die Sozialdemokraten bemüht zu sein, eine neue Neiddebatte anzustoßen. Ihr Lieblingsthema dabei: Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. „Große Vermögen in Deutschland müssen stärker besteuert werden, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche“, sagte der kommissarische SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Die Einnahmen aus der Besteuerung sollten herangezogen werden für die Finanzierung von besserer Bildung oder einem bestmöglichen Bahnverkehr oder dem Bau von bezahlbaren Wohnungen.“

Der hessische SPD-Landeschef ist Vorsitzender einer parteiinternen Kommission, die nach Wegen für eine verfassungskonforme Besteuerung von Vermögen sucht. „Die dringenden Aufgaben erfordern zusätzliche finanzielle Mittel, und ich bin dafür, sie da zu heben, wo sie sind“, sagte er.

Bis 1996 wurde in Deutschland eine Steuer auf hohe Vermögen erhoben. Sie wurde abgeschafft, weil das Bundesverfassungsgericht damals entschied, dass der Staat mit der Einkommens-, Vermögens- und sonstigen Steuern nicht mehr als 50 Prozent der Einnahmen der Steuerzahler abschöpfen dürfe. Der linke Flügel der SPD plädiert jedoch schon länger für eine erneute Einführung, aber vor allem wegen der verfassungsrechtlichen Probleme konnte bisher keine Lösung gefunden werden. Es gilt darüber hinaus als unwahrscheinlich, dass die Koalitionspartner von CDU und CSU einer Wiedereinführung zustimmen werden. Bundesfi-



„So sicher wie das Amen in der Kirche“: Steuererhöhungen

Bild: Imago/Chromorange

nanzminister Olaf Scholz hat in das Berliner Kabinett eingebracht, ein Anliegen sei das Eindämmen von Steuersparmodellen und Steuerschlupflöchern bei Immobiliengeschäften, wozu nun ein Gesetzentwurf vorliegt, der sich gegen die sogenannten „Share Deals“ richte. Dabei handelt es sich um Immobiliengeschäfte, bei denen die Zahlung der Grunderwerbsteuer vermieden wird, indem bei einer Transaktion nicht das komplette Grundstück in neue Hände übergeht.

So reicht es bisher, nur knapp 95 Prozent an einer Gesellschaft zu erwerben, um die Zahlung von Grunderwerbsteuer zu umgehen – der Rest kann dann steuerfrei fünf Jahre später erworben werden. Vor allem in hochpreisigen Innenstadtlagen kommen diese „Share Deals“ zum Zuge.

Besonders beliebt sind derzeit allerdings Steuererhöhungen, wenn sie im Zusammenhang mit der Klimadebatte diskutiert wer-

den. Vor allem den Fluggesellschaften soll es nun an den Kragen gehen. Den Plan, dazu das Fliegen unattraktiver zu machen, gibt es derzeit nicht nur von den Grünen, sondern in allen drei Parteien der großen Koalition. Die Idee: Bahntickets im Fernverkehr könnten über eine Steuersenkung günstiger werden. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt präsentierte dem „Münchner Merkur“ unlängst ein Konzept mit dem Namen 4K: „Wir wollen die vereinbarten Klimaziele erreichen und mit einem umfassenden ‚Klimakonzept 4K‘ die CO₂-Emissionen deutlich senken.“ Das Papier mit dem Namen „Kreislauf-Konzept Klimainnovationen“ beinhaltet dabei ein Klima-Budget, aus dem der Staat neue Technologien fördern kann und in das Einnahmen aus höheren Abgaben auf CO₂-Ausstoß fließen sollen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sprach sich sogar dafür aus,

den Klimaschutz als verpflichtende Staatsaufgabe im Grundgesetz zu verankern. „Wir stehen vor einer Jahrhundertaufgabe, daher brauchen wir auch einen Jahrhundertvertrag“, sagte Söder der „Süddeutschen Zeitung“.

Ein Vorschlag der Grünen, den Klimaschutz ins Grundgesetz aufzunehmen, war im vergangenen Jahr unter anderem am Widerstand der Union gescheitert. Nun, da die Grünen bundesweit an Zulauf gewinnen und eine schwarz-grüne Koalition immer wahrscheinlicher wird, gehen sogar die Bayern auf Schmusekurs. Das Thema sei zu wichtig, um daraus parteipolitisch Kapital zu schlagen: „Früher sollte es keine Rentwahlkämpfe geben, jetzt sollte es keine Klimawahlkämpfe geben“, sagte Söder.

Doch den Grünen gehen diese Pläne erwartungsgemäß noch nicht weit genug. Parteichef Robert Habeck forciert das Ende von Inlandsflügen bis 2035 in

Deutschland mit Hilfe eines Maßnahmenpakets. „Es ist möglich und erstrebenswert, bis ins Jahr 2035 keine Inlandsflüge mehr in Deutschland zu haben“, sagte Habeck dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Die Bahnstrecken müssten dafür aber massiv ausgebaut werden. Um dieses Vorhaben zu finanzieren, solle Kerosin für Binnenflüge höher besteuert werden, Ausnahmen für die gewerbliche Luftfahrt gestrichen werden.

Noch radikaler präsentiert sich die Linkspartei, wenn es um den Flugverkehr geht. Angesichts der Klimakrise fordert der Parteichef Bernd Riexinger, die Fluggesellschaften zu verstaatlichen. Der Konkurrenzkampf auf dem Flugmarkt schade dem Planeten und sei damit kein legitimes Werkzeug der Marktwirtschaft: „Man hat einen wilden Konkurrenzkampf auf dem Flugmarkt zugelassen – zum Nachteil der Beschäftigten und zulasten des Klimas.“

Peter Entinger

MELDUNGEN

Wohnungsbau rückläufig

Wiesbaden – Von Januar bis April 2019 wurde der Bau von 105 800 Wohnungen genehmigt. Laut Statistischem Bundesamt waren das 1,3 Prozent weniger Baugenehmigungen als im Vorjahreszeitraum. Die Genehmigungen galten sowohl für neue Gebäude als auch für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. In neu zu errichtenden Gebäuden wurden rund 92 000 Wohnungen genehmigt. Das waren 1,4 Prozent oder 1300 Wohnungen weniger als im Vorjahreszeitraum. Gestiegen ist ausschließlich die Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser mit einem Plus von 2,2 Prozent. Die Zahl der Baugenehmigungen für Zweifamilienhäuser sank dagegen um 5,2 Prozent, die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser um 0,5 Prozent. J.H.

Geld für 15,7 Millionen Kinder

Nürnberg – Im April 2019 haben nach der Bestandsstatistik der Bundesagentur für Arbeit insgesamt gut 9,4 Millionen Berechtigte für 15,7 Millionen Kinder Kindergeld erhalten. Den Angaben zufolge lebten gut 9,3 Millionen der Berechtigten und rund 15 Millionen der Kinder in der Bundesrepublik sowie exakt 102 332 der Berechtigten und 308 953 der Kinder außerhalb Deutschlands. J.H.

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.926.029.881.210 €

Vorwoche: 1.926.071.173.282 €

Verschuldung pro Kopf:

23.199 €

Vorwoche: 23.200 €

(Dienstag, 6. August 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Immobilienmarkt überhitzt

Experten: Geldpolitik der EZB für Blase verantwortlich

Vor allem in den westlichen EU-Ländern tobt ein Preiskrieg um Immobilien. Nun haben die Brüsseler Risikowächter unter Aufsicht von Zentralbank-Chef Mario Draghi erstmals vor kapitalen Folgen gewarnt. Wie aus dem Jahresbericht des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) hervorgeht, gehe der Preisanstieg für Wohnräume in vielen EU-Staaten mit Anzeichen einer Überbewertung einher. Der ESRB wurde im Jahr 2010 als Reaktion auf die Finanzkrise gegründet. Als Frühwarnsystem soll er auf Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems in der EU hinweisen.

Der Ausschuss moniert vor allem, dass sich in vielen EU-Ländern die Haushalte zur Finanzierung ihrer Immobilienkäufe zunehmend verschuldet hätten. Der Wohnungsmarkt sei dadurch anfällig, sollte sich das wirtschaftliche Umfeld verschlechtern. Ein deutlicher Abschwung am Immobilienmarkt könnte Banken und anderen Immobilienfinanzierern Verluste bescheren, es sei viel zu viel „billiges Geld“ auf Pump an die Haushalte ausgeschüttet worden. Als größtes Risiko bezeichnet der Ausschuss allerdings eine mögliche Neubewertung von Ri-

sikoprämien an den Finanzmärkten, was im Endeffekt einen generellen Kurseinbruch bedeuten könnte. Als äußerst problematisch seien auch die Bilanzschwäche der Banken zu sehen und die generelle Gefahr einer zu hohen Verschuldung der öffentlichen Hand sowie der privaten Haushalte. Auch hätten sich viele Unternehmen billiges Geld geliehen, um neu zu bauen.

Ein viertes Hauptrisiko seien die von Schattenbanken ausgehenden Gefahren. „Dazu zählen Hedge- und Geldmarktfonds, alternative Investmentfonds und spezielle Börsenhändler, die im Unterschied zu klassischen Banken nur wenig reguliert sind“, erklärt das „Handelsblatt“.

Nach dem Bericht der Draghi-Truppe dürften in einigen Finanzministerien der EU-Mitgliedstaaten die Alarmglocken schrillen. Bereits zuvor hatten aber Experten auf die Gefahr einer Immobilienblase hingewiesen und dafür auch die Europäische Zentralbank verantwortlich gemacht.

Denn seit einigen Jahren sind die Häuserpreise nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten Euro-Ländern deutlich angestiegen. Dies zeige einmal mehr, dass die expansive Geldpo-

litik der EZB ihren Preis hat, erklärt Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer. So erscheinen Häuser in einigen Ländern wie Belgien und Frankreich, zunehmend aber auch in Deutschland, bereits als teuer. „Sollte die EZB wie von uns erwartet noch lange Zeit an ihrer Negativzinspolitik festhalten, droht die nächste Blase bei den Immobilienpreisen“, erklärte er im Research-Bericht der Bank. „Von einer ausgeprägten Blase kann damit sicherlich noch nicht die Rede sein“, erklärte Kramer und sieht dennoch keinen Grund zur Entwarnung. „Allerdings deutet derzeit alles darauf hin, dass die EZB ihren Kurs noch für eine beträchtliche Zeit beibehalten wird. Wir gehen davon aus, dass sie ihren Einlegesatz bis Ende 2020 nicht verändern wird und auch danach den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik allenfalls sehr langsam zurückdrehen wird.“ Das werde die Bewertung von Wohnimmobilien weiter steigen lassen. Voraussichtlich Ende 2020 dürfe sie im Durchschnitt des Euroraums das kurz vor der Finanzkrise erreichte Niveau übertreffen. Mit jedem weiteren Anstieg werde die Gefahr einer Blase weiter zunehmen, heißt es in dem Bericht der Commerzbank. P.E.

Preussische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland

Probabo anfordern:
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

Wahnsinn

Von Volker Wittmann

Wir leben in verrückten Zeiten. Will man „Qualitäts-Medien“ wie der „Süddeutschen Zeitung“ glauben, sind die Sachsen auf einem „Irrweg“. Dort stimmt laut Sonntagsfrage jeder Vierte für die AfD. Anders gesagt, in dem mitteldeutschen Freistaat laufen rund eine Million Irre frei herum.

Voran geht ein verirrter Ministerpräsident. Obersachse Michael Kretschmer (CDU) hatte unlängst ein Ende der Sanktionen gegen Russland gefordert. Dergleichen gilt in München offenbar als klarer Hinweis auf Schwachsinn.

Laut einer Umfrage von Forsa wollen doch tatsächlich 27 Prozent der Deutschen allen Ernstes grün wählen. Das macht bundesweit 22 Millionen „Andersbegabte“.

Vergeblich versuchten psychiatrisch Gesinnte den Greta-Anhängern schonend beizubringen, dass es immer schon alle möglichen Formen von Ausnahme-Wetter gegeben hat. Dagegen wenden die Rechtgläubigen ein, wer weit genug in die Erdgeschichte zurückblickt, könne naturgemäß beliebig viele Kapriolen des Klimas finden. Es gehe aber um die nahe Zukunft.

Weltenretter, auch Gutmenschen genannt, genießen freilich schon länger der Ruf, nicht ganz hundert zu sein. Der Chef des Magazins „CATO“, Andreas Lombard, hat den Verstockten darum „Ignoranz“ bescheinigt. Das ist ein vornehmer Ausdruck für Beschränktheit. Es scheint also Einvernehmen zu herrschen, dass fast alle spinnen. Damit wäre die Belegschaft der Anstalt so gut wie vollzählig.

Aber woher rührt so viel gei-

stige Verwirrung? Hat sich ein Wahnsinns-Erreger gleich dem Ebola-Virus unbemerkt ausgebreitet? Jedenfalls muss es einen gewichtigen Grund geben, wenn abermillionen Menschen ausflippen.

Könnte die grüne „Hysterie“ etwas mit den übel riechenden Skandalen der Autoindustrie zu tun haben? Gerade hat das Kraftfahrt-Bundesamt wieder einen Zwangsrückruf für Benziner-Modelle wegen zu hoher Abgaswerte verhängt. Diesmal traf es Opel. Die braven Michel hatten sich eingebildet, was aus deutscher Wertarbeit stammt, sei mindestens stubenrein. Schöne Schäume, sie haben sich als riesengroßer Schwindel entpuppt. Könnte die Enttäuschung darüber den Klimawahn anheizen?

Macht womöglich der Gestank in den Großstädten zu Stoßzeiten des Berufsverkehrs die Wähler so närrisch? Autobauer hatten bislang Stein und Bein geschworen, Elektroantrieb sei weder wirtschaftlich noch machbar. Indessen sind schon Flugzeuge mit Sonnenenergie um den Globus geflogen.

Jetzt schwenkt die Industrie um. Die Kernkraft soll bleiben, um genügend Strom zu bekommen. Atomenergie sei umweltfreundlicher und billiger als Windmühlen. Von den Kosten für eine Million Jahre Lagerung radioaktiver Abfälle ist dabei abzusehen.

Die Grünen wollen da ganz neue Wege gehen. Ihr Vorsitzender Robert Habeck schrieb in seiner Doktorarbeit: „Die Ikonizität der visuellen Medien ist formal als die Analogizität von Räumen unter Zuhilfenahme des Zeitfaktors semiotisch analysierbar.“

Wer da nicht verrückt wird!

Merkel gefährdet das Bündnis

Von Bodo Bost

Die US-Regierung hat die europäischen Verbündeten dazu gedrängt, eine größere Rolle in Syrien zu spielen, um die letzten Überreste des Islamischen Staatskalifats zu beseitigen. Frankreich und das Vereinigte Königreich haben sich darauf geeinigt, ihre militärische Präsenz in Syrien (in bescheidenem Umfang) zu verstärken, um die abziehenden US-Amerikaner zu ersetzen, den Berichten zufolge sollen ihre Truppen um rund 400 Soldaten heraufgesetzt werden. Dagegen hat Deutschland die Forderung Washingtons rundweg abgelehnt. „Wenn ich sage, dass die Regierung beabsichtigt, ihre derzeitigen Maßnahmen im Rahmen der Anti-ISIS-Koalition beizubehalten, dann schließt dies sicherlich keine Bodentruppen ein“, so Regierungssprecher Steffen Seibert.

Angesichts der jüngsten Handels- und Energiestreitigkeiten zwischen Berlin und Washington ist diese Entwicklung schockierend – war aber vorhersehbar. Deutschland hat nicht den Willen oder die ausreichenden Kräfte, sich selbst zu verteidigen. Nach Jahrzehnten chronisch mangelhafter Verteidigungsausgaben ist das deutsche Militär nur noch eine Hülle seines einstigen Selbst im Kalten Krieg. Nachdem US-Präsident Donald Trump versprochen hatte, die Verteidigungsausgaben deutlich zu steigern, hat Berlin einfach nicht geliefert. Die Militärausgaben bewegen sich um 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, also weit unter dem vereinbarten NATO-Ziel von zwei Prozent.

Nur ein schwindend kleiner Teil der deutschen Luftwaffe und der Marine sind überhaupt einsatzbe-

reit. Deutschlands Einsatzbereitschaft in irgendeinem möglichen Konflikt ist geradezu lächerlich. Merkels Abneigung gegenüber Trump ist bekannt. Sie sehnt die alten Zeiten mit Barack Obama zurück, der eher die US-amerikanischen Steuerzahler zur Kasse bat, um Deutschland zu schützen, als die USA die Sicherheitsrisiken der letzten Jahre im Nahen Osten gestemmt.

Deutschland hat unaufgefordert eine Millionenzahl von islamischen Asylsuchern aufgenommen, darunter viele Kriminelle und Terroristen, und damit ein Problem, mit dem Deutschland noch Jahrzehnte zu kämpfen hat. Aber jetzt tut Merkel so, als existiere die radikalislamische Bedrohung im Nahen Osten überhaupt nicht. Wer sich ein Asylrecht leistet wie das

deutsche, das Menschen aus allen Konfliktgebieten nach Deutschland geradezu einlädt, der sollte sich auch die Mittel geben, auf diese Konflikte politisch und militärisch adäquat reagieren zu können.

Das tun die Deutschen nicht, nicht nur aus US-amerikanischer Sicht. Die Amerikaner verdächtigen Merkel und ihre Regierung, bei Flüchtlingen eine Obergrenze zu verhindern, aber deswegen die Militärausgaben immer mehr zu begrenzen. Es ist nicht der böse Mr. Trump, der die NATO auseinanderreibt. Es ist auch nicht Wladimir Putin, der das tut. Es ist Deutschland, die zweistärkste Wirtschaftsmacht des Bündnisses, das mit der Begrenzung seiner militärischen Kapazitäten das Bündnis immer mehr in Frage stellt, dem es 70 Jahre Frieden in Europa verdankt.



Fällt den Partnern in den Rücken: Bundeskanzlerin Angela Merkel, hier beim NATO-Gipfel im Jahre 2018

Bild: action press

Bei der Universität Siegen steht ein Dozent in Lohn und Brot, ein gewisser Niko Paech, Volkswirt und tätig im Bereich „Plurale Ökonomik“, wie er sagt. Dieser Professor Paech macht sich Sorgen um die Umwelt, was ihn ehrt, und schlägt in diesem Sinne eine Maßnahme vor, deren Ehrbarkeit indes sehr fraglich ist. Er meint, jedermann solle seine Mitmenschen auf deren Fehlverhalten in Umweltsachen ansprechen und zu Besserung mahnen. Paech nennt das ein „zwischenmenschliches Regulativ“.

Da ist er also wieder, der Blockwart aus finsternen Tagen, in der Neuzeit trat er seinen Siegeszug an unter Fouché während des grausamsten Abschnitts der Französischen Revolution, und die großen Diktaturen des vergangenen Jahrhunderts, National- wie Internationalsozialisten, bedienten sich seiner als einer unverzichtbaren Einrichtung.

Aber halt! Mag da einer sagen, es gibt doch einen Unterschied zwischen der freundschaftlichen Mahnung unter Nachbarn und der Anzeige bei einer Staatspolizei! Kann sein, jedenfalls für eine gewisse Weile. Doch bei beidem steht eines am Anfang: das Ausspähen des anderen, das Eindringen in seine geschützte Privatsphäre und die Missachtung eines Teils seiner Persönlichkeitsrechte.

Hat man sich aber dazu bereitgefunden, bleibt es nicht dabei. Die Bedenkenlosigkeit, die beim ersten Eindringen in fremdes Recht bereits gesiegt hat, macht vor geringeren Hürden nicht halt. Weiterzugeben, was das Ausspähen erbracht hat, ist der geringere Frevel als das Ausspähen selbst, und wird gefördert durch einen Staat, der selbst zahlreiche Strategien entwickelt, seine Bürger zu durchleuchten.

Es ist kein Wunder, dass Professor Paech die Umwelt als Vehikel für seinen Spitzel-Vorstoß genommen hat. Denn derzeit dreht

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall, „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

sich alle Politik der Korrektheit und moralischen Überhöhung um zwei umfassende Zielvorgaben: die Umwelt und hier im Besonderen und vor allem das Klima, und, hauptsächlich als außenpolitische Maxime, der Kampf gegen den Terror. So werden denn auch so gut wie alle Eingriffe in das Leben der Bürger, schon vorhandene oder geplante, mit einem der beiden gerechtfertigt.

Ein breites Feld bietet sich im Bereich des Verkehrs. Diesel-Skandal, Emissionen, totale oder eingeschränkte Fahrverbote, Flugreisen verächtlich zu machen sind der Anfang der staatlichen Überwachung. Wer das missachtet und einen Flug bucht, wird vom Großen Bruder bereits notifiziert: Abflug- und Zielort werden gespeichert, ebenso der Name, die Reisezeit, die Preise der Tickets und Daten zum Gepäck. Schon wird seitens der EU erwogen, diese gründliche Erfassung auch für Bahn- und Busreisen einzuführen. Was das Auto angeht, so sind dessen Bewegungen durch die zahlreichen Einrichtungen, welche die Nummernschilder kontrollieren, ohnehin ein offenes Geheimnis.

All dies soll dem Umweltschutz dienen, bei Belieben auch dem Kampf gegen den Terror. Diese Maßnahmen aber lassen sich aufs Glücklichste ergänzen durch einen weiteren Schritt, der zunächst so nebenbei und mittlerweile mit etwas größerem Nachdruck erörtert wird, nämlich der Abschaf-

fung des Bargelds. Auch hier heißt es, das sei notwendig, um illegale Geldströme von Kriminellen und Terroristen zu unterbinden. Doch das Gegenteil ist wahr: Der digitale Geldverkehr bietet ebendiesem Tätergruppen neue, ungeahnte Möglichkeiten. Jeder, der schon bei seinem Online-Banking von Hackern gerupft worden ist, weiß, was hier gespielt wird.

Geld ist geprägte Freiheit – dieses Wort ist nie so wahr gewesen wie heute, da es eine Alternative dazu gibt. Ohne Bargeld verfügt jeder Bürger über seine Mittel lediglich auf Widerruf und stets unter der Beobachtung des Staates. Schon ist geplant, ab Januar 2020 jeden Gold-Kauf, auch unterhalb der Grenze von 2000 Euro, meldepflichtig zu machen – das ist nichts anderes als die Vorbereitung, den Besitz von Gold gänzlich zu verbieten.

Es gibt keinen Bereich, auch nicht im Privatleben, der nicht vom Eindringen des Staates oder der EU betroffen wäre. Das gilt sogar für den höchst privaten Sektor der Ernährung. Bereits vor einem Vierteljahrhundert gab es die Diskussion, ob man nicht übergewichtige Menschen in erhöhtem Maße an den Kosten für die medizinische Versorgung beteiligen sollte. Die Sache ist damals wieder eingeschlafen, weil es keinen ideologischen Antrieb dafür gab.

Heute erlebt sie in abgewandelter Form eine Neubelebung, befeuert durch den nötigen weltanschaulichen Schub. Das Klima, so heißt es nämlich, werde unter anderem aufs Äußerste geschädigt durch das Weide-

vieh, das allenthalben für den schnöden Privatkonsum rücksichtsloser Fleischesser gezogen würde. Geht es also nach dem Furor veganer Weltenretter, so werden die Normalbürger in absehbarer Zeit ein Mehrfaches für ihr Schnitzel zahlen müssen, wenn ihnen nicht gar der Genuss völlig untersagt wird. Die missbilligende Verachtung indes ist ihnen heute schon sicher.

Wer meint, damit sei es genug mit Bevormundung und Befehlswirtschaft, der irrt. Die Klimaexperten Kimberly A. Nicholas und Seth Wynes aus Schweden, respektive Kanada, Geschwister im Geiste des Professor Paech, haben in einer Studie für das US-Magazin „Environmental Research Letters“ erklärt: „Vegetarische Ernährung, der Verzicht auf Flugreisen

und Auto – und weniger Kinder machen“ sei der Weg zur Rettung des Planeten. Weniger Kinder machen? Na klar, denn: Jedes Kind, das nicht zur Welt kommt, spart 58,6 Tonnen CO₂ pro Jahr ein. Da fragt sich nur, für wen man den Planeten retten soll, wenn die kommende Generation ohnehin am besten eingespart wird.

Wer mit solch steilen Thesen an die Öffentlichkeit tritt, muss davon überzeugt sein, dass die tägliche Gehirnwäsche der Systemmedien in Sachen Klima-Töb bereits so viel Erfolg zeitigt hat, dass die Menschen für Zumutungen beliebiger Art reif und emp-

fänglich sind. Wahrscheinlich haben die beiden Herren sogar recht mit dieser Annahme, denn längst hat sie die Klima-Diskussion von den physikalisch-meteorologischen Grundlagen entfernt und aufs Gebiet einer erpresserischen Moralität begeben.

Wer nicht mit dem allgemeinen Strom schwimmt, wird nicht etwa nach seiner Argumentation gefragt, sondern als charakterlich minderwertig abgeurteilt. Diese Übernahme eines naturwissenschaftlichen Themas durch politische Ideologen hat umso leichter geschehen können, als so gut wie alle Wissenschaftler, die sich mit Klima und Randgebieten beschäftigen, von öffentlichen Geldern abhängig sind. Die Folge: Der schlechte Bürger wird mit einer Apokalypse bedroht, die es ihm zumutbar erscheinen lässt, dass der Staat in wachsendem Umfang in sein persönliches Leben eingreift.

Eines nämlich ist sicher: Die hier aufgezählten Repressionen, teils erst in der Planung, teils neu eingeführt, teils längst bewährt, beschreiben nicht den endgültigen Zustand, den die Politik anstrebt. Wie in der Naturwissenschaft gilt auch für die Politik: Was machbar ist, wird gemacht. Wenn die Technik eine vollständige Überwachung ermöglicht, so wird voll-

ständig überwacht. Werkzeuge bleiben nicht ungenutzt, und in einer Phase des politischen wie moralischen Niedergangs, in der sich die EU befindet, hat das Recht nicht mehr die Kraft, einer derartigen Entwicklung Paroli zu bieten.

Das Jahr 1984 ist mit Verspätung gekommen. Orwell mag seine technischen Einrichtungen der totalen Kontrolle selbst als utopisch empfunden haben – heute sind sie längst überholt. Eines aber ist gleich geblieben: Die Gefahr, dass die Mächtigen jedes Mittel nutzen, um ihre Macht auszudehnen, was sie nur auf Kosten der Menschen tun können.

Mahnmal im Wartestand

Rechnung ohne Wirt gemacht – Köln plant Erinnerungs-Kunstwerk für die NSU-Opfer an der Keupstraße

Ein heftiger Streit ist in Köln um ein Mahnmal entbrannt, das an die Opfer des NSU-Nagelbombenanschlags aus dem Jahr 2004 erinnern soll. Anders als bei der Sanierung der Kölner Oper steht diesmal nicht das „Wie“, „Was“ oder „Wann“ des Objekts infrage, sondern das „Wo“.

Vor 15 Jahren, am 9. Juni 2004, explodierte in der Keupstraße in Köln-Mülheim eine Nagelbombe und verletzte 23 Menschen, vier davon schwer. Wie durch ein Wunder kam niemand ums Leben. Es war ein Anschlag der rechtsextremen Terrorgruppe NSU – wie sich erst sieben Jahre später herausstellte.

Damals, 2004, schloss die Polizei überraschend schnell einen terroristischen Hintergrund für das Attentat aus. Weil in der Keupstraße viele türkische Geschäfte, Restaurants und Dienstleister angesiedelt sind, vermutete die Polizei als Ursache Streitigkeiten im „Milieu“ und ermittelte in Richtung Schutzgelderpressung, Drogen, Mafia, Versicherungsbetrug. Wie bei den anderen NSU-Attentaten richteten sich die Ermittlungen vor allem auch gegen die Angehörigen der Opfer und gegen die Opfer selbst.

Seit 2014 erinnern die Kölner jedes Jahr unter dem Motto „Birikte – Zusammenstehen“ mit Kunst- und Kulturfesten im Stadtteil Mülheim an den Nagelbombenanschlag von 2004. Und der Stadtrat beschloss sogar, ein Mahnmal in Sichtweite des Anschlag-Ortes zu errichten. Der Berliner Künstler Ulf Aminde präsentierte 2016 seinen preisgekrönten Entwurf. Seitdem ruht der Mahnmal-Entwurf allerdings im Wartestand, denn es ergaben sich unerwartet Probleme bei der Standortfrage.

Der Stadtrat hatte nämlich einen Standort vorgesehen, der sich nicht im städtischen Besitz

befindet. Das Grundstück Ecke Keupstraße/Schanzenstraße gehört einer Eigentümergemeinschaft, die dort ein mehrstöckiges Bürogebäude errichten will. Das geplante Mahnmal, das insgesamt rund 600 Quadratmeter Fläche beanspruchen wird, lehnen die Investoren ab und berufen sich auf ihre Eigentumsrechte.

Dem entgegen lehnt der Künstler Aminde, Professor an der Kunsthochschule Berlin-Weiß-

ring verwehrt wird. Wir sind in Verhandlungen mit der Stadt und mit dem Investor, dem das Gelände gehört. Und wir haben den Eindruck, dass da nicht mit Hochdruck versucht wird, das Mahnmal ... umzusetzen.“

Fürwahr. Seit Jahren schieben sich Interessensvereine, zum Beispiel die Initiative „Herkesin Meydani – Platz für alle“, Künstler, Eigentümer, Architekten und Politiker gegenseitig den „Schwar-

reichen, sollte die Museumsbesucher mit ins Gespräch über die strittige Standort-Frage bringen. „Diese Diskussion ist wichtig für die Stadtgesellschaft“, betonte Dziewior.

Ahmed Edis vom Kölner Integrationsrat hoffte, dass die Ausstellung die streitenden Parteien an einen Tisch bringt, um eine Lösung zu finden.

Das ausgestellte Modell des Mahnmals besteht aus einer

herauszuwachsen und zeigen Filme und Videos, die die Bewohner der Keupstraße selbst gedreht haben. Darin berichteten sie über den Bombenanschlag, ihre Situation im Quartier und ihre Erfahrungen.

Über eine Computer-App sollen später beim Original-Mahnmal auch Passanten eigene Videos einstellen können. Die virtuelle Konstruktion, so der Künstler, mache sein Kunstwerk für Gegner und Feinde der Erinnerung an den Anschlag unangreifbar.

Von Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die 2015 selbst Opfer eines rechtsextremen Attentäters geworden war, hatten wohl manche ein eindeutiges Wort zum strittigen Standort erwartet. Reker erklärte auch, ihr gefalle der Mahnmal-Entwurf des Berliner Künstlers. Die Bauplanung im Viertel solle das Kunstwerk berücksichtigen. Aber allen müsse klar sein, dass die Stadt nicht über fremdes Eigentum verfügen könne. Deshalb sollte über einen alternativen Standort nachgedacht werden.

So positionieren sich nun zwei konträre Gruppierungen zu der Kölner Mahnmal-Frage: Für den vom Stadtrat beschlossenen Standort an der Ecke Keupstraße/Schanzenstraße plädieren die vom Anschlag betroffenen Anwohner, der Künstler und (indirekt) auch die Leitung des Ludwig-Museums. Dagegen stehen die Eigentümer und Investoren des Grundstücks, die Oberbürgermeisterin und die Verantwortlichen in der Kultur- und Stadtbauverwaltung.

Die Ausstellung des Mahnmal-Modells im Museum Ludwig kann die Diskussion forcieren. Ob es dann zu einer Erleuchtung der Kontrahenten kommt und vielleicht zu einer für beide Seiten akzeptablen Lösung, steht allerdings in den Sternen.

Siegfried Schmidtke



Daraus soll man schlau werden: Modell des Mahnmals für die NSU-Opfer im Museum Ludwig

see, eine Diskussion über einen anderen Standort für sein Werk kategorisch ab. Das Mahnmal sei genau für die Ecke Keupstraße/Schanzenstraße entworfen worden. „Es kann nur dort stehen“, beharrt der Künstler auf den Standort.

Im Deutschlandfunk sagte er: „Im Moment habe ich den Eindruck, dass den Betroffenen das

Erinnern an den Anschlag und vor allem das Recht auf Erinne-

zen Peter“ des Nichtstuns zu. Keiner will nachgeben, die eigenen Standpunkte verhärten sich, die Gespräche sind festgefahren.

In dieser Situation hatte Yilmaz Dziewior, Direktor des Kölner Museums Ludwig, die Idee, Bewegung in die festgefahrene Sache zu bringen. Bis Ende Juli war nun ein Modell des Mahnmals im Foyer des Hauses zu sehen. Die Ausstellung, im Vorraum ohne Eintrittsgebühr zu

schlichten Bodenplatte aus Holz. Sie stellt im Maßstab 1:10 die Grundfläche (zirka 6 mal 24 Meter) des Friseurladens in der Keupstraße dar, vor dem vor 15 Jahren die Nagelbombe explodierte. Um das tote Gebilde zum Leben zu erwecken, konnte sich der Museumsbesucher an der Garderobe einen Tablet-Computer ausleihen und damit virtuelle „Wände“ erzeugen. Diese Wände schienen aus der Bodenplatte

Von Allenstein bis Tokio

Fürs Reisen ist es nie zu spät – ZDF dokumentiert unter dem Titel »Mit 80 Jahren um die Welt« die Reiseabenteuer von sechs Senioren

Es war einer dieser Überraschungserfolge, mit denen kaum einer gerechnet hatte: In der Sommerpause der abendlichen TV-Gesprächsrunde von Markus Lanz schickte das ZDF letztes Jahr einige Hochbetagte auf Reisen. Der Titel der Sendung war an Jules Vernes Roman „In 80 Tagen um die Welt“ angelehnt. Nun hieß es: „Mit 80 Jahren um die Welt“. Und das in viel weniger als 80 Tagen, nämlich in nur einem Monat.

Das staunende Fernsehpublikum verfolgte Senioren, die den deutschen Reiseboom bisher nur aus der Ferne beobachten durften und nun gleich zu Weltenbummlern wurden. Einziger dunkler Punkt: Der 80-jährige Lothar erlag auf Station in Asien einem Lungenleiden. Ein tragischer Zwischenfall, der die Karawane der Lebenslust in einer kurzen Schrecksekunde verharren ließ. Nach Rücksprache mit Lothars Familie wurden sich aber alle anderen Teilnehmer schnell einig: Wir machen weiter!

Genau so sah es das ZDF: Mitten in der Urlaubssaison startet nun die zweite Staffel, diesmal zur allerbesten Sendezeit („Mit 80 Jahren um die Welt“, ab Dienstag, 13. August, jeweils 20.15 Uhr) und noch präziser vorbereitet. Die Kandidaten wurden in Seniorenchören, in Altentagesstätten und im bereits vorhandenen Bewerberpool gesucht.

Alle Bewerber mussten um die 80 Jahre alt sein, topfit und Neulinge in Sachen Reisen, außerdem sollten sie einen Herzenswunsch haben. Denn die Reihe verbindet das große Staunen mit Eindrücken aus fremden Ländern und rührenden Überraschungsmomenten.

Der Gesundheitszustand der Teilnehmer wurde mit Belastungstests geprüft, der Hausarzt musste eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellen, außerdem standen der Reisegruppe rund um die Uhr ein Rettungssanitäter sowie ein Arzt zur Seite.

Im deutschen Hochsommer kann der Zuschauer nun erleben, wie Landwirt Ernst (80) aus Thüringen im Hochland von Peru ein Alpaka herzt, wie die fesche Marianne (81), die zu Hause in Velbert täglich auf ihrem Trimmrad trainiert, in Tokio modisch auftrumpft oder wie Ruth (80) in Kanada ihre Familienangehörigen sucht.

Was die erste Staffel sogar bei jungen Zuschauern zum Überraschungserfolg machte, wiederholt sich auch in der zweiten: Alle Teilnehmer sind meilenweit entfernt vom Typ des routinierten Touristen, der alles schon gesehen und fotografiert hat, der das reich bestückte Büfett genauso selbstverständlich hinnimmt wie die Animation am Abend.

Bei diesen Weltreisenden wird noch gestaunt. Da wird die Dank-

barkeit, noch einmal ins bunte Leben geschickt zu werden, unablässig geäußert. Da ist keine Strapaze zu viel und keine geröstete Made in exotischen Menüs zu obskur. Da werden die Angebote mitgenommen, als gäbe es kein Morgen. Ein Tandemflug mit dem



Im Kimono zur Teeceremonie: Nauke, Ernst, Theo, Ruth, Gisela und Marianne lernen Japans Riten kennen

Bild: ZDF/Tom Strohmeyer

Gleitschirm? Klar doch, kein Problem! „Fast alle wollten mitmachen“, staunt der verantwortliche ZDF-Redakteur Thorsten Haas. Ungewohntes Essen? Probieren geht über studieren, und Dankbarkeit, wie erwähnt, ist erste Bürgerpflicht.

Die Reiseziele sind mit den stillen Träumen der Protagonisten

abgestimmt. Im turbulenten Kuba darf Theo (79) aus dem Münsterland, der sich viele Jahre um seine pflegebedürftige Frau kümmerte, die karibischen Rhythmen genießen und Zigarren drehen. Schäfer Ernst, dessen Vater im Krieg verschollen ist und der schon als

Die reisefreudige Ruth erlebt im fernen Kanada, dass nicht alle Träume wahr werden. Die fast gleichaltrige Rheinländerin Marianne, die während des Zweiten Weltkrieges ins ostpreußische Allenstein evakuiert wurde und schon mit sechs Jahren ihre Mutter verlor, präsentiert in Tokio auf dem Laufsteg japanische Designerkleidung. Der 81-jährige Berliner Nauke, der nach dem Krieg überwiegend bei den Großeltern und in Heimen aufwuchs, darf in Kambodscha an einer Ausgrabung teilnehmen. Die 80-jährige Gisela, die sich in ihrem Leben viel um Waisenkinder kümmerte, wird in Thailand ein SOS-Kinderdorf besuchen.

Einmal mehr wird deutlich, wie wenig über die Generation der heute 80-Jährigen bekannt ist. Sie alle tragen noch die Traumata des Zweiten Weltkrieges in sich, sie alle haben gelernt, ihr Schicksal klaglos zu meistern und sei es noch so schwer. Der Trend zur Selbstverwirklichung sowie wohl auch die Neuerungen der digitalen Welt zogen an dieser Generation weitgehend unbemerkt vorbei. Dass Hoteltüren mit einem Chip zu öffnen sind und vieles andere mehr – alles Neuland.

Die Herausforderung der Produktion bestand darin, die Generation dieser alt gewordenen Kriegskinder zu beobachten, ohne sie als gestrig oder gar senil vorzuführen. Das gelingt, nicht

Orlowsky-Trio sagt Tschüss

Der Klang ist unverwechselbar. „Sensationell schön, atemberaubend leicht und trotzdem geht er bis tief in die Seele“, bringt es ein Fan auf den Punkt. Mit ihrer Mischung aus mediterranen und jüdischen Melodien, kultiviertem Jazz und klassischer Virtuosität ist das David-Orlowsky-Trio eine der weltweit erfolgreichsten Formationen der neuen Weltmusik.

Eigentlich ist es Kammermusik. Denn „irgendwie“, so meinen David Orlowsky, der Klarinetist, Florian Dohrmann, der Kontrabassist und Jens-Uwe Popp, der Gitarrist, „funktionieren wir wie ein Streichquartett“. Nach 20 gemeinsamen Bühnenjahren präsentiert das Trio dieses Jahr bundesweit sein Abschiedsprogramm „Milestones“, in dem es seine Lieblingsstücke vereint.

Wohl kaum ein anderes Ensemble hat die Tradition der Klezmermusik auf faszinierendere Weise fortgeführt als dieses Trio. Als „Klezmer-Könige“ treten die Musiker dieses Jahr auch letztmalig gemeinsam vom 27. bis 30. August beim Schleswig-Holstein-Musik-Festival in Haseldorf, Wotersen, Altenhof und Meldorf auf.

„Es war für jeden von uns Zeit, neue Wege zu gehen“, sagt Orlowsky. Ab Ende des Jahres erobern die drei Freunde neue musikalische Horizonte: Orlowsky ist als Solist im klassischen Klarinettenrepertoire weltweit gefragt, Popp wird seine Kammermusikprojekte unter anderem mit dem Kibardin-Quartett verfolgen und Dohrmann sich mit seinem „Blank Page“-Projekt ganz dem Jazz widmen. Helga Schnehagen



Letzter Auftritt: Orlowsky-Trio

Bild: Christian Debus

zuletzt dank der einfühlsamen Begleitung durch den Moderator Steven Gätjen.

Wenn man so will, trägt diese „Reality-Show“ sogar zu einer späten Entschädigung dieser Generation bei, die in jungen Jahren auf so vieles verzichten musste. Endlich nehmen sie sich die Freiheit, das lebenslang fest geschnürte Pflichtkorsett zu lockern. In Tokio etwa läuft die Truppe durch die Straßen, probiert unterschiedliche Hüte aus und amüsiert sich königlich.

Das Fernsteam wiederum hat aus logistischen Fehlern gelernt: Für die Bustouren, bei denen sich oftmals der Start verzögerte, weil der eine Senior seinen Pass vergessen hatte, der andere seine Tabletten, wurde ein Betreuer abgestellt. Und die Flüge, wo nach der Landung lange gewartet wurde, bis zuletzt das Gepäck der technischen Crew vom Band rollte, wurden besser geplant – die Crew flog nun vor, die betagten Reisenden konnten ohne Verzögerung ins Hotel.

Zarte Bande wie in der ersten Staffel wurden diesmal nicht geknüpft. Dafür entdeckten die beiden kinderlosen Teilnehmerinnen Marianne und Gisela viele Gemeinsamkeiten und sind bis heute eng befreundet. „Wir sind wie Zwillinge, die bei der Geburt getrennt wurden“, befanden die beiden. Reisen bildet eben – und verbindet. Anne Martin

Ein Picknick veränderte die Welt

Ungarns geöffnete Grenze lud zur Massenflucht aus der DDR ein

Im Herbst 1989 lösten Massenfluchten aus der DDR nachfolgende Massendemonstrationen aus. Beides setzte erste Zeichen vom baldigen Ende des kommunistischen Regimes.

Ausgelöst wurden die Massenfluchten durch ein Paneuropäisches Picknick am 19. August 1989, zu dem die Paneuropäische Union per Handzettel eingeladen hatte. Es fand nahe der Stadt Sopron an der österreichisch-ungarischen Grenze statt. Mit der Öffnung eines provisorischen Grenzübergangs wurde an jenem Tag ein Tor aufgestoßen, hinter dem sich die Welt veränderte.

Schirmherr dieser Friedensdemonstration war der Europaabgeordnete Otto von Habsburg, ältester Sohn des letzten Kaisers von Österreich, Karl I. Gemeinsam mit dem oppositionellen Ungarischen Demokratischen Forum war vereinbart worden, die Grenze zwischen St. Margarethen im Burgenland und Sopron für drei Stunden zu öffnen. Der ungarische Staatsminister Imre Pozsgay war der zweite Schirmherr. Die Veranstalter wollten testen, wie Michail Gorbatschow reagieren würde.

Schon Ende 1988 hatte der ungarische Reformpolitiker festgestellt, die Grenzanlagen seien „historisch, technisch und politisch überholt“. Im März 1989 wurde Gorbatschow informiert, Ungarn beabsichtige, den Zaun abzubauen.

Der Kreml-Chef versprach, sich nicht einzumischen. Er stand zu seinem Wort, als im Mai 1989 ungarische Grenzsoldaten mit der Demontage begannen. In Ost-Berlin glaubte man, diese vorsichtige Öffnung des Eisernen Vorhangs sei lediglich eine kosmetische Operation. Ein Irrtum mit schwerwiegenden Folgen. Man war zu sehr mit sich selbst beschäftigt, hatte andere Probleme: Bürgerrechtler riefen zum Boykott der Kommunalwahl auf, erste Demonstranten gingen auf die Straße.

An vier Stellen wurde der Zaun auf einer Breite von einem Kilometer an der Grenze zu Österreich durchschnitten. Die Grenze selbst lag noch zweieinhalb Kilometer hinter beziehungsweise vor dem Zaun. Die Pläne zum Abbau waren nicht neu, sie gab es seit 1987. Der 270 Kilometer lange Zaun war verrottet, für neue Anlagen fehlte das Geld. Die 2000 jährlich registrierten Fluchtversuche aus Ungarn unternahm Menschen aus der DDR.

Moskau schwieg auch, als im Juni 1989 wenige Kilometer entfernt der Signalzaun vom österreichischen Außenminister Alois Mock und dessen ungarischem Kollegen Gyula Horn symbolträchtig gemeinsam außer Betrieb gesetzt wurde.

Als nun zum Paneuropäischen Picknick eingeladen wurde, da verstanden Reisende aus der DDR das Zeichen genau. Sie nahmen die Einladung in Scharen an. Bis dahin hatte für Bewohner der DDR gegolten: Reisen in westliche Länder gab es nur in absoluten Ausnahmen, für Kader oder Künstler. Anderen standen nur die sozialistischen Bruderländer offen. Und die verhinderten eine Weiterreise in ein westliches Land mit allen Mitteln. Wer einen Fluchtversuch wagte und erwischt wurde, der wurde an die DDR ausgeliefert. Es folgte eine mehrjährige Haftstrafe wegen Republikflucht.

Das Picknick war ein Wagnis. Die ersten geladenen Besucher aus der DDR kamen etwas zu früh, das Tor war noch geschlossen und bewacht. Das hinderte die Jugendlichen nicht, sie rissen das Törchen auf und rannten hinüber nach Österreich. Das war nicht vorgesehen, der Übergang wurde wieder geschlossen. Die nächsten 150 Reisenden aus der DDR hielten sich an den Zeitplan, sie kamen um 15 Uhr. Wieder wurde das Tor aufgedrückt, die nächste Gruppe rannte in den Westen. Das wiederholte sich in drei Wellen. 661 Reisende aus der DDR nutzten die Gelegenheit zur



Von da an gab es kein Halten mehr: Ungarische Grenzer öffnen das Tor nach Österreich

Bild: pa

Flucht. Es war die bis dahin größte Massenflucht seit dem Bau der Berliner Mauer. Die ungarischen Grenzsoldaten sahen zu, sie hatten keinen Befehl einzugreifen. Und weil man auf ungarischer Seite nichts unternahm, blieben auch die Grenzwachen auf der österreichischen Seite untätig. Lediglich ein ungarischer Offizier versuchte, den Weg zu versperren, gab aber sein hoffnungsloses Unterfangen angesichts der anstürmenden Massen bald auf.

Alle Beteiligten gaben sich überrascht, als sei die Massenflucht nicht zu erwarten gewesen. Dabei hatten sich Tausende Menschen aus der DDR zum angeblichen Urlaub nach Ungarn aufgemacht. Sie warteten an anderen

Orten, von einem Paneuropäischen Picknick erwarteten sie nichts. Die ungarische Staatssicherheit wusste schon seit Juli 1989 von den Plänen von Habsburgs. Der ungarische Inlandsgeheimdienst informierte am 31. Juli die in Ungarn tätige Gruppe der Stasi, aber unternommen wurde von keiner Seite etwas. Mit der Massenflucht von Sopron brachen die Dämme. Immer mehr Menschen aus der DDR machten sich auf, einen Fluchtweg über ein sozialistisches Bruderland zu finden. Und in der DDR gingen nun die Menschen in Massen auf die Straßen, um gegen Unterdrückung, fortlaufende Bespitzelung und trostlose Lebensverhältnisse zu protestieren.

In Ungarn blieben nach der Picknicksflucht die fahrbaren Untersätze der Flüchtlinge zurück, auf die diese jahrelang gespart und gewartet hatten. Die Stasi sammelte sie ein, um das Volkseigentum zurück in die DDR zu bringen. Es war eine läppische Fußnote der beginnenden Auflösung des DDR-Regimes. Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, kommentierte das in einem Interview mit dem „Daily Mirror“ so: „Habsburg verteilte Flugblätter bis weit nach Polen hinein, auf denen die ostdeutschen Urlauber zu einem Picknick eingeladen wurden. Als sie dann zu dem Picknick kamen, gab man ihnen Ge-

schenke, zu essen und Deutsche Mark, dann hat man sie überredet, in den Westen zu kommen.“

Das DDR-Regime wagte nicht, die Grenzen zu den Bruderländern vollständig abzuriegeln. Zu Zehntausenden machten sich Menschen der DDR nach Ungarn auf. Täglich gelang bis zu 100 die Flucht. Am 11. September 1989 öffnete Ungarn die Grenze vollständig. Innerhalb von drei Wochen flohen 25 000 Menschen aus der DDR nach Österreich. In einem hilflosen letzten Akt verbot das DDR-Regime Reisen nach Ungarn. Der gestürzte Honecker bemerkte später, dieser Habsburger habe den Sargnagel in seinen Sarg geschlagen. Klaus J. Groth

Demokratischer als das, was wir heute haben

Vor 100 Jahren unterzeichnete Reichspräsident Friedrich Ebert die Weimarer Verfassung

Der 11. August war der Nationalfeiertag der Weimarer Republik. An diesem Tage des Jahres 1919 mutierte das ehemalige Kaiserreich Deutschland zu einer föderativen Republik mit gemischt präsidentialem und parlamentarischem Regierungssystem – symbolisch vollzogen durch die Unterzeichnung der neuen Verfassung seitens des damaligen Staatsoberhauptes.

Wenn Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) etwas nicht ausstehen konnte, dann pompöse Zeremonien im Stile des 1918 untergegangenen Kaiserreiches. Deshalb setzte er sich am 11. August 1919 auch ganz unpräzise an einen Esstisch im Jägerzimmer seines Urlaubsdomizils „Weißer Hirsch“ in der thüringischen 600-Seelen-Gemeinde Schwarzburg bei Rudolstadt und unterschrieb die von der Weimarer Nationalversammlung beschlossene neue „Verfassung des Deutschen Reiches.“ Diese „Zeremonie“ verlief dermaßen schlicht, dass nicht einmal ein Foto von ihr gemacht wurde.

Drei Tage später trat die Verfassung mit der Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt in Kraft. Damit endete ein knapp sieben Monate währendender Prozess, in dessen Verlauf die divergierenden politischen Kräfte in Deutschland nach

einem nur sehr knapp verhinderten linkssozialistischen Umsturz um die inhaltliche Ausgestaltung der Verfassung gerungen hatten.

Am Anfang stand dabei die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 19. Januar 1919, aus der Eberts Partei als stärkste Kraft hervorging, wonach sie mit dem Zentrum beziehungsweise der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) die Weimarer Koalition bildete. Diese hieß so, weil die Nationalversammlung nicht im ebenso unruhigen wie unsicheren Berlin tagte, sondern im Deutschen Nationaltheater in Weimar. Hier verabschiedete sie am 10. Februar 1919 das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt, welches den Rahmen für die künftigen Verfassungsorgane und deren Zuständigkeit absteckte und zum Teil auf der Paulskirchenverfassung von 1849 beruhte. 14 Tage später begannen die Verhandlungen über die genaue Ausgestaltung der Verfassung für das nunmehr republikanische Deutschland.

Deren erster Entwurf stammte maßgeblich aus der Feder des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, Hugo Preuß (DDP), und wurde kontrovers diskutiert. Dabei lag die Frontlinie logischer-

weise zwischen den Abgeordneten, die so weit wie möglich an den althergebrachten Regelungen aus der Zeit der Monarchie festhalten wollten, sowie jenen Parlamentariern, welche eine komplett neue, dezidiert republikanische Verfassung forderten. Und die Letzteren obsiegten dann auch aufgrund der Mehrheitsverhältnisse. Am 31. Juli 1919 nahm die Weimarer Nationalversammlung den überarbeiteten Verfassungs-

Nicht »Konstruktionsfehler« führten zum Untergang der Republik, sondern das Handeln der Politiker

entwurf mit 262 zu 75 Stimmen an; 84 Abgeordnete blieben der entscheidenden Abstimmung fern.

Zwei Tage zuvor war der am 11. Februar 1919 zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählte Ebert nach Schwarzburg gekommen, wo er – bewacht von einer 13-köpfigen Eskorte – nach den turbulenten Ereignissen der letzten Monate auf Erholung hoffte. Diese wurde indes permanent durch improvisierte Kabinettsitzungen mit den aus Weimar angereisten Ministern und eben die Unterzeichnung der Verfassung unterbrochen.

Das in Weimar entstandene Dokument löste die Bismarcksche Reichsverfassung vom 16. April 1871 ab und bestand aus zwei Hauptteilen. Im ersten wurden die Zuständigkeiten des Reiches von denen der Länder abgegrenzt; darüber hinaus ging es um die Staatsorgane und deren Kompetenzen. Der zweite Teil enthielt Regelungen bezüglich des Verhältnisses zwischen dem Staat und seinen Bürgern, wozu auch

Nicht »Konstruktionsfehler« führten zum Untergang der Republik, sondern das Handeln der Politiker

und Notverordnungen verabschieden, wenn der Reichsfrieden gefährdet zu sein schien. Aus der Sicht vieler Historiker enthielt die Weimarer Verfassung damit zwei schwere „Konstruktionsfehler“, welche dann zum Untergang der Republik und zum Aufstieg der Nationalsozialisten geführt hätten. Letztlich entschied jedoch das konkrete Handeln der jeweiligen politischen Akteure, ob diese Regelungen negative oder positive Wirkungen zeitigten. Deshalb kann man wohl mit Fug und Recht sagen, dass die Weimarer Republik nicht an ihrer Verfassung scheiterte, sondern an der mangelnden Bereitschaft der meisten Entscheidungsträger, für Geist und Buchstaben derselben einzustehen – eine Haltung, die analog auch bei etlichen Politikern der derzeitigen Bundesrepublik zu beobachten ist.

Entgegen der landläufigen Meinung wurde die Weimarer Verfassung nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten nie explizit für ungültig erklärt. Allerdings kam es in wesentlichen Punkten zu Änderungen. So zum Beispiel durch das sogenannte Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 und das Gesetz über das Staats- oderhaupt des Deutschen Reiches vom 1. August 1934. Außer Kraft

setzen

trat die Weimarer Verfassung erst durch die Verabschiedung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise der Verfassung der DDR im Jahre 1949. Abgesehen davon allerdings, dass einige der 1919 beschlossenen Artikel mehr oder weniger unverändert ins westdeutsche Grundgesetz eingingen. Das betrifft die Bestimmungen über die Punkte Religion und Religionsgemeinschaften sowie die Verfahrensweise hinsichtlich der Adelstitel.

Darüber hinaus beeinflusste die Weimarer Verfassung das Grundgesetz der Bundesrepublik auch insofern, als das Letztere in vielen Bereichen ein ganz bewusster Gegenentwurf zu den Regelungen von 1919 sein sollte. Der künftig nicht vom Volke gewählte Bundespräsident besaß keine nennenswerten Kompetenzen mehr; desgleichen wurde die Möglichkeit, Volksentscheide auf Bundesebene durchzuführen, extrem eingeschränkt. Das war ein ebenso deutlicher Rückschritt in Sachen Demokratie wie die prinzipielle Ermöglichung der Fünf-Prozent-Sperrklausel, durch welche nun regelmäßig Millionen von Wählerstimmen wertlos gemacht werden.

Wolfgang Kaufmann

Verteidigungsminister mit Sachverstand

Vor 25 Jahren starb Manfred Wörner – Geschätzt trotz der »Kießling-Affäre«

Vor noch gar nicht so langer Zeit gab es auch in der Bundesrepublik Deutschland Verteidigungsminister, die aufgrund ihrer Fachkompetenz mit den entsprechenden Aufgaben betraut wurden. Einer davon war Manfred Wörner. Er hatte zuvor langjährige Erfahrungen im Bereich der Verteidigungspolitik gesammelt, zudem war er Reserveoffizier. Unter Helmut Kohl wirkte er knapp sechs Jahre als Bundesminister, bevor er, als bislang einziger Deutscher, das Amt des NATO-Generalsekretärs übernahm.

Geboren wurde Wörner 1934 in Stuttgart als Sohn eines Textilkaufmanns. Bei der Wahl des Vornamens soll für die Mutter das Jagdfliegeridol des Ersten Weltkrieges, Manfred von Richthofen, ausschlaggebend gewesen sein. In Heidelberg, München und Paris studierte er Rechtswissenschaften, wurde 1959 mit einer Arbeit über militärische Strafgerichtsbarkeit promoviert und legte 1961 das Zweite Staatsexamen ab. Nach Tätigkeiten in Landratsämtern sowie im Landtag von Baden-Württemberg zog er 1965 für die CDU, der er seit 1956 angehörte, in den Bundestag ein. Hier war er mit 30 Jahren der jüngste Abgeordnete. Seine Themenfelder waren zunächst Sportförderung und Entwicklungspolitik. Von 1968 bis 1972 agierte Wörner als Geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Als sich seine Partei nach der Bundestagswahl 1969 in der Opposition wiederfand, wurde er stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Mehr und mehr hatte er auch zu dem Fachbereich gefunden, in dem er sich in den nächsten Jahrzehnten einen Namen machen sollte, der Verteidigungspolitik. Bereits Rainer Barzel hatte ihm 1972 das entsprechende Ministerium anvertraut, sofern der Sturz Willy Brandts durch das konstruktive Misstrauensvotum gelun-

gen wäre. 1976 übernahm Wörner den Vorsitz des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages.

Da er zu den „weißen Jahrgängen“ zählte, hatte er nicht der Wehrpflicht unterlegen. Er ließ sich allerdings ab 1966 zum Starfighter-Piloten ausbilden und nahm in den Folgejahren an einer Vielzahl von Wehrübungen der Luftwaffe teil. 1977 wurde er zum Oberstleutnant der Reserve befördert.

Im Oktober 1982 konnte die Union wieder eine durch sie geführte Regierung bilden. Helmut Kohl schreibt in seinen Memoiren, Wörner „hatte in der Union keinen ernstzunehmenden Konkurrenten für das Amt des Bundesverteidigungsministers“.

Dieser Minister sollte es jedoch sein, der seinem Kanzler dann die erste in einer Reihe von „Affären“ bescherte. Günter Kießling, einer von damals drei Vier-Sterne-Generalen der Bundeswehr, Stellvertreter des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa, wurde zum Jahresende 1983 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Grund waren Gerüchte, er sei homosexuell. Kohl erklärte später rechtfertigend: „Was heute nicht weiter dramatisch klingend mag, war damals für die Sicherheitslage der Bundeswehr nicht unbedeutend.“

Kießling galt als erpressbar und folglich als Risiko. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) hatte die Angelegenheit allerdings nur oberflächlich untersucht. Der General beantragte ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst. Wörner fühlte sich nun seinerseits veranlasst, die Korrektheit der von ihm zu verantwortenden Außerdienststellung zu untermauern. Franz Josef Strauß, der einst große Stücke auf Wörner gehalten hatte und ihn im Falle eines Wahlsiegs 1980 ebenfalls zum Minister gemacht hätte, meinte, dieser habe „ein Verfahren gegen den betroffenen General in Gang“ gesetzt, „das an Widerwärtigkeit nicht zu überbieten“ gewesen sei. In „Beweisnot“ gekommen, habe Wörner schließlich „auf Kosten des Steuerzahlers einen schillernden, einschlägig bekannten ‚Schriftsteller‘ aus dem Homosexuellen-Milieu aus der Schweiz nach Bonn“ als Zeugen eingeladen und sich „detailliert über die angeblichen Verfehlungen des Generals“ berichten lassen. Am Ende erwiesen sich sämtliche Unterstellungen gegenüber Kießling als haltlos. Der Minister entschuldigte sich bei ihm. Anfang Februar 1984 wurde der General wieder eingestellt und mit Großem Zapfenstreich in den ehrenhaften Ruhestand verabschiedet.

Die Angelegenheit lastete schwer auf Wörner. Mit erheblichem Befremden hatte man auch weit über Militärkreise hinaus die Tatsache zu Kenntnis genommen, dass dem Ehrenwort des Generals, der die



Begeisterter Flieger und Offizier mit Herz für die Truppe: Manfred Wörner

Bild: Imago

Gerüchte natürlich von Anfang an bestritten hatte, so wenig Gewicht beigemessen worden war. Wörner bot seinen Rücktritt an. Kohl stellte sich jedoch vehement und zur Überraschung großer Teile der Öffentlichkeit hinter seinen Minister. Zum einen schätzte er Wörner als Experten, zum anderen hätte dessen Entlassung auch für den Kanzler eine schwere Niederlage bedeutet, an der neben der Opposition auch sein Widersacher Strauß interessiert gewesen wäre. Die „Kießling-Affäre“ sowie die zum Ende seiner Bonner Zeit abgeschlossenen Verträge für den Jäger 90, welcher sich als Milliardengrab erweisen sollte, galten als Tiefpunkte von Wörners Zeit im Bundeskabinett.

Durchgesetzt hat er sein Konzept für die künftige Entwicklung der Bundeswehr. Wichtig war hier die Sicherung des Personalbestandes

durch die Verlängerung der Wehrpflicht um drei Monate ab Juni 1989. Als Minister forcierte er ein enges deutsch-französisches Zusammenwirken im Bereich der Sicherheitspolitik und war ein nachhaltiger Verfechter des NATO-Doppelbeschlusses. Bezüglich der vor allem seit Mitte der 1980er Jahre einsetzenden Abrüstungsbestrebungen warfen ihm Kritiker vor, wichtige sicherheitspolitische Positionen unnötig schnell aufgegeben zu haben, so bei der Diskussion um den Verzicht auf die Pershing-Raketen.

Im Juli 1988 wechselte Wörner als NATO-Generalsekretär nach Brüssel. In seine Amtszeit fielen die rasanten politischen Umbrüche der Folgejahre. Mit dem Ende des Kalten Krieges gingen Veränderungen des Verteidigungsbündnisses einher, vor allem dessen Erweiterung. Wörner plädierte für ein Ein-

greifen der NATO im ehemaligen Jugoslawien. In einem Interview vom November 1991 sprach er von der Möglichkeit, dass es „eines Tages eine gemeinsame europäische Armee geben könnte“. Auf die Frage, wer die NATO derzeit bedrohe, antwortete er: „Gegenwärtig niemand.“ Es folgte jedoch der Zusatz: „Morgen kann sich das ändern.“

In der Bundeswehr wurde er, trotz der Belastung durch die „Kießling-Affäre“, geschätzt. Ebenso später auf internationalem Parkett als sachverständiger Generalsekretär, insbesondere auch bei den ehemaligen NATO-Gegnern. Erst in dieser Position, so ein verbreitetes Urteil, habe Wörner in seine eigentliche Rolle gefunden und staatsmännische Qualitäten entfalten können. Am 13. August 1994, wenige Wochen vor seinem 60. Geburtstag, ist er in Brüssel gestorben.

Erik Lommatzsch

Knapp Mehrheit für das »würdige Parlamentshaus«

Vor 25 Jahren fand die erste reguläre Sitzung des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude in Berlin statt

Die ersten vier Stunden des Bundestages im neu bezogenen Reichstagsgebäude gehörten den Frauen. Gewissermaßen unter sich feierten die Volksvertreterinnen „Parlamentarierinnen in 50 Jahren Deutscher Bundestag“. Begrüßt von der Vizepräsidentin Anke Fuchs, hatten sich Volksvertreterinnen aller Parteien viel dazu zu sagen. Zur Besonderheit der Stunde an diesem historischen Tag am historischen Ort fiel niemandem etwas ein: Am 8. September 1999 tagte der Bundestag erstmals regulär im ehemaligen Reichstagsgebäude.

Schon bei der Schlüsselübergabe im April 1999 hatte man Emotionen vermieden. Die Abgeordneten waren zu einer Sondersitzung aus Bonn angereist, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse begrüßte sie im Reichstagsgebäude. Als seien große Worte unpassend, beschäftigte man sich mit Nebensächlichkeiten. Ulla Schmidt witzelte, demnächst benötige man einen Staatsminister für Männerfragen, Volker Kauder beklagte die mangelhafte Ausstattung der Fahrbereitschaft und ganz allgemein wurde bedauert, dass am Vortag um 22 Uhr der Hausmeister gekommen sei und angeordnet habe, nun müssten alle raus. Kurz, man tat, als sei der Umzug aus der Käseglocke Bonn in die neue Hauptstadt Berlin die selbstverständlichste Sache der Welt. Am

1. Juli 1999 fand dann die letzte Plenarsitzung in Bonn statt.

Selbstverständlich war das keineswegs. Bereits durch den Abschluss des Einigungsvertrages 1990 war Berlin Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschlands geworden. Das bedeutete jedoch nicht, dass der Regierungssitz automatisch dorthin verlegt worden wäre. Dazu bedurfte es erst eines Antrages zur „Vollendung der Einheit Deutschlands“, für den sich Abgeordnete von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90 einsetzten. Es wurde kontrovers diskutiert. Bei der Debatte zu der Entscheidung am 20. Juni 1991 wurden 600 Minuten Redezeit beantragt. Die Abgeordneten aus Nord- und Mitteldeutschland setzten sich überwiegend für Berlin ein, während die Volksvertreter Süd- und Westdeutschlands in der Mehrheit für Bonn plädierten. So fiel die Abstimmung denkbar knapp aus. Die Auszählung ergab 338 Stimmen für Berlin, 320 für Bonn. Das war eine Mehrheit von gerade 18 Abgeordneten. Im Ergebnis gab es einen geteilten Regierungssitz, Teile der Regierung blieben ebenso in Bonn wie Teile des Bundesrats.

Es floss noch viel Wasser den Rhein und die Spree hinunter, ehe der Beschluss „Sitz des Deutschen Bundestages ist Berlin“ in die Tat umgesetzt wurde. Dabei stand von Beginn an fest, wo der

Bundestag künftig tagen sollte: Im Gebäude des ehemaligen Reichstages. Bereits nach der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR am 3. Oktober 1990 hatte der Bundestag dort am 4. Oktober getagt, gemeinsam mit 144 Abgeordneten der frei gewählten



Zeuge wechsellagerter Geschichte: Reichstagsgebäude

Volkskammer. Neue Minister wurden vereidigt, Bundeskanzler Helmut Kohl gab eine Regierungserklärung ab. Mehr historisches Bewusstsein konnte nicht sein. Neun Jahre später regierte Gerhard Schröder und historisches Bewusstsein galt als nicht mehr angesagt.

Das bestehende Gebäude des Reichstages mochte noch für symbolträchtige Feierstunden taugen,

aber nicht für den parlamentarischen Betrieb. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand von dem hart umkämpften Reichstag nur noch eine Ruine. Berliner bauten auf dem Gelände herum Kartoffeln und Gemüse an. Wegen Einsturzgefahr wurde die

Kuppel 1954 gesprengt. Dennoch beschloss der Bundestag bereits 1955, den zerstörten Reichstag wiederaufzubauen, auch wenn seine Nutzung im geteilten Deutschland nicht klar war. 1961 hatte man sich für den Architekten Paul Baumgarten entschieden, 1973 waren die Arbeiten nach seinen spartanischen Entwürfen abgeschlossen – ohne eine neue Kuppel. Der Plenarsaal

war allerdings so groß dimensioniert, dass alle Abgeordneten eines vereinten Deutschlands ihren Platz gehabt hätten. Jedoch: Das Viermächte-Abkommen von 1971 untersagte Plenarsitzungen. So wurde der unmittelbar an der Grenze liegende Reichstag zum Museum („Fragen an die Deutsche Geschichte“) und zum Pflichtprogramm für ausländische Staatsgäste, die von der Außenterrasse auf die Berliner Mauer blickten.

Nach dem Beschluss zum Umzug war der Umbau des Reichstagsgebäudes unumgänglich. 80 Entwürfe wurden eingereicht. Drei gleichrangige Entwürfe kamen in die engere Wahl, nach nochmaliger Überarbeitung fiel die Entscheidung für Foster and Partners. Der Entwurf des Briten sah keine Kuppel vor, Norman Foster hatte sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen. Seine Auftraggeber in Bonn aber wünschten sich entschieden eine Kuppel, ähnlich jener Kuppel, die der Architekt Paul Wallot dem von 1884 bis 1894 gebauten Reichstag aufgesetzt hatte. Foster gab nach, er entwarf eine begehbare gläserne Kuppel. Sie besitzt auffallende Ähnlichkeit mit jener Kuppel, die der Architekt Gottfried Böhm bereits 1988 im Auftrag Helmut Kohls entwickelt hatte. Bevor die Umbauarbeiten im Juli 1995 begannen, durfte das US-amerikanische

Künstlerpaar Christo und Jeanne-Claude mit dem Segen des Bundestages den Reichstag verhüllen, auch wenn darüber debattiert worden war, ob ein Objekt von nationaler Symbolkraft für ein solches Projekt genutzt werden dürfe. Fünf Millionen Menschen besuchten den verhüllten Reichstag.

1996 konnte dann mit dem Umbau begonnen werden. Im Zentrum entstand praktisch ein Neubau, in dessen Mittelpunkt sich der 12 000 Quadratmeter große Plenarsaal befindet. Ins Pflichtenheft der Architektur war die Aufgabe geschrieben, die Spuren der Geschichte sichtbar zu lassen. Dazu gehören auch die Graffiti sowjetischer Soldaten, nur sexistische oder rassistische Dinge wurden übertüncht. Gemessen an der langen Vorgeschichte gingen Planung und Umbau diesmal rasch vonstatten. Bereits 1871 war der Bau eines „würdigen Parlamentshauses“ geplant. Doch bis das Reichstagsgebäude am jetzigen Platz fertiggestellt werden konnte, vergingen 23 Jahre, gab es zwei Wettbewerbe. Nun wurde nach Beseitigung der schweren Schäden durch den Reichstagsbrand 1933 und die Kampfhandlungen im Zweiten Weltkrieg aus dem Reichstagsgebäude wieder ein „würdiges Parlamentshaus“.

Klaus J. Groth

Moment der Woche



Bild: image/Hollande-Hoogte

An sich eine nette Idee, und doch hat sie einen faden Beigeschmack. Nach dem Vorbild des niederländischen Utrecht planen auch deutsche Städte, die Dächer ihrer Bushaltestellen zu begrünen. Ralph Saxe, Abgeordneter der Grünen in der Bremer Bürgerschaft, will damit vor allem dem Insektensterben entgegenwirken.

Und hier wird es ärgerlich: Wie die PAZ berichtete, stehen die gerade von den Grünen so energisch beworbenen Windräder

der im dringenden Verdacht, Milliarden der Kleintiere zu zerhackeln. Doch darüber spricht man in der Öko-Szene nicht so gern, ebenso wenig wie über den Massentod von Vögeln und Fledermäusen, die von den Rotoren erschlagen werden.

Stattdessen präsentiert man nun eine aufwendige, in der Wirkung aber wohl eher symbolische Aktion, um das Gewissen zu beruhigen. Derweil werden die tödlichen Windräder immer mehr. *H.H.*

Symbol-Aktion lenkt vom Problem ab

Auch nicht mehr, was es mal war

Der Umgang mit Tod und Bestattung nimmt neue, mitunter skurrile Züge an

Sterben ist eine sehr trübe und trostlose Angelegenheit. Mein Rat an Euch ist, dass Ihr Euch gar nicht erst darauf einlasst.“ Den klugen, hier etwas frei übersetzten Worten des englischen Schriftstellers William Somerset Maugham (1874–1965) würden vermutlich die meisten Menschen gern Folge leisten. Bislang ist es allerdings noch niemandem gelungen, dem Sterben

Ein Grund dürfte der Rückgang des Christlichen sein

und schließlich dem Tod dauerhaft aus dem Weg zu gehen.

Ein Phänomen der jüngsten Zeit ist es jedoch, dass immer mehr Menschen die Begegnung mit dem Unvermeidlichen – im Vergleich mit den seit Jahrhunderten tradierten Formen – anders oder sogar „kreativ“ zu gestalten bemüht sind. Als wesentliche Ursache für das Lösen vom Überkommenen und das Bedürfnis, neue Wege zu erschließen, dürfte der Rückgang des Christlichen zu nennen sein.

Allein die Existenz eines Internetportals mit dem Titel „bestattungsvergleich.de“, auf welchem eine Vielzahl von sachlichen Informationen abrufbar ist, zeigt

den veränderten Zugang zu diesen Angelegenheiten. Neben Antworten auf nüchtern-ökonomische Fragen („Was kostet eine Urne?“) ist hier auch zu erfahren, dass sich drei relativ neue Tendenzen hinsichtlich des Umgangs mit dem Toten und natürlich auch mit dem Gedenken ausmachen lassen.

Da gibt es zunächst die „miniaturistisch-anonymisierende“ Variante. Eine Kennzeichnung des Grabes, eine Gedenktafel oder gar ein Grabstein entfallen. Am verstärkten Wunsch nach dieser Form der Bestattung wird erkennbar, dass langfristige örtliche oder generationenübergreifende Bindungen immer weiter im Schwinden begriffen sind.

Als zweite Tendenz gelten „naturreligiös-ökologische“ Bestattungen. Der klassische Friedhofsgedanke spielt dabei zumindest bedingt noch eine Rolle. Die sich immer größerer Beliebtheit erfreuenden Baumbestattungen wären hier einzuordnen. Im Gegensatz zur „miniaturistisch-anonymisierenden“ Form ist bewusst ein sichtbarer Gedenkort gewählt. Vor allem aber kommen menschliche Bindungen hier verstärkt zum Tragen, da sich Familien, aber auch Freundeskreise für einen derartigen – gemeinsamen – Ort der letzten Ruhe entscheiden.

Als dritte Tendenz ist die „ästhetisch-performative“ Form aus-

zumachen. Bekannteste Erscheinungsform dieser Variante ist das Pressen eines Erinnerungsdiamanten aus einem Teil der Asche des verbrannten Leichnams.

All diese, sich immer weiter ausdifferenzierenden Vorstellungen und Wünsche mögen Geschmackssache sein. Tatsache ist, dass sie immer häufiger neben einer herkömmlichen Erd- oder Urnenbestattung nachgefragt werden.

Auch anderweitig wird die Bestattungsthematik in einer Weise aufgegriffen, die für manch einen die Grenzen des pietätvollen Umgangs deutlich überschreiten dürfte, für andere indes einfach nur gelungene Schwarzhumorigkeit zeigt. Bücher mit Titeln wie „Aus die Maus“ oder „Ich mach mich vom Acker“, welche Sammlungen von ungewöhnlichen Todesanzeigen enthalten, verkaufen sich nicht schlecht.

Das Bestattungsmuseum am Wiener Zentralfriedhof verfügt über einen „Shop“, in dem für Modellbau-Freunde ein „Bastelfriedhof“ angeboten wird oder für Kinder (!) die „Historische Lego-Leichentram“, deren reales Vorbild einst die Toten der Wiener Krankenhäuser „einsammelte“ und zum Zentralfriedhof am Stadtrand transportierte. Ein ebenfalls im „Shop“ erhältliches T-Shirt mit der Aufschrift „Der

letzte Wagen ist immer ein Kombi“ enthält viel Wahrheit, ist aber wohl nicht jedermanns Sache. Die Kunde von einer der skurrilsten Bestattungsvarianten – sofern man hier überhaupt von Bestattung sprechen kann – kommt auch aus der österreichischen Hauptstadt. Eine nicht ganz unvermögende Dame hatte gewünscht, nach ihrem Tod plastiniert zu werden. Ihr so dauerhaft konservierter Körper

Plastiniert im Foyer des eigenen Anwesens

sollte dann im Foyer des nunmehr von ihren Nachkommen bewohnten Anwesens aufgestellt zu werden – mit einem Tablett in den Händen, damit Gäste der Abendgesellschaften ihre Gläser abstellen können. Dem Vernehmen nach wurde dies, nach Überwindung mannigfacher juristischer Schwierigkeiten, in die Tat umgesetzt.

Hier handelt es sich natürlich um ein Extrem. Jedoch wird deutlich – auch mit Blick auf den früher unüblichen Umgang mit dem Thema „Bestattung“ –, dass der herkömmliche Friedhof oder gar Kirchhof zwar nicht ausgedient hat, aber nur noch eine Möglichkeit der Letzten Ruhe darstellt. *Erik Lommatzsch*

Gibt es einen »Tiefen Staat« auch bei uns?

Verdeckte Netzwerke können eine Demokratie zersetzen – Über solche Strukturen wird auch in Deutschland spekuliert (Teil 1)

Der sogenannte Tiefe Staat ist ein verkappter Staat im Staate – und manche behaupten, so etwas gebe es auch in Deutschland. Trifft dies aber tatsächlich zu? Und welcher Natur könnte ein eventueller Tiefer Staat bundesrepublikanischer Couleur dann sein?

Zuerst wurde der Begriff „Tiefer Staat“ (Derin Devlet) während der 1990er Jahre in der Türkei publik. Verantwortlich hierfür war vor allem der Susurluk-Skandal: Am 3. November 1996 ereignete sich in der Nähe der westanatolischen Kleinstadt Susurluk ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem sowohl Abdullah Çatli, ein führendes Mitglied der rechtsextremen Partei Graue Wölfe sowie international gesuchter Drogenhändler und Auftragsmörder, als auch Hüseyin Kocadag, der stellvertretende Polizeipräsident von Istanbul, ums Leben kamen.

Und zwar im selben Fahrzeug, in dem man außerdem noch den Parlamentsabgeordneten Sedat Edip Bucak, die ehemalige Schönheitskönigin Gonca Us sowie diverse gefälschte Pässe, Rauschgiftpackchen, Schusswaffen mit Schalldämpfern und mehrere tausend US-Dollar fand. Hierdurch erhärtete sich der Verdacht, dass es in der Türkei eine konspirative Verflechtung von Militär, Geheimdiensten, Polizei, Politik, Verwaltung und Justiz auf der einen sowie Rechtsextremisten und Schwerstkriminellen auf der anderen Seite gebe – genannt „Tiefer Staat“.

Bei diesem handelt es sich also um ein illegales Konglomerat von Netzwerken und Strukturen, das keinerlei demokratischer Kontrolle unterworfen ist und dennoch erheblichen Einfluss auf die Politik ausübt – im Falle der Türkei vor allem durch die Inszenierung von Putschen, politischen Morden und Menschenrechtsverletzungen aller Art. Ein solcher klandestiner „Staat im Staate“ ent-

steht, wenn die Rechtsordnung die Macht der Exekutive (Regierung und Staatsapparat) einschränkt und deren Mitglieder daraufhin nach Auswegen suchen, um trotzdem an ihr gewünschtes Ziel zu gelangen.

Wie die Ereignisse in der Türkei beweisen, lassen sich weder die Existenz noch die Machenschaften eines Tiefen Staates auf Dauer verheimlichen, jedoch können die Protagonisten in der Regel anonym bleiben. Denn sie sind Teil eines informellen politischen Gebildes, welches auch die Weitergabe von Informationen an die Öffentlichkeit zu steuern vermag.

Nun ist die Türkei nicht gerade der hellste Leuchtturm der Demokratie und daher schwer mit westlichen Ländern vergleichbar. Trotzdem soll es auch in manchen von diesen zur Herausbildung eines Tiefen Staates gekommen sein. Für die USA behauptet das unter anderem Mike Lofgren, der 2016 das Buch „The Deep State: The Fall of the Constitution and the Rise of a Shadow Government“ vorlegte, nachdem er 28 Jahre lang für die republikanische Partei im Kongress tätig gewesen war und dabei viele aufschlussreiche Einblicke in die Arbeit des Verteidigungsbeziehungsweise Haushaltsausschusses erlangt hatte.

Andere häufig genannte Beispiele sind Italien, Österreich und Frankreich. Und auch der Bundesrepublik wurde schon des Öfteren unterstellt, dass ihre Geschichte weniger von den sichtbaren Akteuren auf der politischen Bühne als von im Verborgenen wirkenden Vertretern des Tiefen Staates gelenkt würden.

Besonders dezidiert äußerte sich in diesem Zusammenhang der Publizist Jürgen Roth. Von ihm stammt das Werk „Der tiefe Staat. Die Unterwanderung der Demokratie durch Geheimdienste, politische Komplizen und den rechten Mob“, welches zeitgleich zu den Enthüllungen Lofgrens

2016 erschien. Darin zeichnet der Autor ein düsteres Bild von der Bundesrepublik. Diese unterscheide sich kaum von der Türkei, was die „stille Komplizenschaft“ oder gar „offene Kooperation“ zwischen Staatsorganen und Kriminellen beziehungsweise Rechtsextremisten betreffe.

Als Aufhänger dienen ihm vor allem die bis heute nicht hinreichend beleuchteten Querverbindungen zwischen dem Verfassungsschutz und dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU). Hier zeige sich – so Roth – in eindrucksvoller Weise der „politische Fingerabdruck des Auto-

ritarismus, des Elitismus, völkischen Nationalismus und Rassismus“. Und dieser liefere den Beweis dafür, „dass es innerhalb der staatlichen demokratischen Machtstrukturen, also in Nachrichtendiensten, Justiz und Polizei einflussreiche Strömungen gibt, die zusammen mit nationalkonservativen wie rechtspopulistischen Politikern und rechtsradikalen Terroristen mehr oder weniger unbehelligt daran arbeiten können, die zivile und soziale Bürgergesellschaft zu zerstören“.

Ähnlich sahen dies unter anderem die frühere baden-württembergische Integrationsministerin

Bilkay Öney (SPD) sowie prominente Wissenschaftler wie der Politologe Hajo Funke und der Pädagogik-Professor Micha Brumlik. Und natürlich hackten auch Personen vom Kaliber Timo Reinfranks, seines Zeichens Geschäftsführer der Amadeu-Antonio-Stiftung, in die gleiche Kerbe.

Allerdings beruht der ganze Mythos – oder besser gesagt, die Verschwörungstheorie – vom rechtsgestrickten bundesdeutschen Tiefen Staat, den man un schwer an seiner NS-DNA erkennen, auf einem kardinalen Denkfehler: Wann immer die Sicherheitsorgane der BRD ihre Hände im Spiel hatten, wenn es um die Gründung oder die Umtriebe rechtsextremer Bewegungen ging, dann nicht, um ein gemeinsames politisches Ziel zu verfolgen, wie Roth und Co. behaupten. Vielmehr wollten sie stets nur Popanz schaffen, um mehr Geld und Personal zu ergattern und darüber hinaus gerade eben die Konkurrenz der Mächtigen auf der rechten Seite des politischen Spektrums in Misskredit zu bringen.

Warum sonst können es die Sicherheitsdienste hierzulande gar nicht erwarten, den rechtsextremen Hintergrund von mutmaßlichen Tätern an die große Glocke zu hängen, so wie jetzt wieder im Falle des ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, damit dann gegen unerwünschte, aber legale Parteien drauflos gehetzt werden kann? Hätte der angebliche Todesschütze im Dienste eines Tiefen Staates rechter Prägung gehandelt, dann wäre er wohl kaum derart schnell dingfest gemacht und danach genüsslich mit Klarnamen und diversen unverpixelten Fotos der Öffentlichkeit präsentiert worden.

Trotzdem ist die Annahme, dass es auch hierzulande ein Gemeinwesen verschiedenster Institutionen namens „Tiefer Staat“ gebe, das sich der demokratischen Kontrolle

entziehe und im Hintergrund agiere, nicht komplett abwegig. Dann würde dieses aber keinesfalls die Agenda verfolgen, in der Bundesrepublik einen Rechtsruck auszulösen. Denn der Zeitpunkt hierfür wäre doch spätestens mit der staatsstreichartigen illegalen Grenzöffnung für Immigranten aus aller Welt im September 2015 gekommen gewesen. Worauf sonst, wenn nicht darauf, hätten die „rassistischen“ Vertreter des Tiefen Staates denn noch warten sollen?

Also dürfte dem Tiefen Staat hierzulande – sofern er denn wirklich existiert – wahrschein-

Banale Phrasen zum »Kampf gegen Rechts« ersetzen Analyse

lich sehr viel eher daran gelegen sein, unser Land noch weiter nach links zu lavieren, als es ohnehin schon unter der Ägide der CDU-Kanzlerin Angela Merkel gedriftet ist. Ein sicherer Beleg hierfür wäre eine Kumpanei oder gar offene Kollaboration des Staates, seiner Organe und der derzeit Regierenden mit Linksextremisten und Kriminellen.

Und die gibt es ja tatsächlich. So beispielsweise in Form des immer unverhüllteren Schulterschlusses der Etablierten mit den Schlägertrupps und Denunzianten von der Antifa, wenn es gegen die AfD, Pegida und andere Dissidenten geht. Dazu kommt die auffällige Passivität von Justiz und Sicherheitsapparat angesichts des Treibens von Nichtregierungsorganisationen, welche das Schleppeperunwesen fördern und dabei eindeutig kriminelle Verhaltensweisen an den Tag legen.

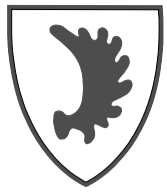
Wolfgang Kaufmann

Teil 2 erscheint in der folgenden Nummer der PAZ.



Gefahr: Tiefer Staat unterhöhlt Demokratie

Bild: Imago/Photothek



MELDUNGEN

Niedrigste Geburtenrate

Königsberg – Die Auswertung der Russischen Statistikbehörde Rosstat hat ergeben, dass die Geburtenrate im Königsberger Gebiet rasant abnimmt. Im Zeitraum von Januar bis Mai dieses Jahres ist sie um 11,5 Prozent gesunken. Dieser Trend hält nun schon seit neun Jahren an. In der russischen Föderation insgesamt sank die Geburtenrate in diesem Jahr um 7,5 Prozent. Als Hauptgrund für die niedrige Geburtenrate im nördlichen Ostpreußen wird in Umfragen ein allgemeiner Rückgang des Wohlstands genannt. *MRK*

Anhörungen noch im August

St. Petersburg – Als Termin für die Anhörungen zum Berufungsverfahren des Königsberger Journalisten Igor Rudnikow und Alexander Dazyschin hat das St. Petersburger Stadtgericht den 14. August genannt. Die Richterin Natalja Wesnina wird den Fall verhandeln. Ebenso werden die Anwälte der beiden Angeklagten sowie Staatsanwalt Sergej Schokurov bei der Anhörung zugegen sein. Ihr angebliches Erpressungsopfer, der Leiter der Regionalverwaltung, Viktor Ledenjow, wird nicht anwesend sein. Nach anhaltenden Bürgerprotesten gegen die Verhaftung Rudnikows hatte das Moskauer Bezirksgericht in St. Petersburg die Anklagepunkte abgebildert. *MRK*

Betrübliche Vorfälle im Dom

Schweizer Organist wurde während eines Konzerts bestohlen – Domverwaltung fürchtet um guten Ruf

In Königsberger Dom finden im Sommer zahlreiche Veranstaltungen statt. Leider häufen sich auch die Fälle von Diebstählen, obwohl der Dom videoüberwacht ist.

Zu einem Konzert war aus der Schweiz der Titularorganist der Kirche des Heiligen Geistes in Bern, Professor in der Orgelklasse am Berner Konservatorium, Mark Fritze, angereist. Der Musiker tourt viel um die Welt und tritt oft als Solist bei Orgelfestivals auf.

Am Tag des Konzerts im Königsberger Dom war der Kirchenraum voll mit Zuschauern, die den berühmten Organisten hören wollten. Vor dem Konzert installierte Fritze ein Aufnahmegerät für das Konzert im Bereich der 15. Reihe des Domsaals. Nach dem Konzert stieg er von der Bühne, um es wieder an sich zu

Diebstahl trotz Videoüberwachung

nehmen, aber die Ausrüstung war spurlos verschwunden.

Die Domverwaltung rief den Dieb dazu auf, seine Tat zu „überdenken und den Ruf Königsbergs in den Augen der Öffentlichkeit nicht zu verderben“. Bei dem Aufzeichnungsgerät handelte es sich um ein spezielles, hochmodernes Profigerät, das nicht so einfach zu verkaufen sein wird. Darüber hinaus ist der Dom videoüberwacht und die Aufzeichnungen wurden sofort der Polizei übergeben.



Als Glücksbringer betrachtet: Besucher streichen gern mit dem Finger über das Königsberg-Modell

Bild: J.T.

Es war nicht der erste unangenehme Zwischenfall, der sich in diesem Sommer im Dom ereignet hat. Zu ähnlichen war es schon einen Monat zuvor gekommen.

Vor Kurzem verschwand ein Stück des bronzenen Königsberg-Modells spurlos, das vor dem Dom aufgestellt ist. Neben dem dreidimensionalen Dom, dem Königsberger Schloss und der Börse wurden auch das Hafengelände und

das Wohngebiet vom Modell „entwendet“.

Dem Schöpfer des Modells, Romanas Borisovas, war das Fehlen aufgefallen. Er informierte sofort die Dom-Verwaltung darüber. Er schrieb, dass er sieben Jahre lang an seiner Bronzestadt gearbeitet habe und nun eines der Gebäude gestohlen worden sei. Dies sei geschehen, nachdem man den Zaun entfernt hatte, der die Skulptur

zuvor von den Betrachtern trennte. Doch wenig später stellte sich heraus, dass der Teil des Modells nicht gestohlen, sondern lediglich zur Restaurierung abgebaut worden war. Diese war nötig geworden, weil nach der Entfernung des Zauns fast jeder Besucher des Kneiphofs die Anlage als Glücksbringer erachtet und mit den Händen darüber gestrichen hatte. Vor allem lieben es die jüngeren

Dom-Besucher, in der Nähe des Modells herumzutollen. Anscheinend wurde das Modell so oft berührt, dass sich die Bronzeanteile gelockert hatten und plötzlich einfach abfielen.

Vor wenigen Tagen erst kehrten die fehlenden Teile des Modells an ihren ursprünglichen Platz zurück. Jetzt befindet sich neben dem Modell eine Warntafel, auf der geschrieben steht: „Bitte auf das Denkmal achten. Nicht zerbrechen, keine Dinge hineinlegen, keine Kinder darauf klettern lassen. Erhalte es für diejenigen, die nach dir hierherkommen! Sei menschlich!“ Beim dreisten Dieb des Aufnahmegeräts während des Konzerts des Schweizer Musikers dürfte es sich vermutlich nicht um ein Kind gehandelt haben. Und bis jetzt wurde das Gerät nicht wiedergefunden. *Jurij Tschernyschew*

Hoffen auf Spenden

Renovierung des Frauenburger Doms gerät ins Stocken

Die Renovierung des Doms in Frauenburg, in der sich das Grab von Nicolaus Copernicus befindet, ist mangels benötigter Mittel ins Stocken geraten. Dom-Probst Pfarrer Jacek Wojtkowski sucht deshalb Spender, die helfen, die Renovierung der Kirche und ihrer imposanten Umgebung zu ermöglichen. „Ins Jahr 2023 fällt der 550. Geburtstag von Nicolaus Copernicus. Ich möchte, dass bis zu dieser Zeit der Dom in Frauenburg, in dem Copernicus beerdigt ist, seinen früheren Glanz wieder erreicht und seine Umgebung renoviert wird“, sagte der Probst. Er ergänzte, dass das eine wichtige Angelegenheit sei, weil von Jahr zu Jahr die Zahl der Touristen steige, die Frauenburg besuchen. Sie kämen auch aus China und Japan, und es sei eine Schande, dass der Dom-Hügel und der Dom selbst nicht zu Ende renoviert wurden.

Seit einigen Jahren laufen im Dom und auf dem Dom-Hügel Arbeiten, finanziert aus Mitteln des Europäischen Fonds. Die laufende Renovierung des Domes ist die größte seit 1835. Bis Ende 2020 soll die Schatzkammer erneuert und für Ausstellungen hergerichtet werden. Nach Been-



Frauenburg: Blick auf den Dom Bild: Holger Weinandt

digung der konservatorischen Arbeiten werden das Überdach, unter dem sich die denkmalwerte Technik befindet, der Dachstuhl und die technische Einrichtung erneuert. Doch es fehlt noch Geld für die Fertigstellung der Dacherneuerung, für die konservatorische Renovierung der denkmalgeschützten Orgel, für die Erneuerung des Verputzes und des Anstriches an Wänden und Pfeilern sowie für die Reparatur und den Austausch der elektrischen Anlage. Erhaltungsarbeiten benötigen auch drei Dom-Altäre: der Frauenburger Seitenaltar und die Altäre der Heiligen Laurentius und Augustinus. *PAZ*

„Für alle Renovierungen werden leider etwa 50 Millionen Zloty (rund 3,5 Millionen Euro) benötigt. Das ist für Frauenburg eine schwindelerregende Summe“, sagte Wojtkowski und unterstrich, dass der Frauenburger Dom-Hügel „ein Denkmal der Generation und ein Denkmal von großem Wert ist, das wir den nachfolgenden Generationen in gutem Zustand überlassen müssen“.

Der im 14. Jahrhundert gebaute Frauenburger Dom ist nicht nur ein sakraler Ort. Im denkmalgeschützten Inneren befinden sich mehr als 180 bewegliche Denkmäler. Hier finden auch Konzerte statt, unter anderem ein internationales Orgelfestival. In unmittelbarer Nachbarschaft des Domes befindet sich das Museum mit einem Turm, der als Aussichtspunkt dient und einen herrlichen Blick auf das Frische Haff erlaubt. *PAZ*

Premiere in Königsberg

Dreimaster »Alexander von Humboldt II« im Handelshafen

Vor Kurzem hat ein einzigartiges Schiff aus Deutschland Königsberg besucht. Das berühmte deutsche Segelschiff „Alexander von Humboldt II“ lag mehrere Tage im Seehandelshafen am Ufer des Pregel. Die Bark wurde 2011 als Ersatz für das Vorgängerschiff „Alexander von Humboldt“ aus dem Jahr 1906 vom Stapel gelassen. Dieses war aufgrund seiner ursprünglichen grünen Segel zum Symbol der bekannten Biermarke „Becks“ geworden. Sie erhielt dadurch Weltruhm.

Lange Zeit hatte sie die Rolle eines schwimmenden Leuchtturms, doch in den späten 1980er Jahren änderte sich ihr Schicksal rasant. Mit Unterstützung der Becks-Brauerei wurde in Deutschland die Gesellschaft „Deutsche Stiftung Sail Training“ gegründet. Der Zweck der Organisation war die Schulung derjenigen, die ihr Schicksal mit dem Meer verbinden oder eine aufregende Reise auf einem Segelschiff unternehmen wollten. Und als Schiff erwarb die Organisation 1988 ein Segelboot, das damals noch „Kiel“ hieß. Mit Unterstützung von Enthusiasten verwandelte es sich in eine originelle Bark mit dem Namen „Alexander von Humboldt“. Das Segelschiff wurde



Segelschiff „Alexander von Humboldt II“ Bild: J.T.

nach dem deutschen Geographen und Weltreisenden Alexander von Humboldt, an dessen 250. Geburtstag in diesem Jahr auf vielerlei Art gedacht wird.

Seitdem hat die Bark erfolgreich die Weltmeere bereist und an internationalen Segelregatten teilgenommen. Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der neuen Sicherheitsvorschriften für Fahrgastschiffe im Jahr 2009 sahen die Reeder jedoch davon ab, den Betrieb als Fahrgastschiff fortzusetzen, da das Schiff eine

Reihe von Anforderungen nicht mehr erfüllte.

Die „Deutsche Stiftung Sail Training“ fand einen Ausweg. Dank der Unterstützung von Sponsoren ließ sie einen neuen Dreimaster, die „Alexander von Humboldt II“, bauen. Die Kosten für das Schiff betragen rund 15 Millionen Euro.

Am 5. April 2012 nahm das Segelschiff die ersten Passagiere an Bord, insgesamt kann es bis zu 55 Personen aufnehmen. Die „Alexander von Humboldt II“ nimmt regelmäßig an Regatten teil und hat schon mehrfach den Atlantischen und den Stillen Ozean überquert. Die Bark hat drei Stahlmasten, eine Länge von 65 und eine Höhe von 42 Metern. Sie ist 19 Meter breit. Der einzigartige Dreimaster ist 300 Tage im Jahr auf dem Wasser unterwegs. Segelbegeisterte im Alter von 14 bis 75 Jahren werden auf ihr geschult. Die Mannschaft besteht aus Freiwilligen, die sich mit der Seefahrt auskennen.

Während ihres Aufenthalts im Königsberger Seehandelshafen blieb die Bark für Besichtigungen geschlossen, deshalb konnten Besucher ihre Schönheit nur vom Pier aus bewundern. *Jurij Tschernyschew*

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Hartmann, Elisabeth, geb. **Pohl**, aus Ortelsburg, am 11. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kadelka, Marie, geb. **Niklas**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 9. August
Redetzky, Horst, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 14. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Lask, Karl, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 15. August
Pehrs, Hildegard, geb. **Gudusch**, aus Tilsit, am 10. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fendt, Hildegard, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 12. August
Kiefer, Dora, geb. **Glagau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 14. August
Klopp, Ernestine, geb. **Baumgart**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 15. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kraft, Frieda, geb. **Schedlitzki**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 15. August
Kröhnert, Eva, geb. **Naujoks**, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 14. August
Soboll, Walter, aus Sentken, Kreis Lyck, am 9. August
Sommerfeld, Hanna, geb. **Langer**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 9. August
Von Kieckebusch, Anny, aus Kreis Preußisch Eylau, am 15. August
Wönkhaus, Irene, geb. **Kurrat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bondzio, Irmgard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 12. August

Ebnöther-Thurnheer, Martin, geb. **Ebnöther**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 12. August
Gonschorrek, Liselotte, geb. **Taetz**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 9. August
Handke, Leonore, geb. **Tetlowski**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 11. August
Haupt, Anneliese, geb. **Glaus**, aus Fischhausen, am 12. August
Müller, Helga, geb. **Kummetz**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. August
Radzyk, Alfred, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 15. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fortak, Heinz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 11. August
Pokern, Irene, geb. **Först**, aus Fischhausen, am 14. August
Wenzel, Hildegard, geb. **Wysotzki**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 12. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Badziong, Siegfried, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 11. August
Czytrich, Helga, geb. **Bublitz**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. August
Günther, Ruth, geb. **Pietzka**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 14. August
Kattanek, Paul, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Mertsch, Elli, geb. **Hahnke**, aus Heiligenbeil, am 10. August
Radtke, Gerhard, aus Windkeim/Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 13. August
Sauer, Dr. Christa, geb. **Alzuhn**, aus Lyck, am 13. August
Sewzik, Gertrud, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. August
Wagner, Hildegard, geb. **Mädig**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 10. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ciastek, Ursula, geb. **Haberland**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August
Cyrkel, Elisabeth, geb. **Wlotzki**, aus Krokau, Saberau, Kreis Neidenburg, am 10. August
Feyka, Gertrud, geb. **Makulla**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 12. August
Grafe, Hertha, geb. **Stepputat**, aus Kamanten, Kreis Tilsit-Ragnit, am 10. August
Halsler, Eva, geb. **Lechleiter**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 15. August
Hettwer, Irmgard, geb. **Lallo**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 14. August
Hoffmann, Horst, aus Treuburg, am 14. August
Kirchhof, Anneliese, geb. **Moritz**, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 9. August
Kühn, Margarete, geb. **Kowalzik**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 10. August
Kwasny, Gertrud, geb. **Granz**, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 12. August
Marx, Margarete, geb. **Jedaschke**, aus Wangnick, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August
Olms, Waltraut, geb. **Bendig**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. August
Parakenings, Ernst, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 9. August
Piechottka, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. August
Röder, Eva-Maria, geb. **Zacharias**, aus Lyck, am 10. August
Schulz, Elsa, geb. **Beyer**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 15. August
Tiedemann, Ursula, geb. **Beyer**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. August
Wallis, Walter, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 13. August
Wieter, Hildegard, geb. **Rojek**, aus Neidenburg, am 10. August
Windwehr, Käte, geb. **Endom**, aus Wehlau, am 9. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Beling, Alfred, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 10. August
Bronnert, Werner, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 15. August
Donder, Günter, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. August
Hrastnick, Erna, geb. **Krüger**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 9. August
Mark, Edith, geb. **Boeck**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. August
Moeck, Martin, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 13. August
Nellesen, Helmut, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. August
Peukert, Gretel, geb. **Joppien**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 12. August
Rathje, Ingeborg, geb. **Schmieder**, aus Lyck, Yorkstraße 6, am 13. August
Reese, Hildegard, geb. **Ceranski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Schmidt, Erika, geb. **Maschlinski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 9. August
Schoenecken, Leonore, geb. **Barzik**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 10. August
Schrader, Erika, geb. **Heinrich**, aus Neudims, Kreis Röbel, am 10. August
Walter, Ilse, geb. **Faust**, aus Korben, Kreis Fischhausen, am 10. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blömke, Heinz, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. August
Brosch, Bruno, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Chlupka, Edeltraud, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 11. August
Doering, Elfriede, geb. **Schlagowski**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 9. August
Gebhard, Beate, geb. **Graumann**, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 10. August

Haub, Renate, aus Lyck, am 11. August
Heidecke, Erna, geb. **Zimmermann**, aus Heiligenbeil, Bauriedelweg 8, am 8. August
Jacob, Grete, geb. **Wittke**, aus Wehlau, am 9. August
Kluge, Heinz, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 14. August
Lewandowski, Elfriede, geb. **Wencek**, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 15. August
Lyß, Dr. Horst, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 14. August
Meschkat, Hannelore, aus Trumpeiten, Kreis Elchniederung, am 9. August
Norbereit, Elfriede, geb. **Minarzyk**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. August
Tänzer, Margarete, geb. **Hammer Schmidt**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 13. August
Thiel, Bernhard, Kreisgemeinschaft Lyck, am 15. August
Troegel, Heinz, aus Lyck, am 11. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beister, Dr. Günther, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 10. August
Boksa, Helga, geb. **Jenzewski**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 12. August
Borbe, Hubert, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 9. August
Chlebusch, Alfred, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 12. August
Eittrich, Barbara, geb. **Marowski**, aus Lyck, am 11. August
Kizina, Erika, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 12. August
Klein, Marianne, geb. **Hennig**, aus Ebenrode, am 10. August

Kowalzik, Günter, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 15. August
Lanzendorfer, Erika, geb. **Belusa**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 11. August
Nagel, Johanna, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 12. August
Sneykus, Friedlinde, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 14. August
Sohn, Horst, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 13. August
Vohland, Auslind, geb. **Burghardt**, aus Insterburg, am 11. August
Zacharias, Ursula, geb. **Twardy**, aus Salden, Kreis Treuburg, am 9. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dölitzscher, Ursula, geb. **Nischik**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 10. August
Klindworth, Ursel, geb. **Frenkler**, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 11. August
Lehmann, Annemarie, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 12. August
Müller, Hannelore, geb. **Nittrich**, aus Aweyden, Kreis Sensburg, am 3. August



Gayk, Rudolf, aus Groß Schie-manen, Kreis Ortelsburg und Ehefrau Marianne, geb. **Opitz**, aus Groß Ellguth, Kreis Reichenbach in Schlesien, am 8. August

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Glückwünsche einreichen

Gerne können Sie Ihre Glückwünsche weiterhin zum kostenfreien Abdruck senden an Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, per E-Mail an Selke@ostpreussen.de oder telefonisch durchgeben unter (040) 4140080. In jedem Fall benötigen wir Ihre gültige Absenderadresse. Wir danken für Ihr Verständnis.

Zusendungen für Ausgabe 34

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 34/2019 (Erstverkaufstag: 23. August) bis spätestens Mittwoch, 14. August an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



STADT ALLENSTEIN

Stadtvertreter: Gottfried Hufenbach. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein e.V., Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

64. Jahrestreffen

Liebe Mitglieder der Stadtgemeinschaft Allenstein, Ostpreußen lebt, wie unser Sprecher immer verkündet, und ebenso lebt die Stadtgemeinschaft Allenstein sicher noch viele Jahre, auch wenn Horst Tuguntke in der PAZ 2019-30 schon ihr Tötenlied angestimmt hat. Und so lade ich Sie, und natürlich auch die Angehörigen der Kreisgemeinschaft Allenstein, ganz herzlich zu unserem 64. Jahrestreffen ein, das in diesem Jahr vom 13. bis 14. September in unserer Paten- und Partnerstadt Gelsenkirchen stattfindet. Aus Allenstein werden wie immer unsere Freunde von der

AGDM dabei sein und auch der Stadtpräsident von Allenstein beabsichtigt, zu unserem Treffen zu kommen.

Am Freitagnachmittag tritt um 16 Uhr die Stadtversammlung im Hotel St. Petrus neben dem Hans-Sachs-Haus zusammen, um die Berichte des Vorstands entgegenzunehmen und Neues aus der AGDM zu erfahren. Anschließend verbringen wir dort einen geselligen Abend.

Am Sonnabend gedenken wir um 10 Uhr mit einem Gottesdienst in der Propsteikirche der verstorbenen Allensteiner und legen einen Kranz an der Gedenktafel nieder. Anschließend besteht bis 12.30 Uhr Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen. Ab 13 Uhr versammeln sich die Angehörigen von Stadt- und Kreisgemeinschaft, der Allensteiner Gesellschaft und Gäste aus Gelsenkirchen im Schloss Horst. Im Kaminzimmer gibt es ein reiches Angebot an Büchern und Informationen über Allenstein und Ostpreußen, und Ausstellungen alter Postkarten erinnern an vergangene Zeiten. Freunde der Familienforschung finden beim Ermlandfo-

rum Rat und Unterstützung. Auch lädt eine ständige Ausstellung über das Leben in der Renaissance und die Entstehung des Schlosses zum Besuch ein.

Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser- und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka, musikalisch umrahmt wird. Anschließend gibt es nach einer Pause zum Schabbern Musik zum Tanz und zur Unterhaltung. Wer es ruhiger mag, kann sich auch in den Rittersaal oder den Garten zurückziehen, wo wieder eine Grillstation für das leibliche Wohl sorgen wird.

Ihr Gottfried Hufenbach



ANGERBURG

Kreisvertreter (komm.): Brigitte Junker, Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatbrief

Viele geeignete Leser des Angerburger Heimatbriefes warten bereits seit einigen Wochen auf das Erscheinen des Heftes 163. Aufgrund von Krankheit verzögert

GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f., 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. GSt.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Kreistagswahl

Rendsburg - Sonnabend, 12. Oktober, ab 9 Uhr, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38, 24768 Rendsburg: Hauptkreistreffen mit Neuwahl der Kreistagsmitglieder.

Im Herbst dieses Jahres endet die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft. Die Neuwahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens. Laut §1 unserer am 13. Oktober 2018 geänderten Wahlordnung werden 15 Kreistagsmitglieder gewählt,

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

deren Verteilung auf die einzelnen Kirchspiele und Abteilungen wie folgt aussieht: Gerdaun – fünf Vertreter, Nordenburg/Karpowen (Karpauen) – drei, Assaunen – ein, Friedenberg/Groß Schönau – ein, Klein Gnie – ein, Laggarden/Löwenstein – ein, Molthainen/Momehnen – ein, Muldszen (Mulden) – ein, Abteilung GIRDAWE – ein Vertreter. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß §2 Absatz 1 unserer Vereinsatzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Laut §5 der Wahlordnung schlägt der jetzige Vorstand nachstehende Landsleute für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdaun: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Hans Eckart Meyer, Dietmar Plaumann; Kirchspiele Nordenburg/Karpowen (Karpauen): Doris Biewald, Walter Mogk, Margitta Romagno; Kirchspiele Friedenberg/Groß Schönau: Klaus-Dietrich Rahn; Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick;

Kirchspiele Laggarden/Löwenstein: Gertrud Holtermann;

Kirchspiele Molthainen/Momehnen: Monika Weppelmann; Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar Hoffmann;

Abteilung GIRDAWE: Brigitte Havertz-Krüger.

Für das Kirchspiel Assaunen liegt kein Wahlvorschlag des Vorstandes vor.

Gleichzeitig werden hiermit alle Mitglieder gebeten, weitere Wahlvorschläge bis spätestens 12. August bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, Ingrid Kapilke, Buchenweg 22, 47447 Moers, einzureichen. Insbesondere wird um Wahlvorschläge für diejenigen Kirchspiele gebeten, für die bisher keine oder nicht genügend Kandidaten zur Verfügung stehen.

Diese Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern des jeweiligen Kirchspiels unterzeichnet sein. Aus dem Wahlvorschlag müssen Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Heimat- beziehungsweise Geburtsort und die vollständige aktuelle Anschrift sowohl des Bewerbers als auch der Unterzeichner erkennbar sein. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Bewerbers beizufügen. Jedes wahlberechtigte Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen.

Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit Stand vom 13. Oktober 2018 können Sie bei unserer Geschäftsstelle anfordern. *Walter Mogk*

Trauer



Karin Leon

Bild: privat

Die Heimatkreisgemeinschaft Gerdaun trauert um ihre langjährige 2. Vorsitzende und Schatzmeisterin Karin Leon, die am 24. Juli 2019 nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist. Ihr plötzlicher Tod ist ein schwerer Verlust für uns, hat uns doch eine außerordentlich engagierte, treue Ostpreußin verlassen, der die Heimatkreisgemeinschaft sehr viel zu verdanken hat.

Karin Leon wurde am 26. Januar 1940 in Mulden, Kreis Gerdaun, als drittes Kind von Erich und

Hildegard Pogorzelski geboren. „Nicht in Muldszen“, wie sie immer wieder augenzwinkernd betonte. Denn die Umbenennung ihres Geburtsortes war da schon eineinhalb Jahre her. An Ostpreußen hatte sie selbst keine Erinnerungen mehr, aber ihre Kindheits- und Jugendjahre waren nach eigener Aussage geprägt durch die Erzählungen ihrer Eltern sowie der Tanten und Onkel, die zu Besuch kamen.

Im Oktober 1944 musste die Familie wegen der herannahenden Front ihre Fünfzimmerwohnung samt Hof und Garten in Muldszen (Mulden) verlassen. Die kleine Karin, ihre Mutter und drei Geschwister landeten zunächst in Heeslicht bei Dresden und zogen dann – als auch hier die Lage kritisch wurde – weiter nach Wiener Neustadt, wo sie in einem Flüchtlingslager untergebracht wurden. Nach Kriegsende ging es zu Fuß durch Österreich zur deutschen Grenze und weiter mit dem Zug nach Poggenhagen bei Hannover, wo der Vater wartete. Ein sechs Quadratmeter kleines Zimmer war nun die Heimat der sechsköpfigen Familie.

Nach Schulabschluss und Ausbildung hatte Karin Leon, inzwischen in Wunstorf bei Hannover ansässig, 41 Jahre lang beruflich mit Zahlen zu tun – ein Erfahrungsschatz, von dem die Heimatkreisgemeinschaft später durch ihr Engagement als Kassenschatzmeisterin sehr profitierte. Sie war zunächst vier Jahre bei der Deutschen Post beschäftigt und dann bis zu ihrer Vorpensionierung 1999 als Leiterin der Entgeltabteilung bei der Firma Langnese-Iglo.

Schon lange Mitglied in der Heimatkreisgemeinschaft, entschloss sich Karin Leon auf Anregung ihrer Cousine, sich nach ihrer Pensionierung auch aktiv in die Arbeit für ihren Heimatkreis Gerdaun einzubringen. Im März 1999 wurde sie Kreistagsmitglied und Kirchspielvertreterin, zunächst für das Kirchspiel Löwenstein, das sie bis 2007 betreute. Obwohl sie nicht aus diesem Kirchspiel stammte, nahm sie die Aufgabe sehr ernst. Nach nur sechs Monaten erfolgte die Wahl in den Vorstand, wo sie bis 2006 und dann wieder seit 2015 als 2. Vorsitzende den Kreisvertretern Hans Ulrich Gettkant, Burkhard Riechert, Dirk Bannick und Walter Mogk zur Seite stand. Von 2001 bis 2005 leitete sie zudem die Geschäftsstelle der Heimatkreisgemeinschaft. Als Burkhard Riechert 2001 von seinem Amt zurücktrat, war es an Karin Leon, als kommissarische Kreisvertreterin die Geschicke des Vereins vorübergehend zu lenken – eine Aufgabe, die sie wie alle anderen souverän und mit ostpreußischer Disziplin meisterte.

Vor allem aber als Hüterin der Finanzen der Heimatkreisgemeinschaft hat sich Karin Leon bleibende Verdienste erworben. Bereits ab 2002 kümmerte sie sich um die Kassenführung und arbeitete ab 2003 im Finanzausschuss mit. 2007 übernahm sie zusammen mit dem Sitz in Beirat (bis 2015) und Kreistag (Kirchspielvertreterin von Groß Schönau) offiziell das Schatzmeisteramt, das sie schon ein Jahr lang kommissarisch inne hatte, und achtete bis zuletzt darauf, dass jeder Cent der uns von unseren Mitgliedern und Heimatbrief-Beziehern zugedachten Spendengelder sinnvoll und entsprechend der Zwecke unseres Vereins ausgegeben wurde. Sie hielt das Geld zusammen, ohne knauserig zu sein, so wie man es von einer guten Schatzmeisterin erwartet und wie es preußische Art ist. Dass die Heimatkreisgemeinschaft finanziell vergleichsweise gut da steht, ist auch ihr zu verdanken. Ebenso wie die Gründung unserer Stiftung Kreis Gerdaun 2015 nicht ohne ihre unermüdliche Vorarbeit möglich gewesen wäre. In unzähligen Stunden hat sie durch Gespräche und Kontaktaufnahme

mit unseren Paten, dem schleswig-holsteinischen Innenministerium und den Finanzbehörden die Grundlage für die Erstellung der Satzung und damit den Start der Stiftung gegeben, die das kulturelle und geschichtliche Erbe des Kreises Gerdaun und seiner Menschen für zukünftige Generationen erhalten helfen soll.

Die Heimatkreisgemeinschaft hat mit Karin Leon eine treue Ostpreußin, engagierte Mitstreiterin und eine liebe Heimatfreundin verloren. Ihr Tod reiht eine Lücke, die nur schwer zu füllen sein wird. Wir sind alle sehr traurig, aber auch dankbar für das, was sie für unseren Heimatkreis geleistet hat. Unsere Karin wird immer einen Platz in unseren Herzen behalten.

Vorstand und Kreistag der Heimatkreisgemeinschaft Gerdaun e.V., Vorstand der Stiftung Kreis Gerdaun, Historisch-Genetologische Forschungsgemeinschaft für den Kreis Gerdaun (GIRDAWE)



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyantanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Burgdorf – Sonnabend, 7. und Sonntag, 8. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf bei Hannover: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Auch in diesem Jahr freuen wir uns wieder auf unser Kreistreffen in Burgdorf. Wir, der Vorstand, die Kirchspiel- und Stadtvertreter sowie Gemeindevertreter, freuen uns auf Sie.

Anfahrt zum Hotel Haase: Aufgrund der Lage am westlichen Ortsrand von Burgdorf ist das Hotel Haase problemlos und schnell aus allen Richtungen über die umliegenden Autobahnen zu erreichen. Gäste, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen möchten, finden in 800 Metern Entfernung den örtlichen Bahnhof mit direktem S-Bahn-Anschluss an den Hauptbahnhof Hannover.

Programm

Sonnabend, 7. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im Hotel Haase in Burgdorf, Lehrter Straße 12, 10.30 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park, ab 10.15 Uhr fährt ein Bus vom Hotel Haase hin und zurück, 11.30 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im Hotel Haase, 14 Uhr: Öffnung der Heimatstube und des Archivs in der Wilhelmstraße 3A. Buspendelverkehr vom Hotel Haase zur Heimatstube von 13.45 bis 15.30 Uhr, ab 18.30 Uhr gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 8. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im Hotel Haase, zirka 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“, 11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungssaal im Hotel Haase – Begrüßung durch Christian Perbandt, Ostpreußenlied, Totenehrung (Christian Perbandt, stellvertretender Kreisvertreter), Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott...), Vortrag von Ilse Thomann, Grußworte, Festansprache von Oliver

Schulz, Université Blaise Pascal, Clermont-Ferrand (Frankreich) zum Thema: „Austreibung des preußischen Geistes“ und Rückkehr in „urslawisches Land“ (Die Sowjetunion und das Königsberger Gebiet 1945 – 1953), Instrumentalstück, Schlusswort des stellvertretenden Kreisvertreters, Deutschlandlied 3. Strophe – 16 Uhr: offizielles Ende des Hauptkreistreffens, Änderungen vorbehalten.

Matjesessen

Burgdorf – Freitag, 6. September, 19 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Matjesessen. Am Abend vor dem Kreistreffen findet unser traditionelles Matjesessen statt. Es soll alle jene, die schon am Freitag anreisen sind, die Möglichkeit bieten, den Abend in geselliger und angenehmer Runde zu verbringen. Alle Landsleute und Besucher des Kreistreffens (nicht nur Funktionsträger oder Ehrengäste) sind aufgefordert, sich bei bestehendem Interesse zu melden. Die Kosten hierfür trägt jeder selbst.

Ihre verbindliche Anmeldung für dieses Matjesessen richten Sie bitte an den stellvertretenden Kreisvertreter Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052 oder E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sondertreffen

Burgdorf – Sonnabend, 7. September, 15.30 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Sondertreffen der Stadtgemeinschaft Zinten unter der Leitung von Viola Reyantanz, geb. Schlenger.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Darmstadt – Sonnabend, 17. August, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwies 4, 31311 Uetze/Hänigsen, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; E-Mail: kreiver.strysio@t-online.de; Erster Stellvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01665 Meißel, Telefon (03521) 4592901, E-Mail: kodo48@aol.com; Kassenschatzmeister: Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: gawoy@htp-tel.de

Kreistag und
Kreisausschuss

Kontakt: Klaus Downar, stellvertretender Vorsitzender/Kreisvertreter, Telefon (0352) 4592901.

Dortmund – Sonnabend, 31. August, 14 Uhr, und Montag,

2. September, 9 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle, Dortmund: Kreistags- und Kreisausschusssitzung.

Form- und Fristgerecht ergeht an die Mitglieder des Kreistages und Kreisausschusses satzungsgemäß die Einladung zur Kreistags- und Kreisausschusssitzung mit folgender Tagesordnung: Begrüßung, Feststellungen, Bekanntgaben, Genehmigung der Tagesordnung.

Hauptkreistreffen

Dortmund – Sonntag, 1. September, 11 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle Dortmund: Hauptkreistreffen.

Satzungsgemäß ergeht hier form- und fristgerecht die herzliche Einladung an alle Mitglieder zum 64. Hauptkreistreffen, Telefon Kongresszentrum (0231) 1204-0, Anreise U-Bahn 45. TOPE im Programm und Tagesordnung erfasst und zur Genehmigung vorgelegt.

Nach Begrüßung und satzungsgemäßen Feststellungen, Rahmen des Hauptkreistreffens und Festverlauf gemeinsames Programm und Tagesordnung.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellung

Neumünster – Sonnabend, 17. August, 15.30 Uhr, Lötzer Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster: Ausstellungseröffnung „Masuren im Winter“ – Fotografien von M. Wieliczko, Allenstein, als Leihgaben des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern. Die Ausstellung läuft bis zum 20. November. Steffen Thomassek, Hamburg, berichtet von seiner Reise nach Königsberg und durch das Königsberger Gebiet im Jahr 2018 und zeigt eine Auswahl seiner Fotos. Die Veranstaltung wird musikalisch umrahmt mit einigen Liedern, dargeboten von Kirsten Babel, Gettorf. Das Museum ist an Veranstaltungstagen bereits um 10 Uhr geöffnet.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Kreistreffen

Hagen – Sonnabend, 24., und Sonntag, 25. August, Hotel Mercure, Wasserloses Tal 4, 58093 Hagen, und Rathaus, Rathausstraße 13, 58095 Hagen: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck in der Landsmannschaft Ostpreußen mit Gästen der Kreisgemeinschaft Treuburg in der Patenstadt Hagen/Raum Berlin – Siegen – Köln.

Kreistagsitzung

Hagen – Sonnabend, 24. August, 14 Uhr, Rathaus der Stadt Hagen, Raum A 201 (2. Etage), Rathausstraße 13: Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur Sitzung des Kreistages mit folgender Tagesordnung:

Suche Zeitzeugen (m/w)
aus **Schmalleningken**
(heute **Smalininkai, Lit.**) oder **Rest Memelland** für informellen Austausch über Zeit vor u. nach 1944/1945. Bin Historikerin, Großvater Schmalleningkener. Freue mich über Kontakt!
Tel. 0151 158 876 13
oder per Zuschrift an **S. Länder, Eidelstedter Weg 57 20255 Hamburg**

Anzeige

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl eines Protokollführers, 2. Totengedenken, 3. Ehrungen, 4. Genehmigung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 2. bis 3. Februar, 5. Bericht aus dem Kreisausschuss, 6. Aussprache zu den schriftlichen Arbeitsberichten: a) Kreisvertreterin, b) Senioren- und Glückwunschkartei, c) Karteiwart, d) Redaktion Hagen-Lycker Brief, e) AK Mittlere Generation, f) Archiv, 7. Haushaltsplan 2019, 8. Bericht der Kassenschatzmeisterin und Entlastung des Kreisausschusses, 9. Treffen der Mittleren Generation in Würzburg vom 25. bis 27. Oktober, 10. Lycker Treffen in Bremen am 14. November, 11. Aufgaben eines Bezirks- und Ortsvertreters, 12. Diesjähriges Kreistreffen, 13. Kreistreffen 2020, 14. Anfragen der Kreistagsmitglieder.

Eine Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte ist nach § 15 der Satzung, bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Kreistagsitzung bei der Kreisvertreterin zu beantragen.

Mittlere Generation

Würzburg – Freitag, 25., bis Sonntag, 27. Oktober, Würzburg: Herbsttreffen der Mittleren Generation. Wir besichtigen gemeinsam das Deutschordensschloss in Bad Mergentheim. Weitere Informationen unter Internet: www.kreislyck.de, Mittlere Generation oder bei Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026. Die Anmeldung bitte schriftlich bis zum 24. August per Mail oder per Brief an E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder postalisch: Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Herder-Jubiläum

Mohrunge – Sonntag, 25. August, Johann Gottfried Herders 275. Geburtstag.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334.

Jubiläumsfeier

Der Verein der Deutschen Minderheit in Neidenburg feierte sein



Neidenburg: Jubilieren zum Jubiläum

Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

25-jähriges Jubiläum. Die Feier wurde nicht wie geplant im Park am Schlosssteich, sondern im alten Töpferdorf „Garncarska Wioska“ in Kamionka, nahe Neidenburg, durchgeführt. Es war eine herrliche Kulisse für diese Feier. Sie wird den Teilnehmern noch lange in guter Erinnerung verbleiben.

Die Feierlichkeiten begannen morgens in der ev. Kirche in Neidenburg mit einem ökonomischen Gottesdienst. Hausherr Roland Zagora und Domherr André Schmeier fanden die richtigen Worte zu dieser Andacht. Eine sehr schöne, würdevolle Veranstaltung, wobei anzumerken ist, dass beide Konfessionen durch eine Brille schauten, da Domherr Schmeier seine Brille vergessen hatte.

Nach dem Gottesdienst traf man sich in Kamionka und es wurde Kaffee und selbstgebackener Kuchen gereicht. Es war ausgiebig Zeit für Gespräche und zum Auffrischen alter Verbindungen. Michael Schlüter, der 2. Vorsitzende der Deutschen Minderheit betonte, wir wollten keinen steifen Saal mit steriler Atmosphäre, sondern ein gemütliches, ansprechendes Umfeld für diese Feier. Ein sehr gelungener Schritt.

Um 12 Uhr eröffnete der Chor der Deutschen Minderheit die offizielle Veranstaltung mit dem Ostpreußenlied. Die 1. Vorsitzende Sabina Wylengowska begrüßte alle Ehrengäste und Teilnehmer der Veranstaltung. Sogar eine Reisegruppe aus Deutschland, war

mit 26 Personen mit dem Flugzeug angereist. Es folgte eine Grußworte und Gratulationen. Währenddessen unterhielt ein Magier die Kinder im Großzelt. Nach seinen Grußworten zeichnete der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V., Ulrich Pokraka, die 1. Vorsitzende der Deutschen Minderheit Sabina Wylengowska, mit der Silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen aus. Für ihren vielfältigen Einsatz in der Deutschen Minderheit, hat sie sich diese Ehreung ehrlich verdient. Bei allerhöchstem Wetter, mit viel Unterhaltung fand dieser Nachmittag einen fröhlichen Verlauf. Ein Magier und Zauberer zwang die Zuschauer zu wahren Beifallsstürmen. Auch die Sieger des Walter Kollo- Gesangswettbewerbes trugen ihre Lieder in deutscher Sprache vor und ernteten viel Beifall.

Nachdem eine große Geburtstagsstorte angeschnitten und verspeist wurde, fand die Feier ein schönes und befriedigtes Ende.

Ulrich Pokraka

Laudatio

Der Name Wylengowski ist fest verbunden mit dem Verein der Deutschen Minderheit. Seit der Gründung vor 25 Jahren stand Albert Wylengowski dem Verein vor und führte ihn durch die schwierigen Anfangszeit mit denen das deutsche Brauchtum zu kämpfen hatte.

Von klein an spannte ihr Großvater sie in die Vereinsarbeit ein



Sabina Wylengowska geehrt

und weckte so ihr Interesse an der Arbeit für die Deutsche Minderheit in Ostpreußen.

Im Jahre 1999 wurde sie von den Mitgliedern zur Stellvertreterin gewählt. Da war sie gerade 23 Jahre alt. Als im Jahre 2009 plötzlich und unerwartet Albert Wylengowski starb, zögerte sie nicht und übernahm im Oktober 2009 die Verantwortung und den Vorsitz des Vereins.

Bis heute führt sie diesen Verein mit großem Erfolg. Sie war federführend dabei, dass in jeder Schule in der Gemeinde Neidenburg (Nidzica) die Kinder die Möglichkeit haben, Deutsch als Minderheitensprache zu lernen.

Im Jahre 2016 hat sie wiederum maßgeblichen Anteil, dass der Walter Kollo Gesangswettbewerb ins Leben gerufen wurde. Bei diesem Wettbewerb kämpfen Jugendliche und Kinder, in der Burg vor einer Jury, mit deutschem Liedgut um den Sieg. Die Schirmherrschaft übernahm der Bürgermeister von Nidzica (Neidenburg) Jacek Kosmala, der auch die Preise für die Sieger stiftete. Auch der Landrat und die Sparkassen von Nidzica stifteten weitere Preise. Hier erkennt man den Stellenwert dieser von Sabina Wylengowska ins Leben gerufenen Veranstaltung, die 2018 zum dritten Mal durchgeführt wurde.

2016 hat Sabina auch eine „Institution“ gegründet, die für alle Deutschlehrer in Polen Schulungen durchführt und entsprechendes Lehrmaterial zur Verfügung stellt. Außer für den Verein der Deutschen Minderheit steht sie noch Besuchern aus Deutschland

zur Verfügung, die eine gewisse Betreuung in deutscher Sprache wünschen.

Weiter übernimmt sie die Leitung bei Studienreisen nach Deutschland mit polnischen Schulklassen, um den Jugendlichen die deutsche Kultur und Geschichte näherzubringen. Hier findet sie die Unterstützung von Herrn und Frau Böld von der Landsmannschaft Ostpreußen.

Aber bei der Anspannung kommt ihre Familie nicht zu kurz. Ihr Mann und ihre beiden Kinder können auf keinen Fall über Vernachlässigung klagen. Sie nehmen den höchsten Stellenwert in ihrem ereignisreichen Leben ein.

Wir wünschen Sabina Wylengowska auch weiterhin die Kraft und die Freude, diese verantwortungsvolle Aufgabe noch lange Jahre durchzustehen.

Im Namen der KG Neidenburg
Ulrich Pokraka

OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr.

Jahrestreffen

Lüneburg - Freitag, 13., bis Sonnabend, 14. September, Festdiele des Gasthauses Krone, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg und Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg; Jahrestreffen.

Freitag, 13. September, Festdiele 17 Uhr: Mitgliederversammlung der KGO, 19 Uhr: Begrüßungsabend mit dem bekannten Schauspieler Herbert Tennigkeit.

Sonnabend, 14. September Führungen durch die neue Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums: 10 bis 11 Uhr:

„Geschichte Ostpreußens“ oder „Kunst und Kultur Ostpreußens“, 11 bis 12 Uhr: „Wild, Wald und Pferde“ oder „Flucht, Vertreibung, Ankunft“, 12 Uhr: Mittagspause, 14 Uhr: Feierstunde (Festdiele/Krone) mit einem Vortrag von Christopher Spatz: „Heimatlos. Das Lager Friedland – ein ostpreußischer Schicksalsort in Niedersachsen“, 16 Uhr: Ende der Feierstunde, Ausklang des Jahrestreffens.

RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgen-dorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. GSt.: Patenschaft Rastenburg; Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Kreistreffen und Versammlung

Wesel - Sonnabend, 10., und Sonntag, 11. August, Niederrhein-halle: 63. Heimatkreistreffen.

Wesel - Sonntag, 11. August, 11.30 Uhr, Niederrhein-halle Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistags-Sitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens.

RÖSSEL

Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de. Stellv. Kreisvertreter Ernst Grünheidt, Schatzmeister Siegfried Schrade, Schriftführerin Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin Ursula Schlempe.

Freitag, 13. September, Festdiele 17 Uhr: Mitgliederversammlung der KGO, 19 Uhr: Begrüßungsabend mit dem bekannten Schauspieler Herbert Tennigkeit.

Heimatreise

Münster - Donnerstag, 15., bis Sonntag, 18. August, Haus Mariengrund, Nünningweg 133,

48161 Münster: Treffen der Bischöf-sburger Heimatfreunde. Auskunft und Anmeldung: Horst Ehlert, Schmalenau 3, 59821 Arnsberg, Telefon (02931) 7323 oder E-Mail: ehlerthorst@online-home.de

TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsittstadt.de

Heimatreise

Die Stadtgemeinschaft Tilsit fährt mit vom 16. bis 25. August auf eine Bus- und Schiffsreise nach Tilsit und kreuz und quer durch Ostpreußen ein. Reisebegleiter ist der alte Ostpreuße Urb-schat, in Tilsit geboren.

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Versammlung und Vortrag

Bad Sassendorf - Sonnabend, 31. August, 19 Uhr, Hotel Haus Rasche, Wilhelmstraße 1, 50505 Bad Sassendorf: Mitgliederversammlung.

Nach der Versammlung findet im Rahmen des abendlichen Bei-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Magisch: 1. Duenung, 2. Angriff, 3. knuffig

Mittelworträtsel: 1. Bananen, 2. Gebäck, 3. Stellen, 4. Gerausch, 5. Groschen, 6. Schleusen, 7. Spinnen - ablesen

Schüttelrätsel:

zuge-spitzter Holzstamm	Symbol eines Frühling-festes	Wichtig-tuer, Angeber	Mittel gegen Straßen-glätte	Trink-gefaß	eine Reise ändern	schnell befor-derte Fracht	blüten-lose Wasser-pflanze	griechi-sche Friedens-göttin	ab-wandeln	Schluss	ein Baite	Mut, Schneid (ugs.)	Anzahl kleiner Lebe-wesen
brit. Bestsel-lerautor (Ken)			jüdi-scher Gesetzes-lehrer	altes Wege-maß			Riese		Längen-, Breiten-bestim-mung				
Tuben-inhalt	Reiz-mittel für die Nase				ein Signal geben, tuten	franz. Schrift-steller (Marcel)	unbe-stimmter Artikel		Hoch-herzig-keit		Klebe-mittel	in der Tiefe	
Leid, Not	Musical von A. Lloyd Webber	Rauch-fang, Schorn-stein	riskante Film-szene (engl.)	exakt; pünkt-lich		abge-grenzter Teil des Gartens	rech-t-eckiger Behälter aus Holz		Arbeits-mantel		humori-stische Kurz-szene		
Verfas-sungs-urkunde		Abk. für Auswärtiges Amt		Räder-werk; Kfz-Teil	in der gleichen Weise	noch ganz neu	Krü-mung, Kurve	Fluss z. Rhein, aus der Eifel	Bienen-züchter		Horntier		spa-rnisch: Fräulein
natur-licher Kopf-schmuck	süd-ameri-kanisches Gebirge		Abkür-zung für Summa	eine Euro-päerin			jap. Blumen-steck-kunst		Geheim-gericht	Laub-baum, Buchen-gewächs		fromme Gestalt bei W. Busch	
Ältesten-rat	Grund-lage; Unterbau							Stadt u. Provinz in Nord-italien	eindring-lich um etwas bitten	Vorsilbe: unter-halb (lat.)	Eurasier, Osmane		
	anders als bisher	Weis-sager; Mäher	Ab-schieds-gruß (franz.)	flaschen-förmiges Gymnas-tikgerät					Woh-nungs-nehmer				
	fesselnd, erregend			bocks-füßiger Wald-geist	orienta-lische Kopfbedeckung	altrö-mische Monats-tage			Hoch-schule (Kurz-wort)				
	Bücher-, Wand-brett	Süd-slawin	schräge Stütze				Rand eines Gewäs-sers	Kanal in dt. Küsten-städten					
	Kosten, Auslagen			Speisen-folge			vor-fallenes Bauwerk	Näher-gät	sandig oder humus-artig				
	vorsichtig	kroati-sche Insel	Senke im Gelände	Kletter-pflanze				Zeitalter			vertraute Anrede		Punkt auf dem Spiel-würfel
	über-lassen, über-tragen	Rechen-brett der Antike		erfor-derlich									
	Geburts-narbe		Unter-arm-knochen					Sitz-bereich im Theater					

So ist's richtig:

PAZ19_32

Schüttelrätsel

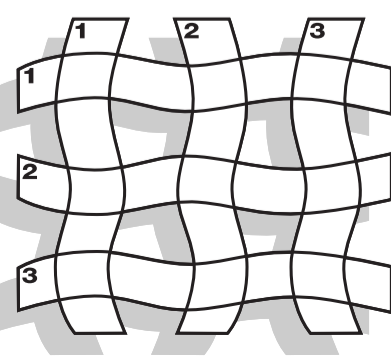
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AACHI LMORS	DILM	IKOOT	AINT	EGILS	AGOS	CEFH	AHLT
EIKNO				AAH			
ADIN OS		EEGI LT				FOT	

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für den Stand eines Messgerätes feststellen.

1	KOCH					SAFT
2	TEE					ZANGE
3	BAU					PLAN
4	NEBEN					LOS
5	NOT					ROMAN
6	KANAL					TOR
7	GIFT					NETZ



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Seegang nach einem Sturm
- 2 Attacke
- 3 niedrig, putzig (ugs.)

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch,
Geschäftsstelle: Forckenbeck-
straße 1, 14199, Berlin, Telefon
(030) 2547345, E-Mail:
info@bdv-berlin.de, Internet:
www.ostpreussen-berlin.de. Ge-
schäftszeit: Donnerstag von
14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der
Geschäftszeit: Marianne
Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Bartenstein – An-
fragen für gemeinsame
Treffen: Elfi Fortan-
ge, Telefon (030)
4944404.



Königsberg – Freitag,
9. August, 14 Uhr,
Forckenbeckstraße 1,
14199 Berlin-Wil-
mersdorf: Treffen der
Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortan-
ge, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

Bremen – Donnerstag, 15. Au-
gust, 15 Uhr, Kleiner Salon, Hotel
zur Post, am Bremer Bahnhofs-
platz: Erstes Treffen nach der
Sommerpause der Bremer Ost-
und Westpreußen. Freunde und
Mitglieder der Frauengruppe
(auch Herren sind willkommen)
zum Gedankenaustausch.

Es besteht dann auch die Mög-
lichkeit, sich zu unserem Som-
merausklang mit Beetenbartsch &
Schmandschinken am 7. Septem-
ber anzumelden und Eintrittskar-
ten zu erwerben.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut
Klingbeutel, Haus der Heimat,
Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.:
(040) 444993, Mobiltelefon
(0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonntag,
8. September: Das Kulturreferat
lädt herzlich zu unserer Busfahrt
zum ostpreußischen Theater Ditt-
chenbühne nach Elmshorn. Nach
dem gemeinsamen Kaffeetrinken
und einem Gläschen Bärenfang
sehen wir uns die Aufführung
„Der Schimmelreiter“, eine No-
velle von Theodor Storm, an. Der
Preis beträgt 32 Euro pro Person.
Im Preis sind enthalten: die Fahrt
mit einem modernen Reisebus,
Kaffee und Kuchen sowie die
Theateraufführung.

Abfahrten: 13 Uhr ab Meckel-
feld, Höpenstraße 88, Bushalte-
stelle Waldquelle; 13.15 Uhr ab
Bahnhof Harburg; 14 Uhr Kir-
chenallee beim Hamburger
Hauptbahnhof.

Rückfahrt: 18:30 Uhr nach
Hamburg-Kirchenallee, Harburg
und Meckelfeld.

Anmeldung bei Walter Brides-
zuhn, Telefon (040) 6933520 und
(0172) 9209151, E-Mail:
walter.bridszuhn@gmx.de



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk,
Stellvertretender Vorsitzender:
Gerhard Schröder, Engelmühlen-
weg 3, 64367 Mühlthal, Telefon
(06151) 148788

Wiesbaden – Die Freude am tra-
ditionellen Sommer-Gartenfest
ließen sich die Landsleute und
Freunde der Landmannschaft

nicht nehmen, obwohl das Wetter
in diesem Jahr nicht mitspielte,
und die Festgesellschaft wegen
des anhaltenden Regens in einen
angrenzenden Saal ausweichen
musste.

Mit einem abwechslungsrei-
chen musikalischen Programm
hielt Matthias Budau am Key
board die Festfreunde bei guter
Laune und lud mit bekannten
Stimmungsliedern zum Mitsingen
und Mitsummen ein. Natürlich
blieb noch genügend Zeit zum
Plachandern und Austausch von
Erinnerungen an die unvergessen-
e Heimat. Kaffee und Kuchen
und die gegen Abend vom Grill
servierten Steaks und Würstchen
mit selbstgemachtem Kartoffelsal-
at schmeckten wieder köstlich.

Alle Gäste konnten zwischen-
durch am Würfelspiel teilnehmen,
bei dem sich die Gewinner über
Danziger Goldwasser und Sekt
freuen durften. Wer am Bücher-
tisch nach Heimatliteratur stöber-
te, fand bestimmt noch etwas
Interessantes zum Mitnehmen.

Wie am Ende zu hören war, ist
bei den Besuchern vor allem die
familiäre und gemütliche Stim-
mung gut angekommen. Deshalb
soll im nächsten Jahr wieder die
Fahne mit der Elchschaukel über
der Gartenanlage wehen, und die
Preußenschar zum Sommer-Gar-
tenfest einladen. Und dies zum
34. Mal.



MECKLENBURG- VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat,
Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam,
Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten
Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würf-
fel, Scharnhorststraße 2: Treffen
der Kreisgruppe. Gemütlicher
Nachmittag, um über Erinnerun-
gen zu sprechen, zu singen und
zu lachen. Weitere Informationen:
Charlotte Meyer, Kleine Keme-
nadenstraße 4, 19370 Parchim, Tele-
fon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke,
Alter Hessenweg 13, 21335 Lüne-
burg, Telefon (04131) 42684.
Schriftführer und Schatzmeister:
Hilde Pottschie, Volgerstraße 38,
21335 Lüneburg, Telefon (04131)
7684391. Bezirksgruppe Lüne-
burg: Heinz Kutziński, Im Wie-
sengrund 15, 29574 Ebstorf, Tele-
fon (05822) 5465. Bezirksgruppe
Braunschweig: Fritz Folger, Som-
merlust 26, 38118 Braunschweig,
Telefon (0531) 2 509377. Bezirks-
gruppe Weser-Ems: Otto v. Below,
Neuen Kamp 22, 49584 Fürste-
nau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 16. Au-
gust, 15 Uhr, Hotel Bürgerbräu,
Blumenhaller Weg 43, 49080 Os-
nabrück: Frauengruppe.

PAZ wirkt!



Verstehen es, zu feiern: Wiesbadener

Bild: privat



NORDRHEIN- WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer,
Geschäftsstelle: Buchenring 21,
59929 Brilon, Tel. (02964) 1037,
Fax (02964) 945459, E-Mail: Ge-
schaeft@Ostpreussen-NRW.de,
Internet: www.Ostpreussen-
NRW.de

Bielefeld – Montag, 12. August,
14 Uhr, Haus der Diakonie,
Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld:
Heimatinachmittag. Wegen der
Kuchenbestellung ist eine Anmel-
dung bis spätestens fünf Tage vor
dem jeweiligen Termin notwendig
unter Telefon (05202) 5584.

Die Heimatinachmittage finden
jedem zweiten Montag statt.

Köln – Sonnabend, 10. August,
15 Uhr, Brauhaus Köln-Dellbrück,
Dellbrücker Hauptstraße 61: Tref-
fen der Memellandgruppe Köln
zu einer besonderen Veranstal-
tung. An diesem Tag wird Isabelle
Kusari in der Domstadt ein Kon-
zert geben und ostpreußische und
andere deutsche Lieder singen.
Die französische Sopranistin setzt
sich seit Jahren für die deutsche
Kultur ein. Die Veranstaltung dau-
ert rund 45 Minuten. Der Eintritt
ist frei. Es besteht im Anschluss
die Möglichkeit, einen Geldbetrag
zu spenden.

Alle Ostpreußen und Freunde
sind herzlich eingeladen. Weitere
Informationen erhalten Sie bei
Herbert Jaksteit unter Telefon
(0221) 637163.

Wesel – Sonnabend, 17. bis
Sonntag, 18. August, Niederrhein-
halle Wesel: Rastenburger Treffen.

Witten – Montag, 19. August,
15 Uhr, Evangelische Lutherische
Kreuzgemeinde Witten, Luther-
straße 6-10: Treffen.



SACHSEN- ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große
Brauhausstraße 1, 06108 Halle,
Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – 23. August,
14 Uhr, Hof in Letzl: Grillfest auf
dem Knackmuschen.



SCHLESWIG- HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-
Wichmann-Weg 19, 23769 Burg
auf Fehmarn, Telefon (04371)
8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Freitag, 23. August:
Besuch des Dorfmuseums Jarde-
lund mit Kaffeetafel. Anmeldungen
spätestens eine Woche vorher bei
Frau Kunde oder Herrn Legies.

Neumünster – Mittwoch, 14. Au-
gust: Jahresausflug. Mit dem Bus
nach Rendsburg in den Convent-
garten. Abfahrt hinter dem Finanz-
amt am Bahnhof um 13.30 Uhr,
Rückfahrt gegen 17.30 Uhr. Anmel-
den bitte bis 8. August unter Tele-
fon (04321) 82314.

Uetersen – Freitag, 9. August,
15 bis 17 Uhr, Haus Ueters End,
Kirchenstraße 7: Das Diktat von
Versailles 1919 vor 100 Jahren –
und seine Folgen auch für Ostpreu-
ßen. Unser Freund, der Historiker
Manuel Ruoff, PAZ, berichtet.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung von Seite 16

sammenseins ein Vortrag von
Christopher Spatz über die ost-
preußischen Wolfskinder statt.
Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Rag-
nit freut sich besonders, den dies-
jährigen Träger des Ostpreußi-
schen Kulturpreises für Wissen-
schaft für einen Vortrag gewon-
nen zu haben. Der 1982 in Bremen
geborene Historiker hat sich in
seiner Dissertation ausführlich
mit dem Schicksal der Wolfskin-
der befasst und in seinem Buch
„Nur der Himmel blieb derselbe.“
Ostpreußens Hungerkinder er-
zählen vom Überleben“ seine For-
schungsergebnisse und Inter-
views mit Betroffenen für ein
breites Publikum im Jahr 2016
veröffentlicht. Der Vortrag ist für
alle Interessierten offen und ein-
trittsfrei.



TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Ri-
chard-Wagner-Straße 30, 19059
Schwerin. Stellvertreter: Mattias
Lask, über Gerhart-Hauptmann-
Haus Düsseldorf. Geschäftsfüh-
rer: Ronny Haase, Nöhringswin-
kel 1, 14959 Trebbin. Der Heimat-
kreis im Internet: www.treub-
burg.de.

Heimatkreistreffen

Hagen (Westf.) – Sonntag,
25. August, 11 Uhr, Hotel Mercu-
re, Wasserloses Tal 4, 58093 Hage-
n: Kreistreffen gemeinsam mit
den Lycker Heimatfreunden.

Alle Seiten »Heimarbeit«
auch im Internet

Sehr gefragt

Sensburger erhalten Bruderhilfe (Teil 1)

**In diesem Sommer reiste eine
Delegation der Sensburger Kreis-
gemeinschaft nach Ostpreußen,
um die Bruderhilfe auszahlend.
Allein die Vorbereitungen neh-
men viel Zeit in Anspruch.**

Vorarbeiten für die Auszahlung
der Bruderhilfe müssen lange im
Voraus geplant werden, damit
die eigentliche Aktion später rei-
bungslos verlaufen kann. Bereits
Anfang des Jahres leiteten die
Verantwortlichen die ersten
Schritte bezüglich der diesjähri-
gen Planung und Vorbereitungen
ein. Nachdem durch die Mel-
dung der Landmannschaft Ost-
preußen feststand, die Summe
des Vorjahres werde uns für die
in der Heimat verbliebenen
Deutschen im Kreis Sensburg
auch für 2019 zur Verfügung ste-
hen, konnte die Kreisgemein-
schaft letztlich handeln.

Erste Überlegungen wurden
angestellt, bei denen es um die
Feststellung der Bedürftigkeit des
aufgeführten Personenkreises
geht. Außerdem wird erwartet,
dass die Empfänger der Bruder-
hilfe sich positiv zum Deutsch-
tum bekennen. Davon gehen vor
allem die Spender der Bruderhilfe
aus. Ehemalige Sensburger
sind dabei. Sie vergessen ihre
Landsleute in der Heimat nicht.

Natürlich galt es, zuerst Nicht-
bedürftige oder Verstorbene von
der Liste zu entfernen, Neuzugän-
ge aufzunehmen. Nach der end-
gültigen Erstellung der Listen er-
hielten die dort Aufgeführten eine
angenehme Überraschung aus
Remscheid. Ein Brief unserer Ge-
schäftsstelle brachte vielen älte-
ren Menschen, überwiegend

Frauen, die freudige Nachricht
über Ort und Termin der Auszah-
lung, die letztlich höher ausfiel als
erwartet. Unsere Kreisgemein-
schaft hatte auch für dieses Jahr
Mittel zur Verfügung, die Bruder-
hilfe um ein Drittel aufzustocken.

Klaus Schütz unternahm be-
reits Ende Mai dieses Jahres
abermals mit reiselustigen Sens-
burgern und deren Angehörigen,
die überwiegend in der Nähe
von Remscheid wohnen, eine
Busfahrt nach Sensburg. Wäh-
rend dieser Zeit hatte er sich ein-
en Nachmittag von seiner Trup-
pe freigemacht, um die Region
Peitschendorf mit der Bruderhil-
fe zu versehen, da er selbst aus
Peitschendorf stammt. Anfang
Juni reisten dann die beiden be-
auftragten Helfer der Kreisge-
meinschaft, Manfred Buchholz
und Gerhard Zielinski, mit ihren
privaten Fahrzeugen nach Sens-
burg. Dort bezogen sie ihr Quar-
tier im deutschfreundlichen Ho-
tel Huszcza, das von deutschen
Urlaubern gern besucht wird.
Das Hotel ist zentral gelegen, in
unmittelbarer Nähe des Schoß-
Sees. Die Auszahlungsstellen der
Bruderhilfe konnten von dort aus
mit dem eigenen Auto leicht
erreicht werden. Es waren dies die
Pfarrräume in Sorquitten und Ni-
kolaiken, die uns bereits seit eini-
gen Jahren von Pfarrer Mutsch-
mann und Pfarrer Juroszek dafür
überlassen werden. Da in Niko-
laiken gleich zu Beginn alle Ein-
geladenen gemeinsam anwesend
waren, hatte es sich ergeben, ih-
nen eine Begrüßungsansprache
zu halten. Anschließend kamen
wir mit ihnen in ein informatives
Gespräch. M.B.

Anzeigen

Liebe Mama, jetzt bist Du erlöst und kannst wieder bei Papa sein.

Brunhilde Mahn

geb. Groehn

* 8. 10. 1931

† 25. 7. 2019

Mykossen / Ostpreußen
gewohnt in Ahrenswalde / Arys

Horst



Danke für alles

**Monika und Eckhard
Angelika und Hartmut
Sabine und Rolf
Karsten und Anika
Tim und Saskia mit Niklas
Nico und Signe
Eileen
und alle, die sie gernhatten**

Horst, den 9. August 2019

Kondolenzadresse: Bestattungen Johannes Konetzny GmbH, Köhnholz 24, 25336 Elmshorn

Die Beisetzung hat am Freitag, dem 2. August 2019, auf dem Ev. Friedhof in Elmshorn stattgefunden.



In tiefer Trauer und voll Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer langjährigen 2. Vorsitzen-
den und Schatzmeisterin

Karin Leon

* 26. Januar 1940

† 24. Juli 2019

Mulden, Kreis Gerdaun

Hannover

Mit ihr verlieren wir eine treue Ostpreußin, die sich durch ihr großes Engagement um den Kreis
Gerdaun verdient gemacht hat. Als 2. Vorsitzende (1999–2006 und seit 2015), kommissarische
Kreisvertreterin (2001), Schatzmeisterin (seit 2006), Leiterin der Geschäftsstelle (2001–2005),
Mitglied des Vorstandes (1999–2006 und seit 2015), des Beirates (2007–2015) und des Kreistages
(seit 1999) sowie Kirchspielvertreterin von Löwenstein (1999–2007) und Groß Schöna (seit 2007)
stellte sie sich in den Dienst für unseren Heimatkreis. Dafür wurde sie mit dem Ehrenzeichen der
Landmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Heimatkreisgemeinschaft Gerdaun e.V. Stiftung Kreis Gerdaun

Historisch-Genealogische Forschungsgemeinschaft GIRDAWE

Walter Mogk, Kreisvertreter und Stiftungsratsvorsitzender
Brigitte Havertz-Krüger, 1. Sprecherin GIRDAWE

»Lieder für die Ewigkeit«

Zum 50. Todestag der Sängerin Alexandra lud der Verein Alexandra-Freunde e.V. zu zwei Veranstaltungen ein

Im Herzen ihrer Fans lebt die am 31. Juli 1969 tödlich verunglückte Chansonsängerin Alexandra weiter. Anlässlich ihres 50. Todestags trafen sich Mitglieder und Freunde des Alexandra-Freunde-Vereins e.V. zu Gedenkveranstaltungen in Hamburg und im schleswig-holsteinischen Tellingstedt.

Am 3. August war es soweit: Drei Tage nach dem Todestag trafen sich am Rothenburgsorter Marktplatz 5 im Hamburger Stadtteil Rothenburgsort um 16 Uhr Mitglieder des Alexandra-Freunde-Vereins e.V. an der Gedenktafel, die vor drei Jahren mit Unterstützung der SPD-Bezirksfraktion dort angebracht worden war, zu einer Gedenkveranstaltung. Es ist das Haus, in dem die aus Heydekrug im Memelland stammende Sängerin von 1961 bis 1969, mit Unterbrechungen, wohnte. Mit vor Ort war ein Fernseherteam des NDR, das Aufnahmen für das „Hamburg-Journal“ machte. Die älteste Teilnehmerin kannte Alexandra noch von früher. Sie war eine Nachbarin. Ebenfalls persönlich gekannt hat sie Uwe Otten. Als Reisesekretär für das Hazy-Osterwald-Sextett war er damals für die Organisation einer Russlandtournee zuständig, an der die Neuentdeckung Alexandra teilnehmen durfte.

Der Biograf und Filmregisseur Marc Boettcher präsentierte vor dem Haus den Titelfotografen für seine in Arbeit befindliche erweiterte Alexandra-Biografie. Er wurde von einem bekannten Porträtkünstler entworfen und besteht komplett aus den Wörtern von Alexandra-Liedern. Boettcher hat bereits zwei Biografien über den Star der ausgehenden 60er Jahre geschrieben und einen anderthalbstündigen Film über das Leben der Künstlerin gedreht, der mehrfach im NDR ausgestrahlt wurde.

Der Zufall wollte es, dass sich gerade die heutige Bewohnerin von Alexandras Wohnung im dritten Stock im Eingang des Hauses aufhielt, als das NDR-Team dort filmte. Die junge Frau stimmte zu, das Team nach oben zu begleiten. Dabei kam ein interessantes Gespräch zwischen der Bewohnerin und einigen Fans zustande.



Hommage an Alexandra: Marc Boettcher, mit dem Entwurf des neuen Titelfotos in Händen, Zeitzeuge Uwe Otten und ein Fan vor dem Wohnhaus der Sängerin (oben, v.l.). Die Sängerin Larissa Pintora trug Lieder am neuen Straßenschild vor (l.), und Larissa Strogoff (r.) gab am Abend ein Konzert mit Alexandra-Liedern

Bilder: MRK

Die Hamburger Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (SPD) und Petra Beyerlein von der SPD-Fraktion Hamburg-Mitte trafen ebenfalls vor der Gedenktafel am Rothenburgsorter Marktplatz 5 ein. Nach einer kurzen Ansprache unternahmen die Politikerinnen gemeinsam mit den Anwesenden einen Spaziergang zum „Alexandra-Stieg“, um dort das dritte Straßenschild feierlich zu enthüllen. Die beiden ersten waren bereits 2007 anlässlich des

65. Geburtstags der Sängerin angebracht worden. Zum Entsetzen aller waren inzwischen sowohl das Tuch, mit dem das Schild verhüllt war, als auch der vordere Teil des Straßenschildes verschwunden. Veit nahm es positiv: Alexandra habe große Bedeutung, wenn jemand das Schild als Trophäe mitgehen ließe. Sie versprach, dass die Stadt umgehend für Ersatz sorgen werde. Den Alexandra-Stieg kreuzt an dieser Stelle, an der eine Brücke den

Stadtteil Rothenburgsort mit dem Elbpark Entenwerder verbindet, ein viel befahrener Fahrradweg. Als Überraschungsgast stieß die Pianistin und Sängerin Larissa Pintora mit ihrer Gitarre in der Hand zur Gruppe und sang drei bekannte Alexandra-Lieder.

Als Höhepunkt des Tages darf das Konzert „Lieder der Ewigkeit“ von Larissa Strogoff bezeichnet werden, die von Vereinsmitglied Bernhard Carolus an der Orgel begleitet wurde. In der fünf-

ten Etage des Evangelischen Altenwohnheims Billwerder Bucht mit Terrasse sowie herrlichem Blick aufs Wasser und die Innenstadt bis zum Hamburger Michel sang die Künstlerin Chansons von Alexandra. Wenn man die Augen schließt, könnte man denken, es sei Alexandra, die da singt. Stroffoff hat eine ähnlich dunkle, unter die Haut gehende Stimme.

Allerdings legt die Chansonkünstlerin Wert darauf, nicht als zweite Alexandra gesehen zu werden. Sie kopiere Alexandra nicht, sondern adaptiere sie. Die Künstlerin aus Nordrhein-Westfalen hat in der Tat ihren eigenen Stil. Sie komponiert und textet selbst Chansons mit Tiefgang. Ihr besonderes Interesse gilt der russischen Zigeunerfolklore. Als Enkelkind einer russischsprachigen Großmutter beherrscht sie selbst die russische Sprache. Stroffoff tritt in weit schwingenden Doppelbahnrocken auf, wie sie die Roma zu Zeiten Katharinas der Großen in Russland trugen. Im Zarenreich, so erzählte sie, wurden die Zigeuner nicht verfolgt oder vertrieben, sondern es habe zum guten Ton gehört, mindestens ein Zigeunerensemble am Hof zu beschäftigen.

Obwohl das dreiköpfige NDR-Team schon viele Szenen im Kasten hatte für seinen nur zweieinhalbminütigen Beitrag, zog Stroffoff die drei Männer in ihren Bann. Sie gingen erst, als die Sängerin extra für sie die drei bekanntesten Alexandra-Lieder gesungen hatte.

Für die Anwesenden war der Abend noch nicht zu Ende. Barbara Beu moderierte, und sie verlas in den Konzertpausen die Grußworte derjenigen, die nicht teilnehmen konnten. Sohn Alexander Skovitan lebt in den USA. Er schrieb, dass berufliche Verpflichtungen ihn vom Kommen abhielten, er sich aber freue, dass auch 50 Jahre nach ihrem Tod immer noch der Künstlerin Alexandra gedacht werde. Ebenso sandten die Cousins Marleen Zaus und Renate Scholten Grübe, die beide aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen konnten. Marleen erinnerte sich wehmütig an die letzte Begegnung mit ihrer Cousine. Von der Familie war als einziger Cousin Horst Lessing anwesend. Er gab eine Anekdote aus Alexandras jungen Jahren zum Besten, als sie noch

ihren Mädchennamen Doris Treitz trug.

Uwe Otten erzählte, wie ihm Alexandra während der Russlandtournee ans Herz gewachsen war. Im ausverkauften Leningrader Sportpalast war sie erstmals vor 10 000 Zuschauern aufgetreten. In ihrem legendären grünen Samtkleid stand sie auf der Bühne. Sie tanzte und sang wie ein Profi.

Marc Boettcher berichtete von seinem neuen Filmprojekt, das ebenfalls im Zusammenhang mit Alexandra steht. Er plant ein Porträt über die polnisch-jüdische Künstlerin Belina, die in Hamburg lebte und deren Auftritte Alexandra inspiriert haben. Belina sang Chansons und internationale Folklore in 20 verschiedenen Sprachen. Das hebräische Lied „Erev she shoshanim“ übernahm Alexandra aus Belinas Repertoire.

Einen Gruß besonderer Art ließ der berühmte Komponist Hans Blum übermitteln. Da der 91-jährige die weite Anreise aus Overath nicht auf sich nehmen konnte, schickte er eine Tonaufnahme, in der er über seine erste Begegnung mit Alexandra erzählte. Währenddessen liefen Bilder von Alexandra über einen Bildschirm. Ihr großer Hit „Zigeunerjunge“ lag bei Blum damals in der Ablage mit den Ladenhütern, die er der jungen Sängerin zur Durchsicht gab. Zielsicher griff sie das Lied heraus, das sie berühmt machen sollte. Anlässlich des 50. Todestags hatte Blum ein Lied auf Alexandra geschrieben, dessen Inhalt sehr zu Herzen ging.

Der fröhliche Teil des Alexandra-Gedenktreffens klang am späten Abend mit dem Lied „Erstes Morgenrot“ aus.

Am nächsten Tag, dem 4. August, folgte in Tellingstedt in Schleswig-Holstein am Gedenkstein, den der Verein 2006 am Unfallort aufstellen ließ, der ernstere Teil der zweitägigen Veranstaltung. In Anwesenheit des stellvertretenden Bürgermeisters Manfred Dahl, Horst Lessing und treuen Vereinsmitgliedern, die die Anreise nicht scheuten, wurde an den tragischen Unfall erinnert, bei dem Alexandra und ihre Mutter das Leben verloren.

Die Künstlerin Larissa Pintora trug ihre Version von Alexandra-Liedern unter freiem Himmel vor, sich selbst am Klavier begleitend.

Manuela Rosenthal-Kappi

Hässliche Konturen des Sowjetsystems

Heinz Timmreck legt dritten Band mit Erlebnisberichten von Flüchtlingen aus Ostpreußen vor

Ostpreußen im Januar 1945: Die große Flucht beginnt, die Menschen sind ratlos, nicht selten kopflos. Kälte und Schneetreiben überall. Im Bahnhof Grünhagen an der Strecke Elbing-Güldenboden-Maldeuten gibt es am 23. Januar gegen zwei Uhr einen Auffahrunfall: Ein Zug mit Flüchtlingen prallt auf einen im Bahnhof stehenden Lazarettzug, es gibt Tote und Verletzte, deren genaue Zahl niemals festgestellt werden konnte.

Unter den Überlebenden befindet sich auch ein Junge aus Buchwalde südlich von Osterode. Sein Name ist Heinz Timmreck. 65 Jahre nach der Katastrophe wird er seine Erinnerung in zwei Büchern zusammenfassen: „Letzte Flüchtlingszüge aus Ostpreußen“ (2011) und „Flucht mit der Bahn 1944/45“ (2014) enthalten neben allerhand Zeitzeugenberichten und Hintergrundinformationen auch eigene Erlebnisse des Autors. Der Ergänzung der vorgenannten Werke

dient der jetzt vorliegende dritte Band „Missglückte Flucht Januar 1945“ mit dem sperrigen Untertitel „Die Zugkatastrophe bei Grünhagen im Januar 1945 als Beispiel der Unterschiede in den nationalen Gedächtnissen und Flucht im Januar 1945“.

Dieser enthält neben einer Handvoll weiterer interessanter Erlebnisberichte eine zweisprachige Abhandlung (deutsch und polnisch) von Tomasz Gliniecki, der als Historiker unter anderem für das „Museum Zweiter Weltkrieg in Danzig“ tätig war und nach Bekanntwerden seiner Vertriebenenpublikationen dort im Februar 2018 geschasst wurde. Der Beitrag von Gliniecki befasst sich mit den Aufzeichnungen und Lageberichten der Rotarmisten, die in Ostpreußen im Januar 1945 kämpften, und vergleicht sie mit den bisher bekannten Veröffentlichungen in der deutschsprachigen Literatur und in den Archiven des Bundes sowie des Lastenausgleichs.

Neue Erkenntnisse zum Grünhagener Unfall enthält der Beitrag nicht. Neigen wissenschaftliche Abhandlungen für nicht-akademisch vorgebildete Leser mitunter zur Langeweile, wird dieser Effekt hier noch verstärkt durch die allzu wörtliche (manchmal auch sinntstellen-

Erinnerungen
auch zweisprachig

de) Übersetzung. Ein besseres Lektorat hätte den umständlichen Text straffen und so auf die Hälfte kürzen können. Der Leser kämpft sich entnervt durch Bandwurmsätze und Dienstgrade der sowjetischen Armee, die ihm nichts sagen, und muss dazu noch die Zitate aus den Berichten der Militärführer bewältigen, die eher verschleiern als erläutern wirken.

Allerdings liegt hier auch das Verdienst Glinieckis: Je länger man „durchhält“, umso schärfer erkennt man die hässlichen Konturen des Sowjetsystems, wenn nämlich das massenweise Überfahren von Fluchtwagen mit Menschen und Pferden durch sowjetische Panzer damit entschuldigt wird, dass in den Wagen Waffen und Raketen „hätten sein können“ (nicht: „waren“!), und das wahllose Erschießen von Flüchtlingen damit, dass sie den Vormarsch der Roten Armee „sabotieren“ wollten, indem sie die Straßen künstlich verstopften. Was in der einschlägigen deutschen Literatur bereits angedeutet und von Zeitzeugen berichtet wurde, findet in den Archiven der Sowjetarmee hier eindrucksvolle Bestätigung: Die Rote Armee beging in Ostpreußen am laufenden Band unzählige Kriegsverbrechen, auch und gerade an wehrlosen Zivilisten, was den Tatbestand eines Völkermordes erfüllt.

Ob die acht reproduzierten Aktenauszüge in russischer Sprache und kyrillischer Schrift wirklich notwendig gewesen wären, weiß allein der Autor. Der Schreiber dieser Zeilen ist der russischen Sprache nicht mächtig, und der Mehrheit der Leserschaft dürfte es ähnlich gehen. Erfreulich hingegen ist, dass der hintere Teil des Buches eine Reihe einigermaßen aussagekräftiger

Fotos aus Privatsammlungen enthält.

Fazit: Das Buch ist nicht ganz leicht zu lesen, kann aber durch die Betrachtung der sowjetischen Armeeberichte als kleiner Mosaikstein zu einem Gesamtbild des Kriegsendes beitragen. Wer die beiden ersten Bände bereits besitzt, kann die Reihe mit dem dritten Band gut ergänzen.

Rainer Claßen



Heinz Timmreck (Hg.): „Missglückte Flucht im Januar 1945. Die Zugkatastrophe bei Grünhagen im Januar 1945 als Beispiel der Unterschiede in den nationalen Gedächtnissen und Flucht im Januar 1945“, Books on Demand, Norderstedt 2018, gebunden, 88 Seiten, 17,99 Euro

Fayencekunst aus Vorpommern

Joachim Ulrich Giese zum 300. Geburtstag am 6. September



Joachim Ulrich Giese, Ölportrait von Georg David Matthieu, 1762 - 1764 entstanden.

schon Marktführers innehatte. Erhaltene Erzeugnisse dieser Manufaktur befinden sich heute als kunsthistorische Kostbarkeiten außer im Kulturhistorischen Museum von Stralsund und dem Heimatmuseum auf Hiddensee noch im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald, im St.-Annen-Museum in Lübeck und in den maßgeblichen Museen in Stockholm sowie Kopenhagen. Trotzdem ist dieses interessante Kapitel vorpommerscher Kunstgeschichte inzwischen in der breiten Öffentlichkeit Mecklenburg-Vorpommerns weitgehend unbekannt.

Der Vater der pommerschen Fayencekunst wurde am 6. September 1719 in Stralsund geboren. Als Vater ist Joachim Heinrich Giese überliefert, der durch Korn- und Wechselhandel zu großem Wohlstand gelangt war. Die Mutter wiederum war der Überlieferung nach sehr kunstinteressiert und als Hobbykünstlerin tätig. Beim Sohn kamen offenbar väterlicher Geschäftssinn und mütterlicher Kunstsinns zusammen. Er erhielt eine umfassende Bildung, wurde schon früh in die Geschäfte des Vaters einbezogen und dann auf weiterführende Studienreisen nach England und in die Niederlande geschickt. Dabei erlebte er auch die Delfter Fayenceproduktion. Das ließ ihn nicht mehr los. Mit Folgen. Doch zunächst musste der Plan einer eigenen Herstellung warten. Der Vater starb. Der Sohn übernahm das Geschäft, veränderte die Schwerpunkte auf Bankgeschäfte und heiratete die um einige Jahre jüngere Sophie Elisabeth von Schwerin, die die künstlerische Orientierung der Gieses vor allem durch ihre Musikalität ergänzte. Giese gedieh zum maßgeblichen Bankier Stralsunds und dann auch Vorpommerns, leg-

te seinen wachsenden Reichtum in Ländereien bis hin zum Kauf großer Flächen auf der Insel Hiddensee an und führte mit seiner Frau in Stralsund ein großes Haus, wo Gäste und Musikaufführungen die Regel waren. Mehr noch. Er wurde städtischer Münzdirektor, erschloss auf Hiddensee, wo er einen Zweitwohnsitz errichten ließ, Tonvorkommen, und erwarb nun von der Stadt am 19. September 1755 die Konzession zur Führung einer Fayencemanufaktur in Stralsund.

Nun legte er so richtig los. In der Triebseer Straße 24 bis 26 wurden zunächst zwei und dann drei Brennöfen eingerichtet, wo bald bis zu 57 Arbeiter unter der Leitung des angeworbenen Fayencekünstlers Johann Georg Buchwald beschäftigt waren. Auf Hiddensee wurde der Abbau des Tons aus der eigenen Grube unter Leitung von Bernhard Nicolaus Weigel von 10 bis 15 Arbeitern betrieben, in Schlemmkästen unreine Bestandteile entfernt und nach Stralsund verschifft. Da nach der deutschen Porzellanerfindung die Porzellanproduktion noch in den Kinderschuhen war, waren preiswertere Fayencen als verfeinertes Steingut europaweit gefragt. Für Giese, der zudem auf hohe Qualität achtete, ein lohnendes Zusatzgeschäft, das seinen Reichtum mehrte. Er produzierte Luxusware mit „satten Farbtönen“, verkaufte sein Fayencegeschirr und seine Fliesen über Nord- und Mitteldeutschland hinaus in ganz Nordeuropa und statete Zimmer seines Herrenhauses auf Hiddensee mit Fayencekacheln aus, die heute anteilig zum Bestand des Stralsunder Museums gehören. Doch Giese gab Schweden einen großen Kredit, den er nur mit großer Verspätung und letztlich nur anteilig

zurück erhielt. Die damit verbundenen Verluste und der Siebenjährige Krieg, der den Vertrieb erschwerte, bewogen den Bankier zum Verkauf der Fayencefabrik an Johann Ehrenreich, der zuvor eine ähnliche Manufaktur im schwedischen Marienberg geführt hatte und dann die Stralsunder Produktion nochmals steigerte. Zeitweilig waren mit den Arbeitern auf Hiddensee über 100 Beschäftigte für das aufstrebende Unternehmen tätig. Das war damit der größte Betrieb Stralsunds. Nach 1772 kaufte Giese seine Fayencemanufaktur zurück.

Doch ihm blieben nur noch wenige Jahre. Immer öfter suchte der rastlos tätige Geschäftsmann auf seinem Landgut Niederhof bei Stralsund mit einem beeindruckenden Park Erholung. Parallel sank der Absatz des Fayencegeschirrs wegen der wachsenden und immer preiswerteren Porzellanproduktion. Darüber starb Giese am 4. März 1780 in Stralsund. Er wurde 60 Jahre alt und fand auf dem Kirchplatz von Brandshagen, dem Kirchdorf seines Landgutes Niederhof, seine letzte Ruhe. Die Witwe Giese zog sich nun immer öfter in das Herrenhaus in

Kloster auf Hiddensee zurück, wurde nach ihrem Tod 1796 neben ihrem Mann in Brandshagen beerdigt und von Johann Friedrich Zöllner in dessen Buch „Reise durch Pommern nach der Insel Rügen“, das 1791 erschien, in einigen Passagen literarisch verewigt. Der Maler Georg David Matthieu, Hofmaler in Mecklenburg-Schwerin, schuf zudem einige Ölporträts von Joachim Ulrich Giese, die erhalten blieben. Von den 13 Kindern der Familie Giese überlebten sieben ihren Vater.

Martin Stolzenau

Terrinen mit „schwedischem Muster“, links „japonische“, rechts „teutsche“ Blumen, im Stralsund Museum

Foto: Klugschnacker, Wikipedia



Stralsund Museum wird für Umbau geschlossen



Foto: Rödel

Aktuell kann das Museum noch besucht werden, u.a. die Ausstellung Wikingergold. Majestätisch und geheimnisvoll schimmert es unter den gotischen Gewölben des Katharinenklosters: das Wikingergold des STRALSUND MUSEUM. www.stralsund-museum.de

Die größte Schau zur Stralsunder Stadtgeschichte wird ab Herbst überraschend für anderthalb Jahre vollständig geschlossen. Grund dafür seien umfangreiche Bau- und Sanierungsarbeiten im Stralsund Museum, sagte Stralsunds Oberbürgermeister Alexander Badrow (CDU). „In der Planung hat sich gezeigt, dass wir uns den Wunsch, im Stralsund Museum zu bauen und das Haus gleichzeitig für die Besu-

cher offen zu halten, nicht erfüllen können“, begründete er die Entscheidung.

Im Zuge der Arbeiten soll die Barrierefreiheit der Einrichtung verbessert werden. Zudem sollen weitere mittelalterliche Räume im Kloster saniert werden. „Wir schaffen neue Sanitär- und Garderobebereiche für den Besucherservice. Die Ernst-Moritz-Arndt-Schule wird innen komplett saniert und für die Bildungsarbeit des Museums nutzbar gemacht. Das sind umfangreiche Aufgaben, die die Situation für Besucher, aber auch für die Mitarbeiter verbessern werden und unser Museum einen großen Schritt voranbringen“, führte Badrow die anstehenden Maßnahmen weiter aus. Die Arbeiten sollen im Herbst dieses Jahres beginnen. Für diesen Jahresabschluss erhält Stralsund vom Bund Städtebaufördermittel in Höhe von vier Millionen Euro.

Badrow: „Wir wollten das Museum ursprünglich trotz Bauaktivitäten öffnen, indem wir den Besucheingang in den Remter verlegen.“ Dies hätte allerdings ein Risiko für Remter sowie wertvolle Wand- und Deckenmalereien bedeutet, das die Stadtverwaltung nicht eingehen wolle. Der Schutz des Kulturgutes habe „oberste Priorität“, sagte Badrow. Während der Baumaßnahmen seien Erschütterungen, Staubbelastung, Raumklimaveränderungen, Temperaturschwankungen nicht zu vermeiden.

Insgesamt komme die Stadtverwaltung bei der schrittweisen Erneuerung des Museums gut voran. „Diese Erneuerung betrifft den Kulturstandort Katharinenkloster insgesamt, auch das Deutsche Meeresmuseum wird in den nächsten Jahren bauen“, sagte Badrow. Dort sollen 15 Millionen Euro, die je zur Hälfte von Land und Bund bezahlt werden, investiert werden, um die Ausstellung völlig neu zu arrangieren. Auch das Meeresmuseum wird während der Bauphase schließen.

Badrow zufolge wolle die Stadtverwaltung mit dem Stralsund Museum wieder „ans Netz gehen“, wenn das Meeresmuseum geschlossen ist, sodass „wir im Katharinenkloster gewährleisten können, dass Stralsunder und Gäste in den nächsten Jahren dort immer ein Museumsangebot vorfinden“.

Christian Rödel

Katharinenkloster & Museumshaus
Stralsund, Mönchstraße 38
Dienstag - Sonntag 10:00 17:00 Uhr

Ostseebad Fischerkathen

So war es damals ...
Aus dem Reichs-Handbuch der Deutschen Fremdenverkehrsorte von 1936. (Postkarten: Privat)

Fischerkathen über Greifenberg (Pommern) ist ein kleines, stark im Aufblühen begriffenes Bad, zwischen Ostseebad Horst und Deep gelegen, und ist in 2 - 3 Stunden von Stettin mit der Haupt- und Kleinbahn zu erreichen. Fischerkathen ist Kleinbahnstation.

Der Strand und Meeresgrund bestehen aus steinfreiem Sand. Der Badestrand geht allmählich und gleichmäßig zur Tiefe und bietet somit jedem, Groß und Klein, ungefährliches Baden. Fischerkathen ist Freibad, ungezwungen kann jeder Erholungsuchende nach seiner Gewohnheit leben. Der hinter hohen Dünen liegende, meilenweite, mit allerlei Wild- und Vogelarten belebte urwüchsige Nadelwald mit den beliebten Ausflugszielen nach der Kir-



Fischerkathen an der Ostsee
Altes Bauernhaus mit Schornstein

chenruine Hoff und den benachbarten Badeorten Horst und Rewahl sowie Deep, nach der Liebelose, nach dem Bunten Berg und der Königsdüne mit anschließendem Königsberg, mit der schönen Aussicht in die herrliche Umgebung bietet Anregung zu angenehmen Spaziergängen und Wanderungen.

Infolge der Waldungen, in denen



Fischerkathen a. d. Ostsee Strand

das Seebad Fischerkathen liegt, ist das Klima auch im Frühjahr, Herbst und Winter milde und wegen der gesunden Wald- und Seeluft der Aufenthalt zu jeder Jahreszeit besonders Erholungsbedürftigen und Genesenden sehr zu empfehlen. Im Winter kann man in Fischerkathen wegen der sich im Walde hinziehenden Anhöhen auch Wintersport treiben. Ebenfalls bietet sich Gelegenheit zum Angelsport.

Sommer und Winter geöffnet, finden Gäste in gutbürgerlichen Hotels, Pensionen und Privathäusern angenehmen Aufenthalt.

Unterkunft: Haus Raspe, Haus am Meer, Strandhaus Vaterland, Pension Villa Möve, Deutscher Hof, Pensionshaus Edith, Yvonne, Horn, Hubertus, Hermana, Johanna, Seeblick, Margarete, Emirose, Glückauf, Deutsche Eiche, Sonnenwinkel, Gertrud, Holz, Lindemann und andere.

Heute heißt Fischerkathen Pogorzelica

BS

Frau Doktor zittert

Zittern vor Angst (Nr. 27)

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat seit Kurzem in der Öffentlichkeit Zitteranfalle. Eva Herman meint in Ihrem Gastbeitrag, die Ursache für das Zittern könnte Angst sein. Wovor könnte denn Merkel Angst haben? Aus dem Artikel kann ich es nicht entnehmen. Ich nehme auch an, dass Merkel vor Angst zittert. Sie zittert davor, dass jemand ihre Doktorarbeit veröffentlichen könnte (vielleicht Putin). **Gerhard Wagner, Ratingen**

Nicht en vogue

Zu: Attacken gegen Hohenzollern (Nr. 30)

Da sieht man einmal mehr, wie lange sich alliierte und sozialistische Negativpropaganda der letzten 100 Jahre in den Köpfen des linken Polit-Establishments festgesetzt hat. Das Haus Hohenzollern war seit dem Großen Kurfürsten der entscheidende Faktor und die treibende Kraft bei der Einigung Deutschlands.

Auch wenn der Hintergrund dabei anfangs wenig patriotisch-ideell sondern eher ein realpolitischer war, war der Weg geebnet. Man war 1871 preußischerseits sogar dazu bereit, Preußen im Reich aufgehen zu lassen, um das Deutsche Reich aus der Taufe zu heben.

König Wilhelm I. sagte kurz vor der Kaiserproklamation: „Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens. Da tragen wir das preußische Königtum zu Grabe.“ Und nach allem, was diese Familie nicht nur politisch, sondern auch kulturell für dieses Land geleistet hat, verweigert man ihnen ein Wohnrecht in einem der Schlösser, die durch sie selbst damals gebaut und noch bis Kriegsende bewohnt wurden. Ich persönlich finde es eine Schande.

Die Länder Berlin und Brandenburg verdienen jährlich Millionen mit dem preußischen Kulturerbe. Was spricht dagegen, dem bayerischen Vorbild zu folgen? Medien und Politik sollten lieber mit dem gebührenden Anstand und Respekt auf das Anliegen des Prinzen von Preußen reagieren anstatt mit Hohn und Spott. Aber Anstand und Respekt sind in der heutigen Zeit leider nicht mehr en vogue. **Andreas Stoll, Halle (Saale)**

»Saarfranzosen« gab es nur in der Phantasie der Franzosen

Zu: Ewiger Zankapfel an der Saar (Nr. 27)

Der Autor schreibt (über die vor 60 Jahren abgeschlossene „Saarlandfrage“, d. Red.): „Deutsch und Französisch sprechende Bewohner standen sich feindlich gegenüber.“ Das suggeriert doch dem unbefangenen Leser, im Saargebiet habe es 1919 eine französischsprachige Minderheit gegeben. Das ist grundfalsch: Zum Zeitpunkt der Übernahme durch den Völkerbund gab es im gesamten Saargebiet (das Territorium heißt erst seit 1947 Saarland, weil

Frankreich pfläzischen Boden hinzuschlug) genau 78 Menschen mit französischer Muttersprache und französischer Staatsangehörigkeit unter über 800 000 Einwohnern. Das waren weniger Franzosen als in München gemeldet waren.

Offenbar wirken hier die Lügen von Clemenceau nach, der in Versailles von 100 000 „Saarfranzosen“ faselte. Die Sprachgrenze verlief von Saarbrücken bis 1945 mehr als 50 Kilometer weiter westlich.

Um auch den Ostpreußen die Problematik zu verdeutlichen: Die

Sprachgrenze begann am Donon, lief nordöstlich der Quellflüsse der Saar durch das Gebiet der großen Weiher bis Albesdorf, lief sodann südlich von Großtänchen und Falkenberg dem Forste von Remilly zu, näherte sich der deutschen Nied und überschritt sie beim Zusammenfluss mit der französischen. Westlich Bolchen lief sie dann am Nordrand des Waldes von Villers entlang zur Mosel hin, überschritt sie südlich Diedenhofen (Thionville) zwischen den Dörfern Ückingen und Buß, dann wendete sie sich nach Nordwesten, ließ Fentsch westlich

liegen und erreichte südlich Esch die luxemburgische Grenze.

Die deutschsprachigen Ostlothringer waren alemannisch-fränkischer Mundart. An der Saar und in der Pfalz wird derselbe Dialekt gesprochen. Durch staatliche Repressionspolitik vermochte es der französische Staat Sprach- und Staatsgrenze zur Identität zu bringen. Vom Zentrum Saarbrückens bis auf französisches Gebiet braucht man keine fünf Minuten. Den Gebrauch der deutschen Sprache sollte man bereits in Forbach vergessen. **Markus Krämer, Allendorf/Eder**

Richter-Karriere

Zu: Kapitulation unseres Rechtsstaates (Nr. 29)

Erschreckt hat mich der derzeitige Zustand unseres Rechtssystems, das mit einem Rechtsstaat wirklich nichts mehr zu tun hat. Noch erschreckender sind die Zukunftsaussichten, wenn in rund zehn Jahren 40 Prozent der Beschäftigten im richterlichen und staatsanwaltschaftlichem Dienst in den Ruhestand gehen und durch Neuzugänge lange nicht ersetzt werden können. Und das in Kombination mit dem fahrlässigen Niedergang der Polizei, die von bestimmten Gruppen in diesem Land kaum mehr respektiert wird und immer mehr zum zahllosen Tiger degeneriert.

Schon jetzt scheint es, dass es eine grundlegende selektive Unterscheidung in diesem „Rechtsstaat“ gibt: Taten von „Rechts“ – oder was mit diesem Begriff alles etikettiert wird – werden noch mit der vollen „Härte des Gesetzes“ verfolgt. Alles, was nicht in diese Schublade passt, wird mit Samthandschuhen gestreichelt. So zumindest empfinden das immer mehr Menschen, die den Glauben an Gerechtigkeit in diesem Land lange verloren haben.

Doch diesen Unterschied nehmen die Staatsanwälte und Richter vermutlich nicht aus eigenen Stücken vor. Vermutlich gibt es direkte oder wenigstens diskrete „Empfehlungen und Weisungen“, die erfüllt werden müssen, wenn einem die eigene Karriere lieb ist.

Wer sind diese „Empfeher“? In einem klar definierten Hierarchiegebilde muss das schnell herauszufinden sein, zumal Anweisungen dieser Art sicher nicht nur im Flurfunk weitergegeben werden. Wenn etwas von „oben“ angewiesen wird, ist dieses „oben“ doch bekannt. Gibt es denn keine Journalisten mit Ehrgefühl und „Feuer unter dem Arsch“ mehr, die diese Auftraggeber ausfindig machen wollen? Oder wenigstens diskrete Hinweise von Mitgliedern dieser Hierarchien, denen Zweifel gekommen sind? Was ist bloß los mit diesem Land? Und was wird bloß los sein im Jahre 2030? **Henry Stephan, Himbergen**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Taubers Forderung nach Grundrechtsentzug zeugt von Ignoranz

Zu: Schatten des Faschismus (Nr. 26)

Grundsätzlich führt Extremismus nie zu einem guten Ende. Erst recht nicht, wenn er mit Gewalt oder sogar mit Mord einhergeht. Der Mord an dem Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, wie immer man auch zu seinen Aussagen steht, ist zu verabscheuen.

Dem finsternen Parlamentarischen Staatssekretär von der CDU, Peter Tauber, geht es nicht nur um den Rechtsextremismus. In seinen Augen ist alles, was gegen die Regierung, gegen die etablierten Parteien gesagt wird, rechts. Herr Tauber will eine Nation von Ja-Sagern schaffen. Und er ist dann der Mann an der Spitze, der zeigt, wo der Hammer hängt. Tauber gehört zu der großen Gruppe von deutschen Politikern und Bürgern, die nicht mehr trennen können (oder auch nicht wollen) zwischen Feindlichkeit und der Äußerung von Bedenken.

Ebenfalls sind in dieser Gruppe diejenigen beheimatet, für die ein Linksextremismus überhaupt nicht existiert, weil die „normale“ Parteienlandschaft dieses verschweigt. Ganz sicher ist Herr Tauber in seiner Partei nicht der Einzige mit dem Ruf nach Grundrechtsentzug. Außerdem gibt es andere Politiker und Parteien, die das etwas anders formulieren, aber das Gleiche meinen.

Es waren und sind Menschen wie Herr Tauber, die die so verhasste AfD erst zu dem gemacht haben, was sie heute ist. Ignoranz ist kein Mittel, um deutlich zu machen, welches Programm diese Partei wirklich hat. Das Ergebnis aus dieser Ignoranz wird uns täglich vor Augen geführt.

Es mag schon sein, dass der Anlass für diese gefährliche Raserei von Herrn Tauber und anderen die Ermordung von Walter Lübcke war. Was der ehemalige Regierungpräsident seinerzeit von sich gegeben hat, war nicht falsch. Er war nur an die falschen Men-

schen gerichtet. Herr Lübcke gehört zur großen Gruppe derer, die gegen die deutschen Bürger auftritt, also alles, was einen Migrationshintergrund hat, wird hofiert. Es ist falsch zu unterstellen, dass wir ausländerfeindlich sind.

Was man allerdings insbesondere von den Muslimen erwarten kann, sind „Spielregeln“, die in unserem Land gelten. Es wird nicht die Glaubensrichtung infrage gestellt. Was wir jedoch erwarten, ist, dass auch unser Glaube akzeptiert wird und sie in Harmonie, Frieden und Freude mit uns leben. Dies ist unsere Nation, unser Land und unser Lebensstil, und wir räumen auch diesen Menschen die Möglichkeit ein, all diese Errungenschaften mit uns zu genießen und zu teilen.

Wenn jene Menschen sich jedoch ständig beschweren, Mitleid suchen, unsere Fahne verbrennen, unseren Glauben verurteilen, unsere christlichen Werte missachten, unseren Lebensstil verurteilen, dann sollten sie ermutigt

werden, einen weiteren Vorteil unserer großartigen Demokratie und Gesellschaft zu nutzen: das Recht, das Land zu verlassen.

Wenn ihr hier nicht glücklich seid, dann geht! Wir haben euch nicht gezwungen, hierher zu kommen. Letztlich habt ihr darum gebeten, hier sein zu dürfen (ähnliche Aussagen hat bereits 2008 der ehemalige Premier von Australien, John Howard, gemacht).

An dieser Stelle ist aber auch darauf aufmerksam zu machen, dass das gewaltsame Vorgehen gegen Flüchtlinge völlig falsch ist. Diese Menschen nutzen nur alle gesetzlichen Möglichkeiten aus, plus die Devise: „Darf es noch ein bisschen mehr sein?“ Die Wut muss sich also nicht gegen die Zuwanderer richten, sondern gegen die politisch Verantwortlichen.

Glaubt Deutschland wirklich, mit Herrn Tauber und Co. ein besseres Deutschland zu erhalten?

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Nicht im Auslöschen, im Aushalten steckt Stärke

Zu: Krach bei Schwarz und Blau (Nr. 29)

Da fahre ich doch kürzlich durch mein Heimatdorf bei Wittstock/Dosse und bemerke, dass irgendetwas anders ist, als am Vortag. Ja, die AfD-Wahlplakate im Dorf sind verschwunden, stattdessen prangen von den Laternenpfählen Gesichter der CDU und Lösungen der Grünen. Hier, wo immer noch Kommunalpolitik auch von einstigen SED-Bonzen und Wendehälsen gemacht wird, die Schutz und Tarnung in der CDU suchten und fanden.

Was herrscht hier für eine Demokratie, frage ich mich? Wie viel ländliche Düngeistigkeit muss hinter solchem Tun stecken, Wahlplakate einer demokratisch gewählten Partei verschwinden zu lassen? Ich stelle mir vor, das wäre zu DDR-Zeiten passiert – die Sicherheitsapparate hätten rotiert, bis man die Schuldigen gefunden hätte.

Ich verstehe Demokratie anders: Nicht im Auslöschen, sondern im Aushalten steckt Stärke. Genau solche Beispiele sind es, die mich zunehmend an Demokratie in Deutschland zweifeln lassen. Halten es die selbster-

nannten Etablierten, mittlerweile auf dem Abstiegsast befindlich, nicht aus, dass es auch andere Meinungen gibt, die sich ja hinlänglich schon mit den Ergebnissen der Politik der Etablierten auseinandergesetzt haben beziehungsweise sich zwangsläufig auseinandersetzen mussten?

Und nicht all die vielen Menschen, die analysieren und sich eine eigene Meinung bilden, kann man in die Ecke der Dumpfen und Dunklen stecken. Es ist oftmals nicht die Ideologie, die ermuntert, anders zu wählen, sondern es dürfte zu einem erheblichen Teil

die Enttäuschung der Wähler über die (nun schon fast ehemaligen) selbsternannten Volksparteien sein. Nach einer Umfrage wäre die AfD bei den bevorstehenden Landtagswahlen sogar stärkste Partei im Land Brandenburg. **Dr. Jürgen Kaatz, Wittstock/Dosse**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Zum ersten Mal in allen Details offengelegt: Deutschlands Beteiligung an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen

■ Aus den Erfahrungen der Naziherrschaft und des Dritten Reiches verfassten die Väter der Bundesrepublik das Grundgesetz. Es sollte Deutschland zu einem Rechtsstaat machen, der mit anderen Ländern friedlich koexistiert. Doch in einer Art Parteienkonsens, der eher an Diktaturen erinnert, wurde das Grundgesetz nach und nach ausgehöhlt. Immer wieder hat sich das Parteienkartell über das Recht und über den Willen des Volkes hinweggesetzt. So zum Beispiel bei der Einführung des Euro oder bei der Öffnung der Grenzen im Jahr 2015. Doch schon in den 1980er-Jahren traf die Politik – alle demokratischen Werte ignorierend – die weitreichendste Entscheidung: Sie öffnete die Tür für völkerrechtswidrige deutsche Angriffskriege.

Jochen Mitschka beleuchtet in diesem Buch die deutsche Beteiligung an den Invasionen der USA und der NATO: an den Kriegen in Jugoslawien, Afghanistan, im Irak, in Libyen und Syrien; aber auch an verdeckten Aktionen im Jemen und in Venezuela. Überzeugend und detailliert beschreibt der Autor die kriegerischen Handlungen, mit denen Deutschlands Politiker gegen Grundgesetz und Völkerrecht verstoßen haben.

Mitschkas aufrüttelndes Buch macht aber auch deutlich, wie unsere Medien den Aggressionen mit Lügen und Propaganda den Boden bereitet haben. Und es führt uns die Folgen dieser fatalen Allianz von Politik und Mainstream-Medien vor Augen: Hunderttausende Tote und Verwundete, zerstörte Infrastruktur und Ordnung, Flüchtlingsströme etc.

Die deutsche Beteiligung an Angriffskriegen muss enden

Angesichts dieser Verbrechen fordert der Autor, Deutschlands Politiker zur Rechenschaft zu ziehen – so wie es das Strafgesetzbuch vorsieht. Er stellt aber auch die Frage, welche Konsequenzen die Kriegsbeteiligung für uns Bürger haben kann. Was ist beispielsweise, wenn ein Land wie Afghanistan Reparationen für die von Deutschland begangenen Verbrechen verlangt? Und was, wenn die Beteiligung an den US-Invasionen zu einem Krieg mit Russland führt? Denn die Politik hat in aller Klarheit signalisiert: Deutschland wird den USA auch künftig bedingungslos folgen. Vor diesem Hintergrund beschreibt Jochen Mitschka, was zu tun wäre, um unserer Teilnahme an den Angriffskriegen ein Ende zu setzen.



Jochen Mitschka: Deutschlands Angriffskriege • gebunden • 192 Seiten
zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 977 000 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Sommer der langen Haare

Mit Woodstock fand die Hippiebewegung vor 50 Jahren ihren Höhepunkt – Mit den Manson-Morden aber auch ihren Tiefpunkt

Der Sommer von 1969 hat die USA nachhaltig verändert: Die Mondlandung von Apollo 11, die Morde der „Manson-Family“ an der West- sowie das Woodstock-Festival an der Ostküste brannten sich fest in das kollektive Gedächtnis der Nation ein.

Im Juli 1969 erschien mit „Easy Rider“ ein Film, der mit vielen Konventionen von Hollywood brach, handelte es sich doch nicht um eine reine Unterhaltungsschulze vor künstlicher Kulisse, sondern zeigte zwei Hippies auf ihren Harleys in freier Natur. Jack Nicholson, der in dem Film einen Anwalt spielt, merkt dabei an, dass die Gesellschaft vor den Hippies keine Angst hat, sondern nur vor dem, was diese repräsentieren: die Freiheit. „Von Freiheit reden und wirklich frei sein, ist nicht dasselbe“, stellt er fest.

Waren die freiheitsliebenden USA also nicht wirklich frei? Offenbar nicht. Am Ende tötet der Neid in Gestalt zweier Landarbeiter die beiden Hippies wegen ihrer langen Haare.

Am Morgen des 9. August 1969 kam es in der Filmstadt Los Angeles zu einem realen Verbrechen mit eher umgekehrten Vorzeichen: Mitglieder einer Hippiekommune töteten unter Anleitung ihres rassistischen Führers Charles Manson die hochschwangere Frau des polnischen Regisseurs Roman Polanski, Sharon Tate, sowie vier weitere Personen in ihrer Prominenten-Villa.

Die grenzenlose Freiheit kann eben auch in grenzenlose Gewalt umschlagen. Ein neuer Film von Quentin Tarantino, der am 15. August in unsere Kinos kommt, erzählt diese Mordgeschichte – wenn auch mit abgewandeltem Ausgang (siehe Kasten rechts).

Vom 15. bis 18. August 1969 war die Nation jedoch vier Tage lang versöhnt. Beim Woodstock-Festi-



In Hippie-Laune: Margot Robbie als Sharon Tate in dem Film „Once Upon a Time in Hollywood“

val traf das Motto von „Peace & Music“ (Frieden und Musik) zu, obwohl ein unerwarteter Massenansturm von 400 000 Hippiebesuchern in Batik-Klamotten das Musikfest zum Krisengebiet machte. Es fehlte an ausreichend sanitären Anlagen, an Ärzten und Medikamenten sowie an Nahrung.

Als dann ein Gewittersturm über das Freiluftfest hereinbrach, die Besucher aber ihren Spaß mit Schlammkämpfen auf dem matschigen Gelände hatten, wurde die Veranstaltung endgültig zum Mythos. Spätere Freiluft-Konzerte wie das Heavy-Metal-Fest im schleswig-holsteinischen Dorf Wacken, zu dem Anfang August bei seiner 30. Auflage wieder rund 75 000 Besucher kamen, schlagen noch heute daraus Profit.

Finanziell war Woodstock anfangs ein Desaster. Der Initiator des Festivals, der New Yorker Musikproduzent Michael Lang, saß am Ende auf einem Defizit

von 1,3 Millionen Dollar. Weil sich viermal so viele Hippies wie erwartet auf dem Weg machten und in ihren zum Teil bunt angemalten Autos in endlosen Staus standen, bekamen die allermeisten von ihnen freien Eintritt.

Ursprünglich wollte Lang mit dem Festival ein Musikstudio in der nördlich von New York gelegenen Künstlerkolonie Woodstock finanzieren, wo das Musikfest ursprünglich auch ausgetragen werden sollte. Doch die Bürger wehrten sich gegen das Spektakel, und so fand man weit von Woodstock entfernt auf der Wiese eines Milchbauern in Bethel im Bundesstaat New York kurzfristig vier Wochen vor Beginn des Fests ein geeignetes Gelände.

Bei dieser chaotischen Vorplanung und den katastrophalen Bedingungen während des Festivals grenzte es an ein Wunder, dass es unter den 400 000 Menschen zu keinen Tragödien kam.

Im Gegenteil: Weil die unter Drogen stehenden, freizügig und nackt in den Seen badenden Massen junger Menschen die Sympathien der Farmer erwarben, wurde Woodstock in Zeiten des Vietnamkrieges zu einem einzigartigen Friedensfest.

Woodstock glich einem irdischen Gegenentwurf zum Apollo-Mondlandeprogramm, das auch die Spaltung der Nation dokumentierte. Dem staatlichen Milliardenprojekt stand ein unternehmerisches Fiasko gegenüber, das trotzdem zum Erfolg führte: Der Protest der Hippie-Bewegung wurde ernstgenommen. Der im selben Jahr ins Amt gewählte Präsident Nixon sorgte für den allmählichen Abzug der US-Truppen aus Vietnam. Und das Apollo-Programm wurde aufgegeben.

Mit Verzögerung wurde Woodstock auch finanziell ein Erfolg. Dank der Vermarktungsrechte fährt Woodstock seit 1980 Gewinn

ein. Mit verantwortlich dafür ist die weltweit mit erfolgreichster Filmdokumentation „Woodstock“ von 1970, die mindestens 50 Millionen Dollar Gewinn einfuhr. Regisseur und Kameramann Michael Wadleigh lebt noch heute ganz gut davon. Seit diesem Kinodebüt hat er sich weitgehend aus dem Filmgeschäft zurückgezogen.

Seine dreistündige Dokumentation, in der er 100 Stunden Filmmaterial in revolutionärer Parallelmontage auf der Leinwand verarbeitet hat – einer der für den Filmschnitt Verantwortlichen war der spätere Erfolgsregisseur Martin Scorsese –, lässt ahnen, warum das Festival dem Lebensgefühl der Hippies entsprach. Die Rhythmusgruppe des damals völlig unbekanntes Carlos Santana, die spastischen Bewegungen eines Joe Cocker bei seinem Beatles-Coversong „With a Little Help from My Friends“ oder die gitaristische Zertrümmerung der US-Nationalhymne durch Jimi Hendrix versetzten alle in Ekstase.

Michael Lang wurde nach seiner Beinahe-Pleite von Woodstock – die Insolvenz konnte nur durch die Finanzspritze des Vaters eines der beiden Investoren abgewendet werden – letztlich doch noch ein erfolgreicher Musikproduzent. Zweimal noch, zum 25. und zum 30. Jubiläum, konnte Lang Woodstock-Revival-Festivals organisieren. Seine geplante Neuauflage zum 50. Jahrestag, die vom 16. bis 18. August hätte stattfinden sollte, fällt hingegen flach. Zu viele Sänger und Gruppen sagten kurzfristig ab.

Vor 50 Jahren sagten auch Stars ab, darunter Bob Dylan. Im Internetzeitalter lässt sich offenbar alles schwieriger organisieren. Die Spontanität der Hippies, die früher viele Freiheiten ermöglichte, ist dem unter einem technischen Diktat stehendem Lebensgefühl gewichen. *Harald Tews*

Manson-Morde à la Tarantino

Als Rächer aller Anständigen hat Regisseur Quentin Tarantino schon im Film „Inglourious Basterds“ die gesamte NS-Führung einschließlich Hitler auf einen Schlag in die Luft gejagt. Da war es nur natürlich, dass er sich auch Charles Manson zur Brust nimmt, der in den USA als Inkarnation des Bösen galt.

In dem Film „Once Upon a Time in Hollywood“ (Es war einmal in Hollywood), der am 15. August in die Kinos kommt, läuft bei ihm alles in gewohnt verquerer Weise auf das blutige Finale jener Mordnacht von vor 50 Jahren hinaus, als Mitglieder der Manson-Kommune die schwangere Schauspielerin Sharon Tate und drei ihrer Gäste im Haus des Regisseurs Roman Polanski („Rosemaries Baby“) in Beverly Hills ermordeten.

Dass dann alles ganz anders kommt, als man denkt, mag man Tarantinos Vorliebe für Billigschund Made in Hollywood zuschreiben. Im Film persifliert er Western-, Kung-Fu-, Werbe- und eben auch Actionfilme. In bester Retro-Manier lässt er Leonardo DiCaprio als schlappen TV-Star der 60er Jahre und Brad Pitt als dessen Stunt-Double und besten Freund antreten.

Der erste Teil ist eine amüsante und gewaltfreie Referenz an das alte Hollywood, bevor es mit den Manson-Morden seine Unschuld verlor. Diese Nostalgie Nummer erinnert an Tarantinos bestes Werk „Pulp Fiction“, dauert mit drei Stunden aber zu lang. *H. Tews*

Maria macht Mucke

Ihr Name steht für Musik – Maria Mucke, vor 100 Jahren geboren

Es gehört zum Jugendjargon, von Musik lässig als „Mucke“ zu sprechen. Die Formulierung „Mach mal Mucke!“ bedeutet dann so viel wie „Mach die Musik an, bring' Schwung in die Bude“. Was aber kaum einer weiß: Dieser Ausdruck hat ein namentliches Vorbild. Er geht zurück auf Maria Mucke. Mit Liedern wie „Es wird ja alles wieder gut“ wurde die am 15. August 1919 in Mainz geborene Sängerin und Schauspielerin in den 1950er Jahren eine viel gefeierte Schlager-Berühmtheit.

Lebensfreude und Leidenschaft für die Musik kennzeichneten die Sängerin Mucke, die auch im hohen Alter noch junge Schüler zu begeistern wusste. In den 1950er Jahren schlug mit den ersten Musiksendungen im Radio der Funke auch bei ihr über, und die Sängerin transportierte ihre Begeisterung für Schlager alsbald selbst über den Äther. So lebhaft und begeistert wie sie sang, sorgte sie für gute Laune.

Nach einer Schauspielausbildung, unter anderem bei der Charakterdarstellerin Lina Carstens, und ersten Engagements auf Bühnen in Leipzig, bewarb sich Mucke 1948 beim Hessischen Rundfunk. Eine wegweisende Entscheidung. Denn durch die Aufnahmen mit verschiedenen Sendeanstalten erlangte die Künstlerin schnell Berühmtheit. Titel wie „Der Zauber von Paris“ und „Heute ist ein Feiertag für

mich“ wurden große Erfolge. Auch das Lied „La-Le-Lu“ war einer ihrer Hits, bevor Heinz Rühmann ihn fünf Jahre später in einem Spielfilm zu noch größerer Bekanntheit verhalf.

Mucke war damals als Sängerin im Radio so populär, dass „Mach mal Mucke“ gesagt wurde, wenn es zum Beispiel auf Partys darum ging, das Radio einzuschalten, um

son an der staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Frankfurt am Main. Bis 2007 hatte sie diese Lehrposition inne. Lebenslustig, warmherzig, voller Energie – so schilderten ihre Schüler die Lehrerin und Dozentin, die bei der Aufnahmeprüfung bevorzugt den Schlager „Kauf dir einen bunten Luftballon“ singen ließ.



Gute-Laune-Sängerin: Maria Mucke

Bild: Imago/United Archives

ihre unterhaltsame und anregende Musik zu hören. Später wirkte sie unter anderem in Heinz Schenks Sendung „Der blaue Bock“ mit. Auftritte hatte sie aber auch in den großen Fernsehshows von Hans-Joachim Kulenkampff und Peter Frankenfeld.

Ihr Wissen und ihre Leidenschaft für die Musik gab Mucke ab 1992 an Schüler weiter. Als Dozentin für Schlager und Chan-

Lebensfreude und Genuss pflegte Mucke auch in ihrem Unterricht. Die Dozentin war dafür bekannt, gerne mal Bleche mit selbstgebackenem Kuchen mitzubringen. Kochen und backen war eine Leidenschaft der Sängerin. Mit 87 Jahren zog sie sich schließlich in den Ruhestand zurück. Im vergangenen Jahr starb Maria Mucke am 28. Mai im Alter von 98 Jahren. *Stephanie Sieckmann*

Herr der Kletterringe

Rebellen lehnen sich in Sächsischer Schweiz gegen Verband auf

Um die mehr als 1100 Klettergipfel der Sächsischen Schweiz tobt ein asymmetrischer Krieg. Traditionalistische Rebellen kämpfen hier gegen den Sächsischen Bergsteigerbund (SBB). Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung ist aktuell vor allem an den Felsen des Bielatal zu sehen: Bei Nacht und Nebel wurden hier 24 Sicherungsringe abgeflex, was den SBB zu folgender Aussage veranlasste: „Ein Sturz an Stellen, wo Sicherungen fehlen oder unbrauchbar sind, kann tödlich enden.“

Tatsächlich handelt es sich bei den entfernten Ringen nicht um zwingend notwendige Eisen- oder Edlestahlringe, die von den Erstbegehern einer Route im Einklang mit den sächsischen Kletterregeln gesetzt werden, wenn keine ausreichenden natürlichen Sicherungspunkte vorhanden sind. Vielmehr kamen diese im Rahmen des sogenannten „Pilotprojektes Johanniswacht“ in den Fels.

Das geht auf eine Initiative des SBB zurück, der im April 2017 seine Mitglieder befragte, ob sie an der Felsgruppe rund um den Bielatal-Aussichtspunkt Johanniswacht 60 zusätzliche, also nicht von den Erstbegehern angebrachte, Sicherungsringe gutheißen würden. Damals votierte eine Mehrheit mit „Ja“. Dabei ist die somit beschlossene systematische „Vernagelung“ der zwölf Sandsteintürme eine ganz klare Regelverletzung und verstößt zudem

auch in eklatanter Weise gegen die Satzung des SBB, welche die Pflege der einzigartigen sächsischen Klettertradition zum Vereinszweck erklärt.

Aber das ficht weder den SBB-Vorstand noch die reichlich 2000 Kletterer an, die deutlich mehr Sicherungsringe wollen. Vielmehr wird immer wieder betont, dass die übergroße Mehrheit der Mit-

Die Traditionalisten sehen hierdurch das Ende des sächsischen Kletterns herannahen, zumal das verstärkte Herumböhen in den Felsen sicher auch bald Umweltschützer auf den Plan rufen werde, denen das Klettern ein Dorn im Auge sei.

Das Hauptproblem liege aber in dem Umstand, dass die zusätzlichen, nicht regelkonformen



Klettersportort für Familien? Blick von der Johanniswacht

glieder des Bundes „den Bergsport zur eigenen Freude und ohne Leistungsgedanken“ betreiben. Außerdem verweisen die SBB-Oberen auf die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen sowie Frauen, die sich an den Felsen der Sächsischen Schweiz versuchen: „Bergsteigen ist Familiensport geworden.“ Dem müsse man nun eben durch das Entschärfen von Gefahren Rechnung tragen.

Ringe Bergsportler in Aufstiege lockt, denen sie unter regulären Bedingungen nicht gewachsen wären. Deshalb entfernen die Traditionalisten nun diese Sicherungsmittel, was ein geteiltes Echo hervorruft: Für die einen sind sie damit potenzielle Mörder, für die anderen Helden, welche die verderblichen Pläne der „Modernisierer“ im SBB konterkarieren. *Wolfgang Kaufmann*

Einblicke in den turbulenten Alltag an deutschen Problemschulen

Die Folgen der gescheiterten Integrationspolitik bekommen in Deutschland verstärkt Lehrer in den Grund- und Hauptschulen zu spüren. Zwei Betroffene packen in ihren Büchern aus.

Im vergangenen Jahr gewährte die Kasseler Lehrerin Julia Wöllenstein für eine ZDF-Reportage ganz Deutschland Einblicke in ihren turbulenten Schulalltag an einer Gesamtschule mit überwiegend multikultureller Schülerschaft. Nun hat sie ein Buch über ihre Erfahrung als Lehrerin an einer Brennpunktschule vorgelegt. Es trägt den Titel „Von Kartoffeln und Kanaken. Warum Integration im Klassenzimmer scheitert“.

Man darf es getrost als beispielgebend für die Situation an Schulen mit einem sehr hohen Anteil von Kindern mit Immigrationshintergrund bezeichnen. Die 43-jährige Autorin ist alleinerziehende Mutter und war als Kinder- und Jugendbetreuerin tätig, bevor sie nach einem Zweitstudium Lehrerin für evangelische Religion, Englisch und Darstellendes Spiel wurde. Zuletzt unterrichtete sie Hauptschüler einer 9. Klasse an ihrer Schule mit integrierter Förderstufe (Aufteilung der Schüler ab der 7. Klasse in die drei Schulzweige). Nur drei Schüler hatten keinen Immigrationshintergrund. Die Schimpfworte „Kartoffel“ und „Kanake“ sind bezeichnend für einen Teil der Konflikte, mit denen Wöllenstein oft konfrontiert ist.

Ausdrücklich betont sie, dass ihr Kritik an der Religion des Islam fernliege. In den stark heterogenen Klassen entstünden Probleme jedoch oft aufgrund der kulturellen

Parallelwelten patriarchalisch geprägter Familien, in denen ein Großteil der muslimischen Schüler sozialisiert wurde. Sie berichtet, dass sie mit ihren Schülern über Themen wie Land, Religion, Kultur und Ehre spricht, damit beispielsweise kein Mobbing „aus religiösen Gründen“ stattfindet. Einigen Schülern sei es neu, dass es in Deutschland keine Rechtfertigung

Konflikte durch Parallelwelten

für Gewaltausübung von Seiten männlicher Familienmitglieder gibt. Auch mit dem Tabuthema der weiblichen Genitalverstümmelung müssten wir uns in Deutschland auseinandersetzen, fordert die Verfasserin, da immer mehr Menschen aus Ländern in Afrika und Asien zu uns immigrieren, in denen diese traditionelle Praxis weit verbreitet ist.

Bei ihrem pädagogischen Engagement stößt sie oft an ihre Grenzen, fühlt sich allein gelassen. Nicht nur, um die Herausforderungen für Lehrkräfte an Brennpunktschulen publik zu machen, habe sie sich für den Schritt in die Öffentlichkeit entschlie-

den. Es werde für die Mehrheitsgesellschaft zunehmend zum Risiko, dass Kollegen und Behördenvertreter aus falsch verstandener Rücksicht auf den „kulturellen Hintergrund“ immer öfter wegschauen, wenn geltende Regeln verletzt werden. Ihre zentrale Botschaft lautet: Alle Kinder und Heranwachsenden sollen von den Errungenschaften unserer Demokratie profitieren, daher brauche es keine falsch verstandene Kultursensibilität, sondern klare Regeln im Miteinander und vor allem endlich wirksame Unterstützung durch die Politik.

Viele falsche Weichen würden durch unser Schulsystem gestellt, meint die Pädagogin. Sie plädiert für längeres gemeinsames Lernen. Eine frühe Trennung in unterschiedliche Leistungsgruppen führe Hauptschulklassen nachweislich in eine negative Abwärts Spirale. Um Kindern aus benachteiligten sozialen Schichten mehr Chancengleichheit und damit die von ihnen erhoffte spätere Teilhabe zu ermöglichen, sollte der städtische Woh-

nungsbau mit Auflagen für eine soziale Durchmischung verbunden sein. Möge dieses drastische und ehrliche Buch dazu beitragen, dass die Politik endlich angemessen auf die angehäuften Probleme an jeder dieser Schulen reagiert.

Berlin-Neukölln, Duisburg-Marxloh und Frankfurt-Griesheim sind die bekanntesten von vielen Brennpunktvierteln in deutschen Großstädten. Neben einer hohen Arbeitslosenquote haben sie einen ständig steigenden Bevölkerungsanteil mit Immigrationshintergrund gemeinsam. Das bildet sich auch in der Berthold-Otto-Schule in Griesheim ab, wo inzwischen fast alle Kinder einen Immigrationshintergrund haben. Viele leben in schlimmen sozialen Verhältnissen.

An dieser von der Kommunalpolitik völlig vernachlässigten Grundschule war Ingrid König 30 Jahre als Lehrerin und Rektorin tätig. 2017 war sie Mitunterzeichnerin eines Brandbriefs an das hessische Kultusministerium und nahm 2018

an einem Treffen von 50 Schulleitern und Politikern im Kanzleramt teil. Das Treffen hatte Angela Merkel in einer Fernsehdiskussion mit König über das Thema „Brennpunktschulen“ angeregt. Mehrere Verlage interessierten sich daraufhin für ein Buch von König. Dieses liegt nun vor und trägt den Titel „Schule vor dem Kollaps. Eine Schulleiterin über Integration, die Schattenseiten der Migration und was getan werden muss“.

Brandbrief ans Kultusministerium

Schattenseiten der Migration und was getan werden muss“. Königs Bilanz ihres Berufslebens verweist auf das immense Integrationsproblem in unserem Land, das sich in bestimmten Schulen manifestiert hat. Es ist eigentlich kaum zu glauben, dass überall in Deutschland Tausende Lehrer so lange über die sie betreffende, belastende Entwicklung geschwiegen haben.

Zuletzt unterrichtete die Autorin in einer Klasse nur mit Kindern mit Migrationshintergrund. Sie versichert, dass es bei jeder Zuwanderergeneration neue Integrations- und Armutsprobleme gegeben habe. Nicht mehr zu verkraften sei je-

doch der seit Jahren anhaltende Zuzug von Asylsuchern aus Afrika, Nahost und Afghanistan. Unterricht sei wegen der mangelhaften Sprachkenntnisse oft kaum noch möglich. Mit beispielhaften Geschichten unterlegt die Verfasserin ihre Beobachtung, dass die Lern- und Leistungsbereitschaft immer mehr gesunken seien und Werte wie Pünktlichkeit, Toleranz und Respekt den Kindern in der Schule erst begreiflich gemacht werden müssten. Die Schule könne all dies neben ihrer eigentlichen Aufgabe aber nicht leisten. Hingegen habe der Einfluss des radikalen Islam in den Familien stark zugenommen. Kinder, deren Eltern glauben, sie vor den Einflüssen des Landes schützen zu müssen, in dem sie leben, würden in einen Zwiespalt zwischen zwei Identitäten und Kulturen gerissen. Als zusätzliche Aufgabe habe die Politik den Lehrern überdies die schlecht vorbereitete Inklusion von Förderschulkindern aufgebürdet. König hat jedoch ihren Anspruch nie aufgegeben, allen Kindern Brücken zu bauen, um ihnen einen Weg für das bestmögliche Lernziel zu eröffnen.

Die engagierte Schulleiterin hat mit dazu beigetragen, dass das brisante Thema in der Politik offenbar angekommen ist. In Griesheim-Mitte begann im vergangenen Jahr der Stadtbau zur Verbesserung der Lebensqualität im Viertel. Der Berthold-Otto-Schule wurde eine Sozialpädagogin zugeteilt und es soll zusätzliche Lehrerstunden geben. Landesweit hat die Große Koalition eine Bund-Länder-Initiative zur Förderung von Schulen in benachteiligten Vierteln gestartet.

Dagmar Jestszremski



Julia Wöllenstein: „Von Kartoffeln und Kanaken. Warum Integration im Klassenzimmer scheitert“, mvg Verlag, München 2019, broschiert, 190 Seiten, 14,99 Euro



Ingrid König: „Schule vor dem Kollaps. Eine Schulleiterin über Integration, die Schattenseiten der Migration und was getan werden muss“, Penguin Verlag, München 2019, gebunden, 240 Seiten, 20 Euro

»Bewusstseinsmanipulation«

Angesichts der heutigen politischen Verhältnisse stellt sich inzwischen jeder einigermaßen nüchterne Beobachter die Frage, wieso der ausgeplünderte und mit immer mehr neoliberalen Zumutungen konfrontierte Durchschnitts-Deutsche nicht in großem Umfang und mit aller Konsequenz gegen die Obrigkeit oder zumindest deren direkte Handlanger rebelliert. Eine sehr präzise, tief-schürfende und somit auch brauchbare Antwort hierauf gibt das Buch „Warum schweigen die Lämmer?“ von Rainer Mausfeld.

Der emeritierte Professor für Wahrnehmungs- und Kognitionspsychologie an der Universität Kiel erklärt das Stillhalten der Mehrheit der Bevölkerung hierzulande damit, dass die kleine Schicht der wirklich Mächtigen unter dem Deckmantel der sogenannten repräsentativen Demokratie „neuartige strukturelle Formen der Ausübung von Macht sowie psychologische Methoden der Bewusstseinsmanipulation“ entwickelt habe, um sich vor den „Risiken“ echter demokratischer Entscheidungen, die tatsächlich vom Volke getroffen werden, zu schützen.

Es finde also eine geschickte kassierte, schleichende „Revolution von oben“ statt, in der die politisch-ökonomischen Eliten die Gesellschaft noch stärker zu ihrem Nutzen und nach ihren Vorstellungen transformieren. Dabei verwenden sie laut Mausfeld vor allem zwei zentrale Techniken: Zum einen werde die Macht immer abstrakter und unpersönlicher gestaltet, um den Unwillen der Massen – so



Rainer Mausfeld: „Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören“, Westend-Verlag, Frankfurt/Main 2018, gebunden, 303 Seiten, 24 Euro

er sich denn überhaupt irgendwie manifestiere – ins Leere laufen zu lassen, zum anderen setzen die Eliten alles daran, den Drang des Volkes nach Veränderungen zu neutralisieren oder auf politisch belanglose Ziele abzulenken. Am Ende soll dann der „neue Mensch“ stehen, welcher „in der Rolle des politisch apathischen Konsumenten aufgeht“ und keine Erinnerung mehr an das hat, was echte Demokratie einmal war beziehungsweise sein sollte: nämlich die wirkliche und durch nichts eingeschränkte Herrschaft des Volkes.

Laut Mausfeld ist dieser Umwandlungsprozess hierzulande schon ziemlich weit fortgeschritten, wobei sich nicht nur die Medien als „Bannworte der Macht“ in den Dienst der Eliten gestellt hätten, sondern auch diverse Sozial- und Geisteswissenschaften wie die Psychologie. Das demonstriert er unter anderem in den Kapiteln „Massenmediale Indoktrination“ und „Demokratie und weiße Folter“. Die von Fachleuten entwickelten Techniken zur psychischen Zerstörung eines Menschen bilden sozusagen den Gipfel der Bemühungen, den Widerstand und die Seelen derer zu brechen, welche sich dem destruktiven Treiben der Eliten entgegenstellen und deshalb als „Feinde der Demokratie“ verleumdet werden. W. Kaufmann

Neuer Zugang zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs

Wer kennt sie nicht: Geschichtsbücher, die seitensweise Zusammenhänge und Abläufe so lang und kompliziert schildern, dass am Ende niemand mehr mitkommt? Diesem Phänomen hat der Band „Den Zweiten Weltkrieg verstehen. 1939–1945 in Infografiken“, der von einem Team des französischen Historikers Jean Lopez ausgearbeitet wurde, einiges entgegen zu setzen. In 357 Infografiken wird hier der Versuch gewagt, die oft hochkomplizierten Vorgänge im Zweiten Weltkrieg möglichst übersichtlich darzustellen.

Der Gefahr der zu starken Vereinfachung wird durch die Vielzahl und Vielfältigkeit der sehr informativen Abbildungen gelungen begegnet. Den insgesamt 53 Themenblöcken ist meist jeweils eine Dop-

pelseite gewidmet, auf der sich die jeweiligen Abbildungen und jeweils ein längerer erklärender Textabschnitt finden. So sind Verweise auf Rückschlüsse, die die einzelnen Abbildungen im Zusammenspiel miteinander zulassen,

Nüchterne Darstellungen

möglich. Störend ist dabei leider zuweilen der Seitenumbruch bei großflächigen, doppelseitigen Abbildungen. Die Autoren geben sich insgesamt offensichtlich Mühe, möglichst neutral zu bleiben, und stellen nüchtern die jeweiligen Situationen der am Krieg beteiligten Nationen vergleichend nach

den gerade betrachteten Aspekten nebeneinander. Zudem wird auf oftmals übergangene oder vernachlässigte Themenbereiche, wie zum Beispiel die Bedeutung Chinas als alliierte Kraft, eingegangen.

Bei dieser Informationsfülle ist der Band sauber angelegt, mit Quellenverweisen auf beinahe jeder Doppelseite und einem kritischen Umgang mit den Grenzen der herangezogenen statistischen Daten und deren Auswertung in dieser Weise. Mit der hier gegebenen An-

schaulichkeit kann diese neue Art von Geschichtsbuch sowohl für einen schnellen Überblick als auch eine tiefere Beschäftigung mit der Materie erhalten und wäre somit sicherlich auch für Schüler und den Gebrauch im Geschichtsunterricht nützlich. Lydia-Marie Wenzel



Jean Lopez/Nicolas Aubin/Vincent Bernard/Nicolas Guillerat: „Den Zweiten Weltkrieg verstehen. 1939–1945 in Infografiken“, dtv-Verlag, München 2019, gebunden, 192 Seiten, 30 Euro

Auf Spurensuche am Schwarzen Meer

Im Jahr 2017, 100 Jahre nach der Vertreibung der sogenannten Pontos-Griechen vom Schwarzen Meer, macht sich der Publizist und Ethnologe Mirko Heinemann auf den Weg in die Nord-Türkei, um die Geschichte der Region und der Familie seiner griechischen Mutter zu beleuchten. Er begibt sich nach Ordu, wo seine Großmutter aufgewachsen ist, die mit 15 Jahren an Bord eines russischen Schiffs über das Schwarze Meer flüchtete, und versucht sich ein Bild über deren Alltag vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs zu machen.

Gemeinsam mit einem Türken, dessen Familie in umgekehrter Richtung aus Griechenland in die Türkei fliehen musste, erkundet er die Stadt. Er findet die Schule, in der seine Großmutter unterrichtet wurde, die Kirche und einige erhaltene Gebäude, die auf ehemali-

ge griechische Bewohner schließen lassen. Die beiden stoßen auf verlassene Häuser der vertriebenen Armenier, entdecken viele Gemeinsamkeiten zwischen Türken und Griechen, eine sowohl sprachliche als auch kulturelle gegenseitige Beeinflussung.

Heinemann betrachtet die Ereignisse stets im historischen Kontext. Er geht bis zur Antike zurück, als Griechen an der kleinasiatischen Küste lebten, sie mit Byzanz das Erbe Roms antraten, bis sie in den letzten Jahren des zerfallenden Osmanischen Reichs schließlich Opfer von Interessen der Großmächte wurden.

Sehr ausführlich schildert er die Gründung der türkischen Republik und zieht Vergleiche zur Gegenwart. Seine Reise fiel in die Zeit unmittelbar nach dem Putschversuch 2016. Er versucht, zu erklä-

ren, warum die türkischen Herrscher immer wieder mit Härte durchgreifen, auch gegen die Kurden.

Bei der Gründung der Republik war die Türkei ein Vielvölkerreich.

51 Gruppen, darunter Kurden, muslimische und christliche Araber, Armenier, Griechen, Albaner und viele andere lebten im Osmanischen Reich.

Die griechische Minderheit geriet unter Druck, weil sie unter Kollaborationsverdacht mit Russland stand, das sich als Schutzmacht der orthodoxen Kirche

verstand. Nach dem Krieg kam es zu einem Bevölkerungsaustausch von 1,6 Millionen Menschen in beiden Ländern. Heinemanns Verfahren fanden im griechischen Kavalas ihr neues Zuhause. MRK



Mirko Heinemann: „Die letzten Byzantiner. Die Vertreibung der Griechen vom Schwarzen Meer. Eine Spurensuche“, C.H. Links Verlag, Berlin 2019, gebunden, 264 Seiten, 25 Euro



Sandra Lembke
Scheuersand & Schnürkorsett
Wie Frauen lebten und litten – Eine kleine Kulturgeschichte über Mode, Kochen, Körperpflege & Haushalt von 1850 bis 1918
Asche als Pflegemittel, aus der Not geborene Küchenrezepte, beengende Korsetts das Leben war in den Jahren 1850 bis 1918 oft mühevoll, zeitraubend und aus heutiger Sicht mitunter skurril. Sandra Lembke muss es wissen, denn sie probierte das tägliche Leben von einfachen Leuten, Adligen und Schauspielern aus und folgte den Ratschlägen von Doktoren und Wunderheilern der damaligen Zeit. Wie ist es aber nun, wenn ein Mensch des 21. Jahrhunderts plötzlich mit Zigarettenasche als Zahnputzmittel, Haare waschen mit Seifenkraut, mit mühsamer Wäschepflege, gewöhnungsbedürftigen Kriegsgerichten oder Oromas Unterhosen konfrontiert wird? Die Autorin recherchierte in nationalen und internationalen Archiven und verknüpft auf unterhaltsame Weise die Darstellung des einstigen Alltags mit der Schilderung ihrer Selbstexperimente. Leben wie vorgestern kann so spannend sein! 240 Seiten
Nr. P A1311 Kartoniert 14,95 €



Sandra Lembke
Königspastete & Schusterstippe
Das große Küchenexperiment – Eine Koch- und Kulturgeschichte von 1750 bis 1918 mit Selbstexperimenten von Sandra Lembke
Gefüllte Hahnenkämme bis Vandalenwasser eine kulinarische Zeitreise. Autorin Sandra Lembke greift in die Rezept-Kiste von königlichen Starköchen, Hof-Traiteurs und Kochbuchautorinnen der letzten Jahrhunderte, sie brutzelt, dünstet, bäckt und vor allem – sie kostet alles für ihre Leserinnen und Leser – von der Großherzogin-Suppe Potage à la Grand-Duchesse bis hin zum Albert-Biscuit. Und auch beim Trinken geht es außergewöhnlich zu: Husarenkaffee, Eichelbranntwein und Vandalenwasser. Neben unzähligen Gerichten und Getränken vom Hof bietet das Buch erprobte Rezepte aus der Küche des Volkes – nicht minder interessant zu lesen und ebenso anregend, es selbst einmal zu versuchen, abgesehen vielleicht von Kalbshirn-Würsten und Beef Tea!? Wohl bekomm's. 232 Seiten
Nr. P A1312 Gebunden 14,95 €



Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Stars aus Oper und Operette
Marika Röck, Benjamina Gigli, Heinrich Schlusnus, Erna Berger, Herbert Ernst Groh, Alfons Flügel, Maria Cebotari, Heinz Goedecke, Karl-Schmitt-Walter u.v.m. (Laufzeit 68 Minuten)
Nr. P 5854 CD 12,80 €



Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Film- und Schlagerstars
Ilse Werner, Lale Andersen, Zarah Leander, Heinz Rühmann, Hans Albers, Willy Schneider, Paul Hörbiger, Melitta Kepac u.v.m. (Laufzeit 64 Minuten)
Nr. P 5855 CD 12,80 €



Heimat deine Sterne
Lili Marleen und der Soldatensender Belgrad
Marlene Dietrich, Ilse Werner, Lale Andersen, Wilhelm Strienz, Herbert Ernst Groh, Kary Barnet, Suzy Solidor, Magda Hain, G. Böhnert und viele mehr. (Laufzeit 72 Minuten)
Nr. P 5856 CD 12,80 €



Heimat deine Sterne
Der Soldatensender Oslo – Lieder, Märsche und Reportagen
Lieder: Heimat deine Sterne; Flottenmarsch; Lass es, ach lass es hören; Ach so fromm; Sterne in dunkler Nacht; Hohe Nacht der klaren Sterne; Prinz Eugen; U-Boot-Lied; Grüß mir das blonde Kind am Rhein; Das Löwengeschwader; Rheinlied; Fliegerfanfare; Südseegeschichten; Einmal nach Bombay; Wer die Heimat liebt u.v.m. Laufzeit: 77 Minuten
Nr. P 9269 CD 12,80 €



Bernstein, das „Gold des Meeres“, gilt als begehrtester Strandfund an Ostsee und Nordsee – und wohl auch der bekannteste Schmuckstein überhaupt. Die Popularität dieses faszinierenden Naturmaterials weckt immer wieder Interesse an seiner geheimnisvollen Entstehung, seinen ungewöhnlichen Eigenschaften, seinen besonderen Fundorten. In diesem Buch erfährt man alles über Bernstein: wie, wann und wo er entstand, welche lange Reise er hinter sich hat, wo und wann man ihn finden kann, wie man ihn sicher erkennt und wozu er verwendet wird. Der Geologe Rolf Reinicke, erfolgreicher Buchautor und bekannter Landschaftsfotograf, hat selbst Bernstein gesammelt. Er versteht es, gleichermaßen informativ wie unterhaltend viel Wissenswertes über ihn zu vermitteln – mit interessanten Fotos und verständlichen Texten.
Rolf Reinicke
Bernstein – Gold des Meeres
80 Seiten/Kartoniert
Nr. P 9661 12,99 €



Klassische Granatsplitterkette
Leuchtende halsnahe Granatkette mit einer Länge von 43 cm – dekorativ für Jung und Alt – mit goldfarbenem Karabinerverschluss.
Nr. P A1374 Granatsplitterkette 13,00 €



Bernsteinsplitterkette 70 cm
Aus verschiedenfarbigen und unterschiedlich großen Bernsteinen.
Nr. P A0759 Bernsteinkette 49,90 €



War das lecker – Unsere Lieblingsrezepte aus Ostpreußen
Mit vielen Abbildungen im Großformat.
144 Seiten/Gebunden
Nr. P A0363 4,99 €

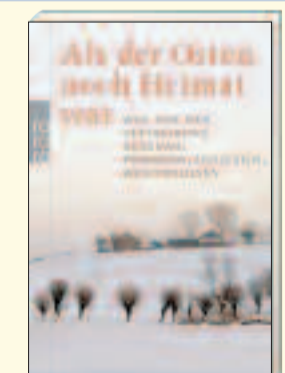
Das alte Ostpreußen lebt weiter in den Erinnerungen der Menschen, in den Erzählungen der Väter und Vorfäter. Es war ein wunderschönes Land an der glitzernden Ostsee mit ihrem weißen Strand, den Dünen, die fetten Weiden und Äcker, im Süden das hügelige Waldland, darin eingebettet die Masurischen Seen. Und so vielfältig die einzigartige Landschaft war, so vielfältig waren die kulinarischen Spezialitäten, die sie hervorgebracht hat: Beetenbartsch, Königsberger Klopse, Quarkklößchen, Kümmelfleisch, Kakalinski, Buttermilchflnsen, Glumstorte aus der alten Heimat u.v.m lassen die Gerüche von Damals wieder durch die Küche wehen.



Gerhard Greß/Jörg Petzold
Ostpreußen und seine Verkehrswege
Teil 1 bis 1945
Mit Ostpreußen verbinden sich besondere Vorstellungen: herrliche, von Moränenhügeln, Flussniederungen und Mooren durchzogene Landschaften mit Elchen und Störchen, tiefdunkle Wälder und zahllose Seen, die Bernsteinküste, berühmte Seebäder, auf dem Kurischen Haff kreuzende Fischerkähne mit geschnitzten Wimpeln und wandernde Sanddünen auf der Nehring, das Frische Haff mit dem hoch aufragenden Dom in Frauenburg, Trakehnen und seine berühmten Pferde, mächtige Ordensburg und wehrhafte Städte, schattenspendende Baumalleen entlang der Chausseen, Kornfelder soweit das Auge reicht, Industrien und Unternehmen von Weltruf und natürlich die legendäre Ostbahn Berlin – Königsberg – Eydtkuhnen. Sie spielt in unseren beiden Standardwerken zum Verkehrswesen in Ostpreußen eine ebenso wichtige Rolle wie die vielen anderen großen und kleinen Bahnen. Wie in dieser beliebten VGB-Buchserie üblich, widmen sich die Autoren auch den anderen öffentlichen Transportmitteln, wie den vielfältigen Straßenbahnbetrieben, dem wichtigen Omnibusverkehr und der Schifffahrt. Band 1 beschreibt die rasante Verkehrsentwicklung dieser ostdeutschen Provinz bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, als das alte Ostpreußen in kürzester Zeit von der Bildfläche verschwunden ist. ca. 800 seltene Aufnahmen. 372 Seiten
Nr. P A1345 Gebunden 59,95 €



Naturberstein-ohrhänger in Tropfenform
Verschluss aus Silber (Höhe ca. 2 cm)
Nr. P A1294 25,00 €



Lachauer/Rutsch/ Borodziej
Als der Osten noch Heimat war
Was vor der Vertreibung geschah
320 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0338 9,99 €

Pommern, Schlesien, Westpreußen – die Namen stehen für eine Welt, die 1945 untergegangen ist. Millionen deutscher Flüchtlinge verloren ihre Heimat. Wie aber genau sah diese Heimat aus? Wie sah diese Welt damals aus, die viele Vertriebene in Erinnerung behielten? Eine Frage, die bis heute in Deutschland kaum gestellt wird und deren Beantwortung einen ungewöhnlichen Blick auf die Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung ermöglicht. Die Autoren Ulla Lachauer, Włodzimierz Borodziej, Gerald Endres, Hans-Dieter Rutsch und Beate Schlanstein breiten ein fesselndes historisches Panorama aus.



Gerhard Greß/Jörg Petzold
Ostpreußen und seine Verkehrswege
Teil 2 ab 1945
In den Jahren 1989/90, als die Menschen den „Eisernen Vorhang“ überwandten und die 1949 entstandenen Teilstaaten Bundesrepublik und DDR wieder zu einem Deutschland zusammenfanden, kam uns gedanklich auch jenes Land wieder näher, das Stalin 1945 zur einen Hälfte Polen und zur anderen seiner Sowjetunion zugeordnet hatte. Die Westmächte billigten dieses Vorgehen nur widerstrebend, weil sich dadurch eine weitere menschliche Katastrophe abzeichnete: die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die zu den folgenschwersten Ereignissen der Geschichte zählt. Viele Vorstellungen verbinden sich noch heute mit dieser einst östlichsten deutschen Provinz. Durch seine wunderschönen Landschaften, tiefdunklen Wälder, unzähligen Seen und schattigen Baumalleen an den Chausseen wurde es zum Begriff für verlorene Heimat und Sehnsucht. Wie in dieser beliebten VGB-Buchserie üblich, spielen in diesem Standardwerk die großen und kleinen Bahnen sowie die sonstigen Verkehrswege wie Straßenbahnen und die Schifffahrt eine wichtige Rolle. Auch dieser Teil 2 führt Sie mit seltenen Fotografien durch ein Gebiet, das bis heute nichts von seiner landschaftlichen Schönheit und seinem magischen Reiz verloren hat.. ca. 350 seltene Aufnahmen. 216 Seiten
Nr. P A1383 Gebunden 49,95 €



Eugen Roth
Ein Mensch – Heitere Verse
Es ist genau diese Sammlung von Versen, die Eugen Roth zum Durchbruch verhalf. Mit einem Umschlagmotiv von Philip Waechter erscheinen die heiteren Verse jetzt in neuem Gewand. Und oft erkennt man sich selbst zwischen den Zeilen wieder, wenn Eugen Roth seine Helden mit feinem Humor die Höhen und Tiefen des Alltags erleben lässt. 88 S.
Nr. P A0973 Gebunden 8,90 €



Katharina von Savigny (Herausgeberin)
Man kann sein Unglück auch versäumen
Eugen Roth für alle Lebenslagen
„Ein Mensch schaut in der Zeit zurück und sieht: Sein Unglück war sein Glück“. Heitere Gedichte und Verse von Eugen Roth. 160 Seiten
Nr. P A0975 Gebunden 12,50 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Klimakämpfer wurde geprellt

Aachen - Der Student Jannik Schestag (24) hatte für Sonderzüge zur europaweiten „Fridays for Future“-Demonstration („FFF“) am 21. Juni in Aachen mit ererbtem Geld mehr als 70 000 Euro ausgelegt und sich zur privaten Haftung bereit erklärt. Doppelte Enttäuschung: Die Züge waren nicht so gefragt, wie geglaubt. Schwere dürfte aber wiegen, dass die „FFF“-Organisation sich weigert, Schestag trotz Einnahmen seine Auslagen zurückzuerstatten. *E.L.*

Gewalt steigt seit 2015 deutlich

Berlin - Laut dem Vorsitzenden des Bundesverbandes deutscher Schwimmmeister, Peter Harzheim, sind Immigranten mit muslimischem Hintergrund ganz überwiegend die Ursache der Gewaltausbrüche in deutschen Freibädern. Der Trend zu Gewalt und Respektlosigkeit „verschärfte sich noch einmal deutlich seit 2015“, tritt Harzheim in der „Welt“ verbreiteten Relativierungsversuchen entgegen. *H.H.*

ZUR PERSON

Trostpflaster für Bulgarien

Frankreichs Präsident hat wieder seinen Willen bekommen. Hatte er zuvor schon verhindert, dass Manfred Weber EU-Kommissionspräsident wird, so hat sich Emmanuel Macron jetzt bei der Neubesetzung der Spitze des Internationalen Währungsfonds (IWF) erneut gegen die Bundesregierung durchgesetzt, die für den Niederländer Jeroen Dijsselbloem als Nachfolger der zur Europäischen Zentralbank wechselnden Christine Lagarde eintrat.

Die Bulgarin **Kristalina Georgiewa** soll es nun werden. Macron wollte unbedingt, dass eine Person aus Osteuropa den IWF leitet. Es ist quasi eine Entschädigung dafür, dass Politiker aus dem Osten der EU bei der Vergabe der EU-Spitzenämter übergegangen wurden. Die seit 2017 amtierende Geschäftsführerin der Weltbank für Wiederaufbau und Entwicklungsorganisation war zuvor schon als EU-Präsidentin im Gespräch, ehe man ihr Ursula von der Leyen vor die Nase setzte.

Das passierte Georgiewa nicht das erste Mal: 2014 war sie als EU-Außenbeauftragte im Rennen - es wurde die Italienerin Mogherini - und 2016 verlor sie den Kampf um das UN-Generalsekretariat - es wurde Ban Ki-moon. Das IWF-Amt wäre für die in Sofia ausgebildete und in Yale, Harvard und anderen Elite-Unis lehrende Ökonomin nur eine Art Trostpflaster.

Dabei erfüllt sie nicht einmal alle Bewerbungskriterien. Kommen Dienstag wird sie 66 Jahre alt. Für die IWF-Chefpostenomination gilt aber eine Altersobergrenze von 65 Jahren. Während die Weltbank von US-Amerikanern geleitet wird, stehen dem IWF zwar Europäer vor, doch jetzt melden schon südamerikanische Schwellenländer ihre Ansprüche an, welche Georgiewas Kandidatur kippen könnte. Da Bulgarien aus westlicher EU-Sicht ja eine Art Schwellenland ist, wird für sie schon alles gut gehen. *H. Tews*



Wiederaufforstung

Alle Register

Wie aus Freunden Probleme werden, wie Wahrheiten unsere Werte beleidigen, und was man (nicht) verschweigen darf / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Immer wenn du denkst, das übertrifft keiner mehr, kommt jemand daher, und setzt noch einen drauf. Einen wie diesen hier: Der Fußballverein Werder Bremen stoppt den Verkauf eines Fan-Schals, der die Verbundenheit des Klubs mit dem Nachbarverein Atlas Delmenhorst zeigen sollte. Warum? Auf dem Schal steht die Losung „Auf gute Freunde“, was zu Entrüstungstürmen führte. Begründung: Teile der Atlas-Fanszene stimmten nicht mit den „Werten“ überein, für die Werder stehe. Soll heißen: Einzelne Delmenhorster Fußballfreunde stehen im Verdacht, politisch nicht auf Regierungslinie zu sein.

Außerdem verweise der Spruch „Auf gute Freunde“ auf ein Lied der Rockgruppe „Böhse Onkelz“. Die Band tummelte sich in den 80er Jahren in der „Rechtsrock“-Szene herum. Also zu der Zeit, als das SED-Regime noch an der Mauer Menschen erschoss, Oppositionelle ins „Gelbe Elend“ von Bautzen sperrte und deren Kinder zwangsweise wegadoptieren ließ. Die Linkspartei, wie die SED mittlerweile heißt, gilt heute sogar bei ersten CDU-Politikern als möglicher Partner.

Den „Onkelz“ geht es da anders, obwohl sie schon vor 26 Jahren bei „Rock gegen Rechts“-Konzerten mitmachten und tausendfach beteuert haben, wie geläutert sie seien. Arme Kerle! Was sind das nur für Zeiten, wo nicht einmal ein derart zerknirschter Opportunismus belohnt wird?

Andererseits, was soll das heißen, „Zeiten“? Als wenn unsere Gegenwart etwas Außergewöhnliches an sich hätte! Nein, nein, der politische Gleichschaltungskult, dem an der Weser und im ganzen Land immer hingebungsvoller gehuldigt wird, der ist keineswegs neu in der Geschichte, in der deutschen zumal. Werder-Chef Hubertus Hess-Grunewald stand wegen der Möglichkeit von politischen Abweichlern beim Nachbarclub in Delmenhorst und der „Onkelz“-Bezüge umgehend stramm. Über den Stopp des Schal-Verkaufs sagte er zum „Weser-Kurier“: „Bei der Freigabe der Artikel ist uns diese mögliche Verbindung nicht bewusst gewesen.“ Der Mann lässt sich in Linientreue von niemandem über-

bieten. Schon vergangenes Jahr dekretierte SPD-Genosse Hess-Grunewald, dass AfD-Wähler keineswegs Fans von Werder sein könnten, wegen der „Werte“. Wir sehen: Er ist ein wachsamer und zuverlässiger Parteikämpfer.

Das kann man nicht von allen Fußball-Funktionären sagen, wie wir erfahren mussten: Clemens Tönnies, Aufsichtsratschef von Schalke 04, hat sich schuldhaft in größte Gefahr gebracht. Der Fleisch-Unternehmer kritisierte in einer Festrede zum Tag des Handwerks in Paderborn die Steuererhöhungen gegen den Klimawandel und empfahl, stattdessen lieber jährlich 20 Kraftwerke in Afrika zu finanzieren, denn „dann würden die Afrikaner aufhören, Bäume zu fällen, und sie hören auf, wenn's dunkel ist, Kinder zu produzieren“.

In feineres Deutsch übersetzt hat Tönnies also allen Ernstes behauptet, in Afrika würden zu viele Bäume gefällt, um Feuer zu machen, und außerdem leide der schwarze Kontinent unter Bevölkerungsexplosion. Wie kommt er nur darauf? Na ja, vielleicht weil's stimmt?

Was heißt das: Weil's stimmt! Na und? Ob's stimmt, ist doch vollkommen egal. Es stimmt nicht mit unseren „Werten“ überein und gibt daher ein „kolonial-rassistisches Bild von Afrika“ wieder, wie Timo Reinfrank von der Amadeu-Antonio-Stiftung klarstellt. Daher seien Tönnies' Worte „nicht mehr im Rahmen des Tolerierbaren“.

Dass der Beschuldigte seine Formulierung als „unangebracht“ zurücknahm und sich entschuldigte, reicht einem wie Reinfrank noch lange nicht. Im schneidenden Ton eines Schauprozess-Anklägers urteilt er: Tönnies dürfe sein Amt als Aufsichtsratschef nur behalten, wenn er bereit sei, sich mit seinem „problematischen Weltbild“ auseinanderzusetzen.

Ja: Kritik und Selbstkritik - nur das kann den verlorenen Bürger Tönnies jetzt noch retten. Oder auch nicht. Soll er mal die „Böhse Onkelz“ fragen. Doch überhaupt: „Kritik und Selbstkritik“ -

dass diese gute alte Diktatur-Methode zur Disziplinierung von Selbstdenkern und Freirednern heute wieder so unverstellt Anwendung findet, lässt jedes Stalinistenherz aus der Mördergrube springen!

Zurzeit müssen wir ohnehin alle Register ziehen. In wenigen Wochen sind schließlich Landtagswahlen in den zwei besonders gefährdeten Ländern Brandenburg und Sachsen. Aus diesem Anlass hat sich eine ansonsten recht bürgerliche Tageszeitung den märkischen AfD-Spitzenkandidaten Andreas Kalbitz kräftig zur Brust nehmen wollen.

Der hat beispielsweise einem alten britischen Soldaten bei einem Filmprojekt geholfen. Der 2006 verstorbene Mann namens Stuart Russell lebte, so erfahren wir, in der Nähe der Wewelsburg bei

Paderborn. Das macht ihn offenbar schon an sich verdächtig, denn die Burg war ja einst das Zentrum der SS.

Aber es wird noch verdächtiger: In dem Film geht es um den Vormarsch der 1. Gebirgsdivision im Zweiten Weltkrieg, er endete 1942 im Kaukasus. Dass die Division im Jahr darauf an schweren Kriegsverbrechen in Griechenland beteiligt gewesen sei, werde aber mit keinem Wort erwähnt, kritisieren die Journalisten.

Ja, warum auch, es ging doch um den Vormarsch bis in den Kaukasus, nicht um die Zeit danach, möchte man einwenden. So geht das aber nicht, „mit keinem Wort erwähnt“ heißt nämlich nichts anders als: absichtlich verschweigen!

Das sollten wir uns hinter die Ohren schreiben: Wer künftig beispielsweise eine Geschichte über Kolumbus' erste Entdeckungsfahrt schreibt und sie bei der Landung auf den Bahamas enden lässt, der hat die Ereignisse danach bewusst verschwiegen. Wer von Wartburg-Autos, Spreewaldgurken oder meinem bevorzugten Geschirrspülmittel („Fit“ aus Zittau-Hirschfelde) erzählt, ohne dabei ausführlich auf die Mauerto-

ten, politischen Gefangenen und Zwangsadoptierten in der DDR einzugehen, der hat die Verbrechen des SED-Regimes absichtlich verschwiegen... Ach nein, in dem speziellen Zusammenhang verfahren wir irgendwie anders. Und warum verfahren wir in dem speziellen Zusammenhang irgendwie anders?

Erstens, weil das Thema ganz einfach Gurken war und nicht Mauer. Und zweitens, weil wir aus ideologischen Gründen nicht wollen, dass das SED-Regime in allzu schlechtes - das „Zweitens“ verschweigen wir lieber.

Also zurück in den Wahlkampf, zu Kalbitz. In dem langem Zeitungsartikel lesen wir allerhand über die finsternen Umtriebe des Politikers. Der Film von Russell, bei dem Kalbitz geholfen hat, „macht den Eindruck“ einer „geschickten Hitler-Verehrung“, denn

„Dinge seien „unkritisch übernommen“ worden, manches in dem Streifen „wirke“, als „versuchten“ die Autoren von etwas abzulenken, wird ein Experte zitiert, der angibt, ihm „scheint“ der Film etwas „zu suggerieren“. Erst recht weit unten erfahren wir, warum Kalbitz dem Briten wohl geholfen hat: Er war sein Schwiegervater.

Später heißt es noch, Kalbitz sei in einem kleinen Verein von Hobby-Historikern drin gewesen, der schon deshalb verdächtig ist, weil ihn einst ein SS-Veteran gegründet hat. Wir kennen den Verein nicht. Was die Zeitung weglässt, ist das Detail, dass der Vereinsgründer schon elf Jahre tot war, als Kalbitz da aufkreuzte.

So schwurbelt und schwiebelt es sich von Andeutung zu Andeutung, ohne Kalbitz mit einem konkreten Vorwurf festnageln zu können. Zum Schluss gipfelt der Beitrag in einem Satz, der einen nach der Lektüre dieses endlosen Geschwimmels aufheulen lässt: „Viel leicht besteht das Geschick des Andreas Kalbitz heute jedenfalls darin, keine ausgearbeitete Ideologie vorzutragen, sondern es bei Assoziationen zu belassen.“

Ist das nicht klasse? Eine ganze Zeitungsseite lang um den heißen Brei herumtanzen, ohne einen konkreten Punkt anbringen zu können, und danach dem Kritisierten vorhalten, er lasse es bei „Assoziationen“.

MEINUNGEN

„Focus Online“ (31. Juli) zitiert **Hans-Magnus Enzensberger** zur heiklen Lage in Deutschland:

„In Wirklichkeit hat der Bürgerkrieg längst in den Metropolen Einzug erhalten. Seine Metastasen gehören zum Alltag der großen Städte, nicht nur in Lima und Johannesburg, in Bombay und Rio, sondern auch in Paris und Berlin, in Detroit und Birmingham, in Mailand und Hamburg. Wir machen uns etwas vor, wenn wir glauben, es herrsche Frieden, nur weil wir immer noch unsere Brötchen holen können.“

Der Volkswirt **Malte Fischer** reagiert in der „Wirtschaftswache“ (30. Juli) **ernüchtert** auf das Urteil des **Bundesverfassungsgerichts**, das den Weg zur **Euro-Bankenunion** für zulässig erklärt hat:

„Juristisch lässt sich der von Brüssel vorangetriebene europäische Schattenstaat, dessen Institutionen fernab demokratischer Kontrolle wichtige Entscheidungen treffen, kaum aufhalten ... Wer auf mehr Subsidiarität, mehr Selbstbestimmung und weniger Vergemeinschaftung von Risiken und Haftung setzt, sollte nicht auf die Richter, sondern auf das Votum der Bürger an den Wahlurnen bauen.“

Der Journalist **Boris Reitschuster** warnt bei „Tichys Einblick“ (2. August) vor dem **systematischen Kleinedren** von **bestialischen Taten**, die von **Asylsuchern begangen** werden:

„Die ‚Einzelfall‘-These wird wie eine Scheuklappe von denjenigen vor sich hergetragen, die sich ihre Weltsicht nicht von den widersprechenden Fakten eintrüben lassen wollen oder einfach nur Angst haben, das Ausmaß der Probleme anzuerkennen. Ideologen haben aus dem notwendigen und richtigen Gleichheitsprinzip - dass alle Menschen gleiche Rechte und gleiche Chancen haben sollten - eine absurde Gleichheits-Utopie gemacht - dass alle Menschen per se gleich sind bzw. gleich gemacht werden können. Diese Ideologie ist realitätsfern und gefährlich.“

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) meint in der „Passauer Neuen Presse“ (5. August) zu einer gewissen Gruppe von **Einwanderern**:

„Jetzt kommen unübersehbar Menschen aus anderen Kulturkreisen zu uns, in deren Heimat die Gewaltlosigkeit, wie wir sie pflegen, noch nicht so selbstverständlich ist. Man muss das ganz deutlich aussprechen: Da kommen Leute zu uns, die sehr viel schneller Konflikte mit Gewalt austragen. Die folglich auch selbst ein deutlich höheres Niveau an Gewalt erlebt haben als wir. Wir haben hier ein erhöhtes Risiko, das zeigen die Kriminalstatistiken ganz eindeutig.“

Der Berliner Rechtsprofessor und Roman-Autor **Bernhard Schlink** befasst sich in der „FAZ“ (1. August) mit den Folgen **politischer Intoleranz**:

„Die Engführung des Mainstreams, die Kommunikationslosigkeit zwischen ihm und den Rechten und der AfD hatte und hat ihren Preis. Sie hat die Rechten und die AfD nicht schwächer gemacht, sondern stärker. Sie hat auch dem Mainstream nicht gut getan. Als er weit, offen, vielfältig war, war er lebendig. Je enger er wurde, desto moralisch anmaßender und intellektuell langweiliger wurde er.“